

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis: vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Samstags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Pol-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements rechnen wir: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Beraternungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 30 Pf. (zulässig 2 fettdruckte Wörter), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 19. April 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Arbeiter! Gestaltet die Maifeier zu einem mächtigen Protest gegen das Wettrüsten zu Wasser und zu Lande!

Ein tägliches Arbeiterblatt in England.

London, 16. April. (Fig. Ber.)

Vor etwa einem Jahre veröffentlichte die Londoner Buchdrucker während ihres Streiks eine täglich erscheinende Zeitung, den „Daily Herald“ („Der tägliche Herald“). Als das Blatt am Ende des Ausstandes sein Erscheinen einstellte, versicherte die Redaktion ihren Lesern, daß der „Daily Herald“ bald wieder als Arbeiterzeitung erscheinen werde. Manah einer mag damals ungläubig den Kopf geschüttelt haben; man denkt an frühere Prophezeiungen ähnlicher Art. Aber die Londoner Buchdrucker und die übrigen Gewerkschaften, die das Projekt unterstützten, ließen sich nicht abschrecken. Zur großen Ueberraschung aller ungläubigen Kopfschüttler erblühte der „Daily Herald“ gestern, am 15. April, das Licht der Welt.

Das Blatt hat sich offenbar als Nichtschur den Leitfaden erkoren: Wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen. Es will alle Richtungen in der Arbeiterbewegung zu Worte kommen lassen. In einem Einführungsartikel schreibt die Redaktion:

„An keine bestimmte Sektion der Bewegung gebunden, ist der „Daily Herald“ das Organ aller Pflichten der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Tätigkeit. Während wir die Politik und das Programm der Arbeiterpartei im Unterhause im allgemeinen unterstützen, beanspruchen wir doch nicht, uns mit ihr zu identifizieren, und behalten uns das Recht vor, ihre Handlungen zu kritisieren, so oft es die Pflicht erheischt. Die Gewerkschaften werden im „Herald“ einen beständigen und furchtlosen Vertreter ihrer Grundsätze finden, der ihnen auch für die schnelle Verbreitung offizieller Ansichten und Instruktionen von größtem Nutzen sein wird. Vertreter des Sozialismus und des industriellen Unionismus werden ebenfalls in unseren Spalten Gelegenheit finden, ihre Ansichten offen auszudrücken. Kurzum, wir treten für die absolute Freiheit in Gedanken und Tat ein, unbehindert von Parteibanden irgendwelcher Art.“

Daß die Arbeiterchaft Großbritanniens ein eigenes Organ dringend benötigt, darüber können nach den Ereignissen des Bergarbeiterstreiks keine zwei Meinungen bestehen. Dieser Kampf hat wohl mehr als jedes andere Ereignis dargetan, wie wenig sich die Arbeiter auf die bürgerliche Presse verlassen können. Der „Herald“ selbst geißelt die Verlogenheit und Voreingenommenheit der „arbeitsfreundlichen“ liberalen Presse in einem Leitartikel, in dem er namentlich die jüngste Arbeiterpolitik der liberalen Blätter („Westminster Gazette“, „Daily News“, „Daily Chronicle“) bloßstellt. Der Artikel schließt mit den Worten:

„Vielleicht ist es aber dennoch gut, daß der Arbeiter Gelegenheit hatte, ihre Freundschaft (d. h. die der liberalen Presse) auf die Probe zu stellen. Es wird ihm zur Erkenntnis verhelfen, daß zwischen den liberalen und konservativen Zeitungen, wenn es darauf ankommt, ebenso wenig Unterschied besteht, als zwischen den liberalen und konservativen Kapitalisten, und daß das, was die Arbeiterchaft braucht, eine Zeitung wie auch eine Partei ist, die sie ihr eigen nennen kann.“

Lange hat es gedauert, ehe es die britische Arbeiterchaft zu einem eigenen Organ bringen konnte. Kleine Länder, in denen die Arbeiterbewegung noch in den Kinderschuhen steckt, sind dem Mutterland der Arbeiterbewegung auf diesem Gebiete vorausgeritt. Jedoch! besser spät als nie. Ein gut geleitetes Arbeiterblatt wird der proletarischen Bewegung Großbritanniens, in der es augenblicklich so mächtig gärt, unschätzbare Dienste leisten. Aber auch der kontinentalen Arbeiterpresse wird es äußerst nützlich sein. Bisher waren wir in großem Maßstabe in bezug auf Nachrichten über die britische Arbeiterbewegung auf die bürgerliche Presse angewiesen, deren Mitteilungen über diesen Gegenstand bei allen wichtigen Anlässen durch parteipolitische Rücksichten gefärbt sind. Jetzt haben wir wenigstens ein Blatt, das die Ereignisse und Ansichten der Arbeiterwelt aus zuverlässiger Quelle bezieht. Das ist eine und durchaus nicht die einzige Erwadung, die uns veranlaßt, den „Daily Herald“ als den jüngsten Sproßling der Arbeiterpresse der Welt herzlich zu begrüßen.

Aus den Jahresberichten der preußischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1911.

In dem soeben erschienenen letzten dieser Jahresberichte sind folgende Gegenstände eingehender behandelt worden:

1. Umfang der Nacharbeit;
2. Mitgabe von Arbeit nach Hause;
3. Die Lohnzahlung an Minderjährige;
4. Die Sorge für das Entweichen der Arbeiter bei Feuersausbruch;
5. Die Gesundheitsverhältnisse in den Zementfabriken;
6. Wie ist für die Befriedigung des Lebensbedürfnisses der gewerblichen Arbeiter gesorgt?

Infolge dieser Vermehrung der eingehend zu behandelnden Gegenstände hat der Umfang des Buches zugenommen; ob auch der Wert des Inhalts, ist eine andere Frage. Denn die Gewerbeaufsichtsbeamten können heute solche Fragen nicht mehr so behandeln, wie z. B. vor 14 Jahren der damalige Berliner Regierungs- und Gewerbeamt Dr. v. Müdiger die Frage in betreff der wegen der schlechten Gesundheitsverhältnisse der Zementarbeiter nötigen Maßnahmen behandelte, der damals in seinem Bericht über das Jahr 1897 Seite 78 für die Arbeiter in Zementfabriken, Zementmüller und Verpader eine zehnstündige Maximalarbeitszeit ausschließlich der Rausen vorschlug und beantragte. Heute können wohl die Gewerbeaufsichtsbeamten mitteilen, welche Beobachtungen sie gemacht haben; aber Vorschläge oder gar Anträge zur Beseitigung bemerkter Uebelstände zu machen, ist ihnen heute nicht gestattet. Das ist wohl auch der Hauptgrund, warum die Arbeiter in diesen Betrieben heute, nach 14 Jahren, noch unter denselben Gesundheitschädigungen leiden, nämlich einerseits furchtbare Hitze von 50 bis 80 Grad C. vor den Schacht- und den Drehöfen und andererseits Entbehrung jeden Schutzes gegen die kalte Zugluft, sowie starke Verunreinigung der Atemluft durch Zementstaub beim Röhren und Verpaden des Zementes und beim Reinigen der Kanäle, bei ungenügendem Lohn und zum Teil übermäßig langer Arbeitszeit.

Manche Uebelstände können nirgends in Abrede gestellt werden, wie die große Hitze, denen die Brenner vor den Stagenöfen und den Drehöfen ausgesetzt sind. Als größte Staubquelle sind die Röhren anzusehen. Obgleich sie meist mit Staubabfuhrvorrichtungen versehen werden, sind sie gewöhnlich nicht gut imstande und arbeiten daher nicht zu voller Zufriedenheit. Im allgemeinen sind die Einrichtungen und Apparate der Betriebe in den weßlichen Gegenden besser als in den östlichen, und dort halten die Gewerbeaufsichtsbeamten auch die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen für ausreißend. So erklärt der Beamte im Bezirk Danzig das Verpaden mit Schaufeln wegen des dadurch erzeugten Staubes für unzulässig. Hier fehlt auch ein besonderer Speiseraum.

Bei den sieben Zementfabriken im Stettiner Bezirk Hagen die Aufsichtsbeamten über die große Hitze, der die Arbeiter beim Ziehen, Krücken und Kohlenaufgeben an den Diefischen Öfen ausgesetzt sind. Dabei setzt das Krücken die Arbeiter unter Umständen starker Rauchgasentwicklung aus und erfordert erhebliche Kraftanstrengung. Bei den Drehöfen ist die Hitze womöglich noch größer. Bei 5 Grad C. Luftwärme fand man zwischen den Drehöfen und den Kühlzimmern bis 38 Grad C. Da wegen der Transportarbeiten nicht alle Türen dauernd geschlossen gehalten werden können, sind die Arbeiter beim Betreten der Öfen und Verlassen dem sehr offenen Temperaturwechsel ausgesetzt. Daher ist der Arbeiterwechsel stark.

Auch in den 3 Fabriken im Bezirk Potsdam mit 1306 Arbeitern ist dieser sehr stark; wie 5 zu 3. Auch sie haben, wie fast alle Zementfabriken, zwölfstündige Tag- und Nachtschichten. Der Zustand der Staubabfuhranlage ist oft ungenügend, weil die Verschlüsse an den Röhren und selbst an den Röhrenmühen oft unrichtig sind. Die Staubgefahr ist besonders groß beim Austräumen der Staubkammern, beim Reinigen der Kanäle und beim Einschaueln des Zementes in die Söcke. Die Hitze ist am größten am unteren Ende der Schachtöfen. Einrichtungen gegen den Zug sind entweder gar nicht getroffen oder ganz unzulänglich. Daher ist die Zahl der rheumatischen Erkrankungen groß.

In dem Bericht aus dem Bezirk Magdeburg heißt es: „Zu besonderen Bedenken geben in der Zementfabrik in erster Linie diejenigen Arbeiten Anlaß, welche in staubgefüllten

Arbeitsräumen ausgeführt werden müssen. Wenn auch die Krankenkassenstatistik nur mit Vorsicht zum Vergleich herangezogen werden kann, so ist es doch kaum einem Zufall zuzuschreiben, daß gerade die Fabrik, welche die mangelhaftesten Einrichtungen zur Staubbeseitigung besitzt, in der Nachweitung auch weitaus am ungünstigsten abschneidet.“ Dasselbe gilt von den Stellen mit regelmäßig sehr starker Hitze. Die an den Diefischen Öfen beschäftigten Leute müssen während der alle drei Stunden stattfindenden Arbeit des Ziehens nahe am Ofen arbeiten und können sich dabei vor der strahlenden Hitze des Ofeninhalts nicht schützen. Besondere Ankleideräume hat von den 4 Zementfabriken nur eine.

Zu dem starken Arbeiterwechsel in den 3 Zementfabriken des Bezirks Merseburg bemerkt der Aufsichtsbeamte: „Der starke Arbeiterwechsel ist anscheinend darauf zurückzuführen, daß in der Fabrik sehr niedrige Löhne gezahlt werden.“ Es befindet sich also in diesen Betrieben, die an die Atmungsorgane besonders starke Ansprüche stellen, eine Arbeiterchaft von allgemein verminderter körperlicher Leistungsfähigkeit. Es zeigen sich denn auch bei diesen Arbeitern außer Hauterkrankungen an Händen, Armen und Füßen durch infolge von Gewebsentzündungen entstandene Geschwüre, Augenbindehautentzündungen und von Krankheiten der Atmungsorgane hauptsächlich Luftröhrenentzündung sowie, verursacht durch den jähen Temperaturwechsel bei der Beschäftigung bald an den Öfen, bald auf dem Transport, viele rheumatische Erkrankungen. Vorkahrungen gegen den Zug sind entweder gar nicht getroffen oder ganz unzulänglich. Ebenfalls wenig gibt es wirksame Entstaubungsvorrichtungen, nicht einmal im Verpaderraum beim Einschaueln des Zementes in die Söcke. Selbst der Umfang der sogenannten Wohlfahrts-einrichtungen, Bad, Wasch- und Ankleideräume, entspricht trotz der Mahnungen der Gewerbeaufsichtsbeamten nicht billigen Anforderungen.

Im Bezirk Schleswig kam im Jahre 1909 bei einem Arbeiterbestand von 390 Arbeitern in den 4 dortigen Zementfabriken ein Zugang von 4097 und ein Abzug von 4638 Arbeitern vor; also ein ganz enormer Arbeiterwechsel. Infolge der vielen Klagen der Arbeiter über die furchtbare Hitze vor den Öfen hat der Beamte genaue Messungen täglich vor zwei Feuerlöchern und zwei Sinterzonen an der Süd- und Nordseite vom 26. Juli bis zum 9. September 1911 täglich um 2 Uhr mittags in einer Entfernung von 2 Meter vom Feuerloch in Kopfhöhe vorgenommen, in welcher Entfernung er vor den Schaulöchern immer 5 bis 10 Minuten und beim Feuern vor dem Feuerloch 15-20 Minuten sich aufzuhalten hat. Die Messungen ergaben in dieser Zeit bei einer Außenlufttemperatur von mindestens 17 Grad, höchstens 32 Grad C. und einem Durchschnitt von 23,3 Grad C., vor dem Feuerloch an der Nordseite mindestens 35 Grad C. und höchstens 81 Grad C., im Durchschnitt 47,6 Grad C., vor dem Feuerloch der Südseite mindestens 36 Grad C., höchstens 84 Grad C. und im Durchschnitt 57,3 Grad C., auf der Nordseite der Sinterzone am wenigsten 40 Grad, am höchsten 63 Grad und im Durchschnitt 52,3 Grad C., endlich an der Südseite der Sinterzone, der heißesten Stelle für den Arbeiter, mindestens 52 Grad, höchstens 70 Grad und im Durchschnitt 62 Grad C. In dieser furchtbaren Hitze muß der Arbeiter an den Sonntagen bei der Wechelschicht sogar 24 Stunden hintereinander die Bedienung der Öfen besorgen! Man hat wohl den Arbeitern dazu Ledermäntel angeboten, aber da diese die Transpiration behindern, sind sie nur lästig bei der Arbeit. Hier sollte die Aufsichtsbehörde doch wenigstens für Vermeidung solcher zwölfstündiger Wechelschichten sorgen. Beim Ziehen der Öfen können Masken zweckmäßig zum Schutz gegen den heißen Staub benutzt werden. In den Drehöfenbetrieben müssen die Lager gründlich geschmiert werden, und hierbei steigt die strahlende Hitze bisweilen bis 80 Grad C.; oft werden die Auskäufer vor den Öfen auch großen Temperaturunterschieden ausgesetzt.

Die Berichte von Lüneburg, Hannover, Grunberg, Minden, Osnabrück, Stade, Münster, Bielefeld, Köln und Koblenz bringen ganz ähnliche Schilderungen über den schrecklichen Zementstaub, die furchtbare Hitze und den schroffen Temperaturwechsel, unter dem diese Arbeiter leiden. Auch spricht dabei der eine oder andere Berichterstatter, z. B. der Lüneburger, sein „besonderes Bedenken“ gegen diese Art der Arbeiterausnutzung aus; aber mit diesem Bedenken glaubt er sich schon zu haben. Mögen dafür die Arbeiter und Arbeitervertreter sich nicht dabei beruhigen!

Marokko in Aufruhr.

Aufstand im Malsja-Gebiet. — Unruhen in der Schanja-Ebene. Revolution in Fez!

Zur Zeit der Marokkohandel im Sommer vorigen Jahres operierten die Deutschen Wirkstoffe und die kapitalistischen Kriegsböher mit der „Schwarzen Gefahr“. Sie wiesen immer und immer wieder auf die angebliche militärische Stärkung Frankreichs durch die Einverleibung Marokkos hin. In drei Artikeln hat damals der „Vorwärts“ nachgewiesen, daß die Annexion Marokkos eine Periode unaufrichtiger Kämpfe heraufbeschwören werde und daß an eine Einstellung von Marokkanern in die französische Armee auf lange hinaus nicht gedacht werden könne. Diese Voraussage ist durch die Ereignisse nun bestätigt worden. Der französische Gesandte Regnault hat in diesen Tagen in Fez feierlichst das französische Protektorat proklamiert. Aber just zur selben Zeit mußten französische Truppen sich in der Schanjaebene mit aufständischen Marokkanern heranzusetzen, und im Malsja-Gebiet kam es zu verlustreichen Gefechten zwischen Franzosen und Eingeborenen. Und jetzt lobert in der Hauptstadt des Landes, in Fez, das Feuer des Aufstandes in hellen Flammen auf. Das sind alles Gegenden, die Frankreich schon militärisch besetzt hatte. Welche Kämpfe stehen ihm aber noch bevor, wenn es an die Unterwerfung der Berberstämme im Atlasgebirge und im Süden und Osten Marokkos herangehen wird. Sind dies doch Stämme, die nicht einmal den Sultan als ihren Herrn anerkannten. Wie groß wird erst ihr Widerstand gegen den ungläubigen europäischen Eroberer sein!

Die einzelnen Vorgänge schildern die folgenden Beschreibungen:

Paris, 18. April. „Echo de Paris“ zufolge ist in Fez eine Meuterei unter den eingeborenen Soldaten ausgebrochen. Gegen einen Offizier der französischen Militärmission soll ein Attentat verübt worden sein. Ein drahtloses Telegramm bestätigt die Meuterei in Fez und lautet: Truppen meutern, telegraphische Verbindungen sind abgeschnitten. Ein weiteres drahtloses Telegramm des englischen Konsuls in Fez berichtet, daß tatsächlich ein Teil der eingeborenen Truppen und der Bevölkerung meutere. Die französische Garnison in Fez besteht aus 1500 Mann.

Paris, 18. April. (Meldung der Agence Havas.) Ueber die Vorfälle in Fez ist ein Telegramm des Gesandten Regnault eingetroffen, in welchem erklärt wird, daß die Unruhen der Soldaten aus der Lässigkeit herzufließen seien, daß man den Truppen ihren seit dem 1. Februar beträchtlich erhöhten Sold in ihrem eigenen Interesse nicht voll ausbezahlt, sondern einen Teil als ihre Ersparnisse zurückbehalten wollte, um sie vor den unangenehmen Folgen ihrer leichtsinnigen Lebensweise zu bewahren. Eine Delegation scharfsichtiger Truppen habe sich daher zum Sultan begeben, um gegen die angekündigten Maßnahmen Verwahrung einzulegen. Siebzig Soldaten hätten, ohne Antwort abzuwarten, gemeutert, und ein Teil der Bevölkerung hätte ebenfalls an den Unruhen teilgenommen. Regnault habe sofort im Verein mit der Garnison von Darbebiagh die notwendigen Maßnahmen getroffen und General Moinier habe der Garnison von Meknes Befehl erteilt, fünf Kompagnien nach Fez zu entsenden. In Meknes seien acht Kompagnien, eine Schwadron und eine Abteilung Artillerie zurückgeblieben. — Der Ministerpräsident hat heute früh seine Kollegen über die Lage in Fez unterrichtet. Er sieht mit Regnault in beständiger radiotelegraphischer Verbindung, ebenso wird Millerand von Moinier auf drahtlosem Wege auf dem laufenden gehalten.

Tanger, 18. April. Nach hier eingetroffenen Nachrichten wird der Sultan in seinem Palast in Fez durch die Meuterei belagert. Mehrere Instruktionsoffiziere und Instruktionsunteroffiziere sind getötet. Die Gesandtschaft und das Konsulat sind unversehrt. Der Kampf dauert noch an; ein Teil der Hilfstruppen aus Meknes ist angekommen.

Ein Deutscher in marokkanischer Gefangenschaft.

Tanger, 17. April. Nachrichten aus Mogador besagen, daß der Deutsche Steinwachs, der im Sussagebiet eine Forschungsreise unternommen hatte, noch immer von den Kamas gefangen gehalten wird, die ihn nur gegen Lösegeld freilassen wollen.

Die Kämpfe in Fez.

Paris, 18. April. Aus Fez wird von heute gemeldet: Der Kampf hat heute morgen in den Straßen von Fez von neuem begonnen und ist bis zur Stunde noch nicht beendet. Mehrere Franzosen wurden verwundet. Das Telegraphenbureau hatte einen heftigen Angriff auszuhalten. Die Beamten verteidigten sich tapfer. Man rechnet darauf, daß die ersten Truppenverstärkungen schon morgen eintreffen und daß es sodann möglich sein wird, den Aufstand Herr zu werden. Eine Anzahl der Mitglieder der französischen Kolonie sowie die Sonderberichterstatter der französischen Presse schlüpfen in das französische Konsulat, in den Palast des Sultans, in das dem Gesandten Regnault zur Verfügung gestellte Haus sowie in die Wohnung des Arztes Dr. Hametans. Die Konsuln von Deutschland und England sind mit ihren Familien in ihren Häusern geblieben. Der französische Konsul befindet sich in der Telefunktation. Ein Beamter der letzteren, namens Rebouss, wurde leicht verwundet und mußte in das Krankenhaus gebracht werden. — In Paris war heute das Gerücht verbreitet, daß der General Moinier, der Oberbefehlshaber der französischen Truppen, in Fez verwundet worden sei. Diese Nachricht wird als falsch angesehen, da noch heute Depeschen von ihm hier eintreffen.

Der Eindruck in Paris.

Paris, 18. April. Die Abendblätter geben der durch die Meldungen aus Fez hervorgerufenen Beunruhigung lebhaften Ausdruck. „Journal des Debats“ meint, es erziehe Nachrichten habe man aus Fez nicht erwartet. Wenn auch verschiedene Vorkommnisse der letzten Zeit, wie die Ermordung des französischen Inspektionsoffiziers Guillaume und die Meuterei in der französischen Militärmission, zeigten, daß in der Bevölkerung von Fez eine ziemlich erregte Stimmung herrsche. Angesichts der gleichzeitig unter den Berberstämmen des Gebirges östlich und südlich von Fez zutage tretenden Wahrung müsse man sich fragen, ob die Freibeuter, welche diese Gegend hervorgerufen haben, wirklich nur rein lokaler Natur seien. Ueber die noch vor einigen Tagen eingetroffenen Nachrichten, welche von Herzlichkeit des Sultans Mulus Hafid und des Großwesirs El Mokri gegenüber dem Gesandten Regnault sprachen, könne man jetzt nur die Köpfe zuden. — „Siecle“ richtet an die öffentliche Meinung Frankreichs die Mahnung, polit-

Stärke zu bewahren. Die Meldungen aus Fez dürften vielmehr von denjenigen, welche Fez durch eine große militärische Expedition in enge Verbindung mit Algerien bringen wollen, als eine Bestätigung der Richtigkeit ihrer Auffassung angesehen werden. Hoffentlich werde die Regierung gerade jetzt, wo eine besondere Anstrengung notwendig erscheine, um West- und Südmarokko im Zaume zu halten, sich nicht noch vom Osten her in ein gefährliches Abenteuer einlassen.

Der Krieg.

Die Antwort der Pforte auf die Friedensvorschläge.

Konstantinopel, 17. April. Der Ministerrat beriet heute über die Antwort der Pforte auf die Mitteilungen der Mächte. Wie es heißt, wird die Antwort eine ausführliche Begründung der Haltung der Pforte enthalten, die lediglich geneigt sein soll, Italien wirtschaftliche Vorteile in Tripolitanien auf der Basis ausdrücklicher Anerkennung der Souveränitätsrechte der Türkei zuzugestehen.

Die türkische Thronrede.

Konstantinopel, 18. April. Um 2 Uhr nachmittags wurde das Parlament feierlich eröffnet. Der Großwesir verlas die Thronrede, welche außer der inneren Politik und den Vorfällen in Areta und an der persischen Grenze folgendes besagt: Der zu Unrecht und im Gegensatz zu den Verträgen von Italien begonnene Krieg dauert trotz des allseitig geäußerten Wunsches nach Frieden an. Auch wir wünschen den Frieden. Aber kein anderer Frieden kann den Krieg beenden als der, welcher unsere Souveränitätsrechte tatsächlich unverfehrt aufrecht erhält.

Die Thronrede spricht dann noch von Reformen und von den Kämpfen in Arabien; sie gedenkt des ermordeten Fürsten von Samos und endigt mit der Versicherung, daß besonders das Heerwesen weiter ausgebaut werden solle.

Italien droht wieder mit einer Flottenaktion.

Paris, 18. April. Mehrere Blätter wird aus Rom gemeldet, daß Italien, da der Mißerfolg des Vermittlungsschrittes der Mächte in Konstantinopel als unvermeidlich angesehen wird, entschlossen sei, in kurzem eine entscheidende Aktion im Archipel zu unternehmen. Der „Figaro“ will wissen, daß das italienische Geschwader, an dessen Bord sich ein zahlreiches Bandenkorps befinden werde, sich mehrerer, nahe am Dardanelleneingang gelegener Inseln, wie Lesbos, Lemnos, Imbros usw., bemächtigen werde. Man macht sich auf starken Widerstand seitens der Türken gefaßt, doch sei die italienische Regierung überzeugt, daß die gewaltsame Überlegenheit ihrer Flotte diesem Widerstand ein rasches Ende bereiten werde. Im Besitz jener Stützpunkte würden die italienischen Streitkräfte die Türken ernstlich beunruhigen, ihren Handel behindern und auch den Handreich gegen die Dardanellen vorbereiten und so die Türken zum Friedensschluß zwingen können.

Die italienische Flotte vor den Dardanellen?

Paris, 18. April. Die Agence Havas meldet aus Konstantinopel, daß die italienische Flotte bei Kumkalesi am Eingang der Dardanellen eingetroffen sei. Ein italienisches Schiff soll gesunken sein.

London, 18. April. Ein Hochdelegat meldet, daß Kanonendonner am Eingang der Dardanellen gehört wird, daß ein Angriff der Italiener stattgefunden, doch ist es unmöglich, etwas Gewisses zu erfahren.

Konstantinopel, 18. April. Nach einer hier verbreiteten Nachricht sind heute früh 27 italienische Kriegsschiffe am Eingang der Dardanellen erschienen und haben das Bombardement auf die Festung Kumkalesi eröffnet. Ein aus der Festung abgefeuertes Geschöß soll ein italienisches Kriegsschiff getroffen haben.

Eine Räubergefahr.

Tripolis, 18. April. (Meldung der Agence Stefani.) Heute früh wurde eine Kompagnie der Truppenabteilung von Tadjura eine Proviantkolonne, die aus Tripolis kommen sollte, entgegengefaßt. Pöblich traf die Kompagnie auf eine Bande von hundert Räubern, die in der Gasse Kanthzüge machen wollte. Die Kompagnie griff sofort die Räuber an und zerstreute sie. Dabei wurden sechs Räuber getötet und einer verwundet. Der Befehlshaber von Tadjura, der sofort von diesem Kampfe benachrichtigt worden war, sandte eine Kompagnie Askaris und eine Abteilung von Eingeborenen aus Ghartan aus, die versuchen sollten, den Räubern den Rückzug abzuschneiden. Dabei trafen sie auf türkische Reiter, von denen sie einen töteten und die übrigen zerstreuten. Später stießen sie auf eine Abteilung von dreihundert Arabern und einigen Türken. Die Askaris griffen den Feind mit großer Heftigkeit an und suchten ihn, unterstützt von den Eingeborenen aus Ghartan, zu umzingeln. Zwei Stunden lang wurde erbittert gekämpft; endlich wandte sich der Feind zur Flucht, verfolgt von den Askaris, die ihm fortwährend Verluste beibrachten. Die Verluste des Feindes betragen gewiß nicht weniger als fünfzig Tote und hundert Verwundete. Die Askaris hatten zwei Tote und sechs Verwundete.

Meuterende Reservisten auf dem Kriegsschauplatz.

Rom, 18. April. (Fig. Ver.) Wir haben schon wiederholt hervorgehoben, daß die verspätete Entlassung der Reservisten zu Unruhen der Unzufriedenheit Anlaß gegeben hat. Das Kommando, das natürlich über diese Sache viel mehr wußte als wir berichten konnten, hat aber aus der Sache keinerlei praktische Folgerungen gezogen. So ist denn das Unannehmliche eingetreten: ein Teil der Reservisten des 4. Regiments hat am 5. d. M. gemeutert. Wie der „Avanti“ erzählt — die anderen Zeitungen schweigen vollständig —, verbreitete sich am Abend des 5. im Lager bei Camangi das Gerücht, daß das Regiment nach Suabi ben Aen oder nach Janzur marschieren solle. Diese Nachricht rief große Entrüstung hervor, besonders unter den Soldaten der 7. Kompagnie, die sich zusammenrotteten und laut ausriefen: „Wir wollen nach Hause, wir haben das Recht, entlassen zu werden.“ Zu ähnlichen Standgebungen war es auch früher gekommen, wobei die Offiziere beschwichtigend eingegriffen hatten. Diesmal dagegen wendete sich ein Leutnant Vosto in bestigster Weise gegen die Soldaten, wobei es zu einer Szene kam, die man gut tut, im Interesse der Soldaten nicht näher auszumalen. Am Tage darauf wurden 10 Soldaten der 7. Kompagnie verhaftet. Unter den Verhafteten befinden sich auch zwei Korporale und ein Feldwebel, die sich geweigert haben, den Vorgesetzten die Namen der Soldaten zu nennen, die an der Meuterei beteiligt waren. Zwei Soldaten sind angeklagt, zum bewaffneten Widerstand gegen die Vorgesetzten aufgereizt zu haben. Das Kommando wußte seit langer Zeit, daß die schon am 1. April nominell entlassenen Reservisten des Kriegsliebes müde waren; warum hat man nicht durch beschleunigte Entlassung die drohende Meuterei verhindert? Die Strafen, die der Verhafteten harren, werden in keiner Weise die übrigen Reservisten abgrenzen, ihre Unzufriedenheit an den Tag zu legen. Man hat der Geduld dieser Leute schon allzubiel zugemutet.

Die Revolution in China.

Das internationale Kapital finanziert die Republik.

London, 17. April. Rußland und Japan taillen, wie das Reutersche Bureau erfährt, der englischen Regierung offiziell mit, daß sie die Aufforderung zur gleich hohen Teilnahme mit England, Frankreich, Deutschland und den Vereinigten Staaten an einer Anleihe zur Reorganisation Chinas in Höhe von 60 Millionen Pfund (1200 Millionen Mark) annehmen. Das Anleiheabkommen soll für die Sonderinteressen Rußlands und Japans in der Mongolei, Mandschurei und in dem westlichen China in keiner Weise präjudizierend sein. Es wird ferner mitgeteilt, daß Japan die Yokohama Specie-Bank und Rußland die Russisch-Asiatische Bank zur Vertretung der betreffenden Regierung auszuwählen haben. Es wird alles versucht werden, um möglichst bald eine Konferenz der sechs Finanzgruppen zur Erörterung der Einzelheiten der Anleihe stattfinden zu lassen. Ob die Konferenz in London oder auf dem Kontinent stattfinden wird, ist noch nicht entschieden. Die Hauptbedingungen, die Japan und Rußland für ihren Eintritt in die Gruppe machen, werden kaum einem Widerspruch begegnen, während, obgleich die Verhandlungen zwischen den verschiedenen beteiligten Interessengruppen im Fortschreiten begriffen sind, ein Weiterkommen unwahrscheinlich ist, bis die Frage der belgisch-englischen Anleihe ihre Erledigung gefunden hat. Es wird gemeldet, daß keine weiteren Summen außer der bereits an China vorgelegenen Summe von einer halben Million Pfund auf die große Anleihe hin ausgezahlt werden. Die Höhe der Anleihe, obgleich sie auf rund 60 Millionen Pfund angegeben wird, steht noch nicht endgültig fest. (Es war von einer so ungeheuren Summe, wie 100 Millionen Pfund die Rede.) Die Summe werde von den Bedürfnissen Chinas abhängen. Da das Geld u. a. zur Reorganisation des Heeres und der Flotte verwendet werden soll, ist die Notwendigkeit einer wirksamen Kontrolle nicht nur in finanzieller Hinsicht betont worden. Dies ist aber eine Frage, die noch zu regeln bleibt.

Juanhschikai gegen den Abfall der Mongolei.

Petersburg, 18. April. Wie der Petersburger Telegraphen-Agentur aus Urga gemeldet wird, telegraphierte Juanhschikai der mongolischen Regierung, er lehne die Einmischung von Mittelspersonen in den mongolisch-chinesischen Streit ab. Er forderte den Gutdachten auf, der Unabhängigkeit zu entsagen, und teilte ihm mit, er habe zu Verhandlungen Bevollmächtigte nach Urga entsandt. Die mongolische Regierung ist nach wie vor nicht geneigt, mit China unmittelbar zu verhandeln.

In Urga ist eine russisch-mongolische Gesellschaft zum Zweck der Errichtung eines Warendepots zum kommissionarischen Verkauf von Waren russischer Fabrikanten an verschiedenen Orten der Mongolei gegründet worden. Unter den Gründern befinden sich fünf mongolische Minister.

Heeresvermehrung in Japan.

Tokio, 16. April. (Meldung der Agence d'Extreme Orient.) Auf die Anfrage eines Abgeordneten hat der Kriegsminister erklärt: Der Zweck des japanischen Heeres ist der Schutz des Landes und die Verteidigung der nationalen Interessen. Die geforderte Heeresvermehrung hat ihren Grund darin, daß auch die anderen großen Völker ihre Heere vermehren. In Korea werden in Zukunft zwei Divisionen, in der Mandschurei mit Einschluß der Formosa eine Division stehen. Mehr könne er aus strategischen Rücksichten nicht sagen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. April 1912.

Zusgesetzt.

Aus dem Reichstage, 18. April. Gewöhnlich gleicht die Debatte im Reichstag einem unablässig niederströmenden trostlosen und grauen Landregen. So war es auch heute, als der Zentrumsmann Belzer den Reigen der Redner zum Justizetat eröffnete, nachdem der Staatssekretär Dr. Delbrück der Bereitwilligkeit des Reichskanzlers, die nationalliberale Jesuiten-Interpellation „an einem noch näher zu bestimmenden Tage“ zu beantworten, Ausdruck gegeben hatte. Aber dann brach für eine Weile die Sonne durch's Gewölk und das erste das Herz, mochte diese Sonne auch einen nationalliberalen Schatten werfen. Der Straßburger Professor v. Calker nahm nämlich in einer gar nicht professoralen Art die verschiedensten Dinge unter die Lupe, die mit der Justizverwaltung in Zusammenhang stehen, fand manches treffende Wort und schlug zuweilen die Herzensklänge des echten Idealisten an, aber er ist eben doch ein Idealist und Ideologe von einer seltenen Weltfremdheit, der von Massenjustiz nichts weiß und von verschönerndem andern auch nichts. Es war ja im ganzen weniger das, was er sagte, als das, wie er es sagte, was ihn die Aufmerksamkeit des Hauses fesseln ließ. Dann unterstützte der Fortschrittler Dove in verschiedenem die gestrigen Ausführungen des Genossen Stadthagen.

Unlängst hat sich der Staatssekretär Kraetke seiner lauten Stimme als eines Zeichens seines guten Gewissens bei der Verteidigung der Beamtenrechte gerühmt. Wenn wirklich die mehr oder minder laute Stimme für oder gegen die Güte einer Sache spricht, dann ist es mit der Sache der Justiz in Deutschland spottschaltest bestellt, denn Herr Visco, der Staatssekretär für Klassenjustiz, küsterte seine paragraphenhaften Ausführungen geradezu in den Saal. Zum Teil verstand er sich gegen die erhobenen Angriffe hinter dem Wall der Unzuständigkeit, zum anderen Teil stellte er die Justiz als ein Kind hin „kein Engel ist so reif“. Mit etwas schwererem Geschütz hollerten der konservativen Politische und der duellbegeisterte Reichsporteiler Merkin gegen die Sozialdemokratie — unter dem Feldgeschrei: „Es gibt keine Klassenjustiz!“ Zwischendurch hatte der Pole v. Laszewski eine Resolution seiner Fraktion begründet, die Tagelöhner für Schöffen und Geschworene fordert, und es tadelt, daß in den hiesigen Landesstellen Polen selten zu diesen Ämtern berufen würden.

Darauf vertrat sich das Haus auf Freitag 1 Uhr zur Fortsetzung der Beratung.

Beamtenwünsche und Scharfmacherei.

Wie wenig die preussische Eisenbahnverwaltung trotz der fortgesetzten Renommisterei des Ministers den berechtigten Forderungen der Beamten und Arbeiter Rechnung trägt, lehrt die am Donnerstag fortgesetzte Beratung des Etats. Ein ganzes Häufchen von Wünschen aller Art wurde von den Rednern der verschiedenen Parteien aufgeschüttet, fast keine Beamtenkategorie ist mit ihrer Lage zufrieden. Auf alle einzelnen Wünsche an dieser Stelle einzugehen, ist unmöglich. Als charakteristisch aber sei hervorgehoben, daß die Vertreter der bürgerlichen Parteien in Uebereinstimmung mit der

Regierung es als etwas ganz Selbstverständliches betrachten, daß die Beamten und Arbeiter eine Besserstellung ihrer Existenz um den Preis ihrer staatsbürgerlichen Rechte erkaufen müssen. Herr v. Savigny (L.), der eine Kodifizierung des gesamten Beamtenrechts forderte, erklärte ausdrücklich sein Einverständnis mit den Bemühungen des Ministers, sozialdemokratische Bestrebungen vom Beamtenheer fernzuhalten, er bezweifle jede nach außen erkennbare Hinneigung zur Sozialdemokratie als unvereinbar mit dem Dienste des Beamten. So tief ist das Zentrum also glücklich gefunken, daß es die Regierung zu scharfmacherischem Vorgehen auffordert. Noch toller treibt es Abg. v. Sogna (H.), der sich als Gegner aller Beamtenorganisationen bekannte, nicht etwa nur als Gegner der Gewerkschaften. Er will nichts davon wissen, daß die Beamten durch ihre Organisationen ihre Wünsche vorbringen. Petitionieren sollen sie auch nicht, und so dürften denn die Forderungen der Arbeiter und Beamten überhaupt unberücksichtigt bleiben, wenn es nicht die Sozialdemokraten wären, die sich ihrer immer und immer wieder annehmen.

In demselben Ton ging es weiter, und Herr v. Breitenbach, der natürlich alle Wünsche ablehnt, hatte es leicht, sein scharfmacherisches Vorgehen zu verteidigen. Daß er in seiner Rede irgend einen neuen Gedanken geäußert hätte, wird er selbst nicht zu behaupten wagen. Alles ist seiner Meinung nach in seiner Verwaltung aufs Beste bestellt, kein Arbeiter oder Beamter hat Grund zum Klagen. Daß es Beamte gibt, die anderer Ansicht sind, bewies in eingehender Rede Abg. v. Delius (Sp.), der selbst Beamter ist und die Schmerzen seiner Kollegen zu kennen scheint.

Der Vertreter der Sozialdemokratie wird erst am Freitag zu Worte kommen.

Besteuerung des Arbeitereinkommens.

Die Steuerkommission des Abgeordnetenhauses beriet am Mittwochabend den § 23 des Einkommensteuergesetzes, der bekanntlich ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter bedeutet. Die Arbeitgeber sind hiernach verpflichtet, über das Einkommen der von ihnen beschäftigten Personen, sofern es den Betrag von jährlich 3000 M. nicht übersteigt, der Steuerbehörde Mitteilung zu machen. Die Kommission zum Gesetz will diesen Zustand im wesentlichen beibehalten, eine Änderung ist nur insofern geplant, als die Arbeitgeber in Zukunft alle von ihnen beschäftigten Personen der Behörde anzugeben haben. Dagegen soll sich die Auskunftspflicht über das Einkommen nur auf Angestellte mit weniger als 3000 M. Gehalt erstrecken. In der Begründung heißt es, daß erfahrungsgemäß namentlich in größeren Städten zahlreiche kaufmännische und gewerbliche Angestellte, deren Einkommen die Summe von 3000 M. überschreitet, bisher noch nicht ihrem wirklichen Einkommen entsprechend zur Veranlagung gelangen, daß sie aber nach der Verpflichtung der Arbeitgeber, sie namentlich zu bezeichnen, zur Abgabe einer Steuererklärung aufgefordert und auf Grund derselben nach ihrem tatsächlichen Einkommen veranlagt werden können.

Das sozialdemokratische Mitglied beantragte die Streichung der Bestimmungen des § 23, die sich gegen die Arbeiter richten. Ein ähnlicher Antrag war vom Zentrum gestellt, das außerdem für den Fall der Ablehnung seines Hauptantrages die Ausdehnung der Auskunftspflicht über das Einkommen auf alle dauernd gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen, auch auf die mit mehr als 3000 M. bezahlten, beantragt hatte.

Zur Begründung wies unser Genosse darauf hin, daß die Angestellten, im Gegensatz zu den meisten anderen Klassen, heute nicht nur bis zum letzten Pfennig zur Steuer herangezogen werden, sondern häufig noch darüber hinaus zahlen, weil die gesetzlichen Abzüge nicht berücksichtigt werden. Er berief sich unter anderem auf eine Petition des Deutschen Werkmeisterverbandes, in der gesagt wird, daß durch die Auskunftspflicht des Arbeitgebers ohne weiteres das Einkommen der Arbeiter und Angestellten an sich in einem weit höheren Umfang wie das Einkommen der selbständigen Gewerbetreibenden herangezogen wird. Solange keine Mittel und Wege gefunden werden, das Einkommen jedes Steuerpflichtigen, also auch das der selbständigen Personen, bis auf den letzten Pfennig zu erforschen, müsse die Auskunftspflicht des Arbeitgebers über die Höhe des Verdienstes seiner Angestellten und Arbeiter als eine Ungerechtigkeit bezeichnet werden. Solange dieses Verfahren bestehe, solle man es aber auch konsequent anwenden gegen alle gegen Lohn und Gehalt beschäftigten Personen und nicht in den zweiten Fehler verfallen, daß man diese Ungerechtigkeit nur gegen die Minderbemittelten anwendet. Forderung man von dem Arbeitgeber eine Angabe über das Einkommen der minderbezahlten Angestellten und Arbeiter, dann erheische es die soziale Gerechtigkeit, daß die Angabepflicht sich auch erstreckt auf die Personen, die über 3000 M. Einkommen haben. Auf den gleichen Standpunkt stellten sich die Redner des Zentrums und der fortschrittlichen Volkspartei, während die Vertreter der Regierung, der beiden konservativen Parteien und der Nationalliberalen für die Ausnahmegestaltung gegen die Arbeiter plädierten und sich namentlich auch gegen die Einführung des allgemeinen Selbsteneintragungszwanges wandten. Mit großer Mehrheit entschied sich die Kommission schließlich für die Beibehaltung des unsozialen § 23 mit der von der Regierung beantragten Änderung in Verbindung mit dem Eventualantrag des Zentrums. Die Arbeitgeber sollen also fortan das Einkommen aller ihrer Angestellten angeben, selbst wenn es sich auf Zehntausende von Mark beläuft. Vielleicht trägt diese Änderung dazu bei, daß der § 23 über kurz oder lang doch mal beseitigt wird.

Journalistisches Apokentum.

Unser Pariser Korrespondent schreibt uns: Von Paris abwesend, bekomme ich von der in der Abendausgabe der „Deutschen Tageszeitung“ vom 9. April veröffentlichten Zuschrift Ihres Pariser Korrespondenten J. St. verspätete Kenntnis. Ihren Inhalt im einzelnen zu wiederlegen, ist wahrhaftig des Raumes im „Vorwärts“ nicht wert. J. St. stützt auf einen Ossa von Widdim einen Olymp von Gemeinheit. Es genügt, diese erquickliche Anhäufung kurz zu betrachten und man kann keinem Menschen von empfindlichen Geruchsnerden zumuten, ihrer vollständigen Abtragung beizuwohnen.

J. St. bleibt dabei, daß die Pariser Banditen Sozialdemokraten seien. Wir haben hier nicht die Absicht, den demnächst beginnenden Aufklärungen des „Vorwärts“ über die „revolutionäre“ Vergangenheit dieser Leute vorzugreifen, sondern können uns begnügen, zu zeigen, wie die „Gewissenhaftigkeit“, deren sich J. St. rühmt, beschaffen ist. Der „Matin“ hat Informationen über Garnier veröffentlicht, wonach dieser in irgendwelchen Dörfern als Vertrauensmann die Mitgliederarten der Erdarbeitergewerkschaft kontrolliert haben soll. Wir können die im Stil von Polizeinoten abgefaßte und namentlich darum bei J. St. solches Beklagen erweckende Biographie nicht prüfen, geben indes die Möglichkeit zu, daß Garnier früher zur gewerkschaftlichen Organisation Beziehungen gehabt haben mag. Welcher ehrenhafte Mann wird aber die Gewerkschaftsbewegung für die Uebelthaten eines Einzelnen verantwortlich machen? In den syndikalistischen Gewerkschaften

mag manche Konfusion und Unklarheit fortbestehen, aber wie erst in den letzten Tagen der prachtvolle Kongress der Bauarbeiter in Bordeaux gezeigt hat, ist auch in ihnen ein mächtiger Drang zur zielbewußten Zusammenfassung der proletarischen Kräfte lebendig, ein hingebungsvoller Idealismus, den die Banditenwelt — auch der Preßbandit, Herr J. St. — nicht kennt. J. St. spricht indes nur vom Kongress der geeinigten Partei in Lyon und behauptet, daß der Arbeiterverband, der „bekanntlich“ über die rote Partei das Kommando führe, „das große Wort“ habe. „Bekanntlich“ ist anscheinend das Wort, das J. St. dort anwendet, wo er der Wahrheit stracks ins Gesicht schlagen will. Denn, so groß zweifellos die Ignoranz dieses Subjekts ist, soviel mühte auch er wissen, daß der Arbeiterverband auf einem Parteitag schon darum nicht das große Wort haben kann, weil er dorthin überhaupt keine Vertretung entsendet. Und das „Kommando“ hat sich in Lyon derart kundgegeben, daß nach dem Beschluß des Parteitags über die das Verhältnis zur Arbeitskonföderation betreffende Affäre Compère-Morel die Syndikalisten eine Kampagne für den Austritt der Gewerkschaften versuchten!

J. St. hat übrigens neben Garnier noch einen zweiten „Sozialdemokraten“ aus der Banditenbande bei der Hand, den in Verh. zur Plage verhafteten „Anarchisten“ Soudy, der der Teilnahme an den Raubmorden beschuldigt wird. Die Parteizugehörigkeit Soudys wird damit bewiesen, daß er der „sozialdemokratischen Organisation“ der „Jeunesse de l'Epicurien“ angehört haben soll, wofür das „Parteiorgan der Gewerkschaften“, die „Bataille Syndicaliste“, als Zeuge angeführt wird. Und J. St. „konstatiert“: Die Partei reklamiert Soudy als einen der Ihrigen. Die „Jugend der Gewerkschaften“ ist natürlich keine sozialdemokratische Organisation, sondern irgend eine lose anarchisierende Gruppe. Die Bezeichnung der „Bataille“ als „Parteiorgan der Gewerkschaften“ soll den Gläubigen erwecken, es handle sich um ein Organ der sozialistischen Partei, wie aus dem folgenden Passus über die „Reklamation“ hervorgeht. Von der ganzen Beschuldigung gegen die Partei bleibt also nichts übrig, als eine mehrfache gemeine Fälschung des verlotterten J. St.

Und damit nehmen wir von J. St. Abschied. Man kann uns nicht zumuten, uns mit idiotischen Anspielungen zu befassen, wie jener, daß der „Vorwärts“ mit dem „Matin“ „auf einem sehr, sehr vertrauten Fuß“ stehe. Vielleicht liegt dem J. St. damit, seinen Beschäftigten — wir meinen im Augenblick die „Deutsche Tageszeitung“ — eine besondere Informiertheit vorzuspiegeln. Wir haben durchaus nicht die Absicht, das Verhältnis zwischen dem edlen Blatt und seinem würdigen Mitarbeiter zu stören. Aber wenn J. St. behauptet, aus „kollegialen Rücksichten“ nicht sagen zu können, warum kein bürgerlicher deutscher Korrespondent über die Parteizugehörigkeit Garniers geschrieben habe, so zwingt uns seine kollegiale Rücksicht, zu verschweigen, daß J. St. schon darum die Notwendigkeit der anderen deutschen Korrespondenten nicht kennen kann, weil es bei diesen Tradition ist, gegenüber J. St. eine gewisse Vorsicht zu bewahren.

Kleine Gannereien.

Die Berechnung, in welchem Umfang die Bevölkerung des Deutschen Reiches zur Ausbringung der erhöhten Friedenspräsenzstärke, wie sie der Entwurf vorliegt, herangezogen werden soll, ist durch ganz geheime Geheimräte bis zur sechsten Dezimalstelle durchgeführt worden. Man denke: Welche Gründlichkeit! Welche Exaktheit! Und welche Mühe und Opferwilligkeit, den dummen deutschen Michel zu überzeugen!!

Noch der jetzigen Friedenspräsenzstärke, die bekanntlich erst 1911 neu festgelegt wurde, steht alljährlich 0,840 786 Prozent der deutschen Bevölkerung unter Waffen. Jetzt kommen nun etliche zehntausend Mann hinzu, und man kann, trotzdem stehen dann nur noch 0,838 202 Proz. der Bevölkerung unter Waffen! Also kann Michel die Behauptung ganz gut vertagen??

Und diesen mühevollen und doch so „einleuchtenden“ Nachweis, daß die Vermehrung der militärischen Streitkräfte für das deutsche Volk doch eigenlich gar nichts zu bedeuten hat, diesen Nachweis erbringen die Geheimräte extra noch für Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg getrennt. Man denke, acht Rechenexempel bis in die sechste Dezimalstelle!

Nur eine kleine Bemerkung hat es mit der Verringerung der Präsenzstärke der im Dienst stehenden deutschen Bevölkerung. Bei der ersten Ziffer, der die Friedenspräsenzstärke von 1911 zugrunde gelegt ist, wurde die Volksgählungszahl von 1905 entgegengestellt! Trotzdem die von 1910 doch schon da war! Für die jetzt vorgelegenen Erhöhungen der Friedenspräsenzstärke hat man aber den Vergleich mit der Volksgählung von 1910 gezogen! Auf die Art kommt dann eine verringerte Prozentziffer der ständig unter den Waffen auf den Krieg lauerten Deutschen heraus! In Wirklichkeit wächst unsere Armee und Marine rascher als die Bevölkerung!!

Obotriten-Kultur.

Das mecklenburgische Gesamtministerium zu Schwerin hat auf die gegen den Beschluß des Rates der Stadt Wismar gerichtete Beschwerde des Bürgerausschusses zu Wismar entschieden, daß der Rat nicht verpflichtet sei, den vom Bürgerausschuss in den Gemeindefaustvorstand gewählten Töpfermeister Reine in sein Amt einzuführen, weil Reine Sozialdemokrat ist.

Der Kieler Polizeipräsident will keinen Waffenzug.

Während nach und nach in einem und dem anderen Orte Schleswig-Holsteins die Polizeibehörden die Genehmigung zu einem Demonstrationszuge am 1. Mai erteilen, will der Kieler Polizeipräsident in seinem Machtbereich solche Veranstaltungen nicht dulden. Der Vorsitzende des sozialdemokratischen Vereins in Neumühlen-Dietrichsdorf — eine stark von Arbeitern bewohnte Gemeinde, die zum Bezirk der königlichen Polizei in Kiel gehört — hatte beim Polizeipräsidenten die Genehmigung zu einem Demonstrationszuge am 1. Mai nachgesucht. Der Polizeipräsident lehnte die Genehmigung ab. Für ihn ist es eine ausgewachte Sache, daß die Sozialdemokraten in Kiel und den umliegenden Orten besonders gewalttätiger Natur sind. Nach der Wahlrechtsdemonstration am 18. März 1910, die geradezu glänzend verlief, und erst im letzten Augenblicke durch das vollständig unmotivierte Eingreifen der Polizei gestoppt wurde — was dann allerdings zur Folge hatte, daß einige abtreifende Saubleute in etwas bedrängte Lage kamen — werden die Vorgänge dieses Tages von dem Polizeipräsidenten als Grund für die Ablehnung jedes Demonstrationszuges und jeder Versammlung unter freiem Himmel angesehen. Das Oberverwaltungsgericht hat ihm leider darin Recht gegeben. Doch Herr v. Schroder, der Kieler Polizeipräsident, hat in diesem Jahre noch einen neuen Grund. Daß die Sozialdemokratie auch in neuester Zeit noch diesen gewalttätigen Charakter hat, folgert er aus einem Artikel in Nr. 157 der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ vom 3. Juli 1911, in welchem zum

Schluß gefügt, daß sich die Kieler Sozialdemokratie stark genug fühlte, auch gegen den Willen eines Polizeipräsidenten die Straße zu behaupten. Es spielt also auch gekränktes Autoritätsgefühl bei der Bejahung der Genehmigung für den Demonstrationszug in Neumühlen-Dietrichsdorf mit.

Zum Oberbürgermeister von Kiel

wurde der Bürgermeister Lindemann-Kiel gewählt. Die Oberbürgermeister Postmann-Rattowitz und Jodisch-Lüdensfeld blieben in der Minderheit.

Wilderung der Grenzsperr.

Das sächsische Ministerium des Innern hat infolge des Zurückgehens der Rauf- und Klauenleude in den Sperrgebieten Oesterreich-Ungarns die Ein- und Durchfuhr von Schlachtrindern und Schlachtschafen sowie von Heu und Stroh aus jenen Gebieten wieder zugelassen.

Oesterreich.

Die Vergewaltigung Kroatiens.

Wien, 18. April. Das Abgeordnetenhause ist heute noch den Osterferien wieder zusammengetreten. Zu Beginn der Sitzung sprach der Präsident die Teilnahme des Hauses an dem Unglück der „Titanic“ aus. Die Abgeordneten hörten seine Rede stehend an. Nach Schluß derselben rief der Abgeordnete Biankini: „Sie vergaßen das große Unglück in Kroatien. Dessen sollten Sie auch gedenken!“ (Unruhe.)

Unter dem Einfluß befinden sich drei Interpellationen der Südslaven, der Tschechen und der deutschen Sozialdemokraten, in denen gegen die Suspendierung der Verfassung in Kroatien in scharfer Weise Protest eingelegt wird. In der ersten Lesung der Dienstprotokolle erhob Abgeordneter Dr. Dulibic scharfen Protest gegen die Suspendierung der Verfassung in Kroatien und erklärte, die magyarische Oligarchie habe damit einen Vubestreich gegen das kroatische Volk, die Dynastie, das österreichische Parlament und die ganze Monarchie ausgeführt. (Zustimmung bei den Südslaven.) Ministerpräsident Graf Stürgkh beantwortete sodann die Interpellationen. Er erklärte, er erkenne nicht, daß die Vorfälle in Kroatien über die Grenze dieses Gebiets hinaus, namentlich bei den das österreichische Staatsgebiet bewohnenden Stammesverwandten Völkern, lebhaftige Teilnahme erwecken. Es handle sich aber um innerpolitische Maßnahmen in einem mit Ungarn in einem staatsrechtlichen Verhältnisse stehenden Staatsgebiet, welche der Einflussnahme der österreichischen Regierung entzogen seien. Mit diesem Vorbehalt dürste jedoch erlangen werden, inwieweit eine länger andauernde Ausherrschschaft der Verfassung innerhalb eines wichtigen Teiles der Monarchie geeignet sein könnte, eine Rückwirkung auf den politischen Naturalisationsprozess in Bosnien und der Herzegovina, welchen vor Hemmnissen zu bewahren ein Lebensinteresse Oesterreich-Ungarns bedeute, sowie auf nahegelegene auswärtige Interessen der Monarchie auszuüben. Die Feststellung solcher den Interessen der Monarchie abträglichen Rückwirkungen könne der Regierung die Nötigung auferlegen, im Rahmen ihrer Kompetenz für die Wahrung dieser Interessen einzutreten. (Beifall.) Schon heute könne aber aus eben denselben Gesichtspunkten der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß es den Bemühungen der für die Verwaltung Kroatiens verantwortlichen Faktoren gelingen werde, Mittel und Wege zu finden, damit Kroatien wieder in den Genuß voller Verfassungsmäßigkeit gelangen könne. (Beifall.)

England.

Kein Bündnis anbieten Deutschlands.

London, 18. April. In der heutigen Sitzung des Unterhauses fragte Hall (Unionist) an, ob Deutschland zu verstehen gegeben habe, daß es bereit sein würde, in ein Offensiv- und Defensivbündnis mit England einzutreten, als einziges Mittel, dem Rüstungswettstreit ein Ende zu machen. Parlamentssekretär Iceland erwiderte, daß die Frage mit Nein beantwortet werden müsse.

Rußland.

Zusamer Massenmord.

Irkutsk, 18. April. (Nachricht der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In den Goldwäschereien der Volksgesellschaft kam es zu ersten Arbeiterunruhen. Zur Unterdrückung des Aufstandes wurde Militär aufgeboden. Die Soldaten machten von der Schußwaffe Gebrauch, töteten 107 Arbeiter und verwundeten 80.

Serbien.

Der Wahlkampf und die Sozialdemokratie.

Belgrad, 15. April. (Eig. Ber.) Was wir hier vorausgesetzt haben, hat sich voll erfüllt: die Wahlen haben der Sozialdemokratie einen glänzenden Erfolg gebracht. Allein in den sechs ländlichen Wahlkreisen, wo die Partei an dem Wahlkampf teilgenommen hat, hat sie zwei Mandate erobert und 24 000 Stimmen auf sich vereinigt. Der frühere Parteipolitabgeordnete Genosse Kozlerowitsch ist wieder gewählt, neu gewählt ist der Parteivorstand Genosse Laptschewitsch. Die bisherige Stimmenzahl der Partei hat sich verdreifacht. Bei dem allgemeinen Wahlrecht hätten wir sicher über 30 000 Stimmen erhalten. Das siegreiche Vordringen der Sozialdemokratie in die breitesten Volksschichten ist die hervorragendste Erscheinung dieser Wahlen. Jetzt wird der Ruf nach dem allgemeinen Wahlrecht noch kraftvoller erhellen.

Die Regierung hat wieder eine knappe Mehrheit gewonnen. Das hat sie aber nur einer betrügerischen Proporzwahl zu verdanken. Während ein Regierungskandidat schon mit 2000 Stimmen gewählt werden konnte, brauchten bei diesem Scheinwahlverfahren die sozialdemokratischen Kandidaten sechsmal soviel, also 12 000 Stimmen, um gewählt zu werden. Doch sind wir mit dem Wahlausfall ganz zufrieden. Zu dem großen materiellen Zuwachs unserer Organisation und unserer Presse stellt sich jetzt der große moralische Effekt des Wahlerfolges.

Mexiko.

Die Antwort an die Vereinigten Staaten.

Mexiko, 18. April. In seiner Erwiderung auf die Note der Vereinigten Staaten, durch die die mexikanische Regierung beantragt wurde, daß sie für jede künftige vorläufige schlichte Behandlung von amerikanischen Bürgern, die in der mexikanischen Minister des Äußeren der Regierung von Washington das Recht, Mexiko eine Ermahnung zu erteilen, da diese nicht im mindesten begründet sei. Der mexikanische Minister bekräftigt weiter, daß die Regierung von Mexiko verantwortlich für Gewalttaten, die in dem von der Empörung ergriffenen Gebiet begangen worden sind, übernimmt aber die volle Verantwortlichkeit für jeden den Anländern zugefügten Schaden, für den die mexikanische Regierung verantwortlich gemacht werden könne. Der Minister fügt hinzu, daß den Führern der Bundesstruppen Vorsicht anempfohlen worden sei, um eine gute Behandlung der fremden Kriegsgefangenen sicherzustellen.

Gewerkchaftliches.

Ein Pendant zur Streikjustiz im Ruhrgebiet.

Mitte Februar hat die Arbeiterpresse über die Ausschreitungen der Arbeitswilligen der Wiesbadener Steinhütte sowie auch über ihre Schießerei auf die Ausgesperrten und Streikposten berichtet. Ein Ausgesperrter war von vier Arbeitswilligen überfallen und mit Schlägen traktiert worden, und als er flüchtete, schossen sie mit Revolvern nach ihm. Zwei Tage darauf wurde ein Streikposten von zwei Arbeitswilligen mit Schüssen mißhandelt, dabei drohten sie: „Die anderen kommen auch noch ran“. Das war mittags, nachmittags 5 1/2 Uhr, als acht Arbeitswillige die Nachtschicht antraten, fielen diese ohne weiteres über drei Streikposten her, auch machten sie von dem Revolver Gebrauch, wobei einer der Streikposten angeschossen wurde.

Die bürgerliche Presse verfuhrte damals, den Sachverhalt umzulügen und den Streikposten die Schuld und die Schießerei aufzuliegen. Aber mit dem besten Willen konnte die Staatsanwaltschaft keine Klage gegen die Streikposten konstruieren. Dagegen haben die angeschossenen Streikposten und noch ein von den Arbeitswilligen mißhandelter Ausgesperrter Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt. Die Staatsanwaltschaft hat jedoch das Verfahren „wegen Mangels eines öffentlichen Interesses“ eingestellt. Sie begründet dies wie folgt:

1. Fall: gegen den Arbeitswilligen Wilhelm Schulz:
„Wenn Wilhelm Schulz in seiner begrifflichen Erregung über die gegen seinen Bruder erhobene Beschuldigung Ihnen mit Schlägen bedroht und dabei auch von Auseinandersetzungen der Hirschkale“ gesprochen hat, so ist nach Lage der Sache nicht wahrscheinlich, daß er sich dabei betruht war, in Ihnen die Furcht vor Lösung zu erwecken.“

2. Fall: gegen den Arbeitswilligen Vincenz Schiche und Genossen:
„Das Verfahren gegen den Gärtner Vincenz Schiche wegen gefährlicher Körperverletzung habe ich eingestellt.“

Nach den eigenen Angaben des Schiche hat dieser allerdings mit dem Revolver nach Ihnen geschossen und sie auch am Kopfe getroffen. Eine strafbare Handlung ist aber um deswillen zu verneinen, weil Schiche nach den Feststellungen sich in Notwehr befunden hat.“

Darauf folgt eine längere Begründung der nach staatsanwaltschaftlicher Deduktion angenommenen Motive, worauf es dann heißt:

„Zum mindesten konnten sie (Schiche und Genossen) des Glaubens sein, daß sie in Notwehr handelten, da an den vorhergehenden Tagen bereits Mißhandlungen stattgefunden hatten.“

Mißhandlungen hatten tatsächlich stattgefunden, aber Mißhandlungen der Streikposten durch Arbeitswillige!

Sagt eine Bergarbeiterfrau in verständlicher Erregung zu einem Streikbrecher „Streikbrecher“, so erhebt der Staatsanwalt „im öffentlichen Interesse“ Anklage und beantragt wochen- oder gar monatelange Gefängnisstrafen. Hält eine Horde Arbeitswilliger über Streikposten her und erhält einer der Streikenden einen Schuß an den Kopf, so liegt kein öffentliches Interesse zur Erhebung einer Anklage vor. Aber da nicht zu der Erkenntnis kommt, daß die Staatsanwaltschaft die „objektive Behörde der Welt“ ist, der muß das seinem sehr beschränkten Laienverstande über deutsche Rechtspflege zugute halten.

Berlin und Umgegend.

Unzufriedene Friedhofsgärtner.

Aus den Versammlungsberichten der Berliner Stadtmode wissen wir, daß die Anlage der drei Friedhöfe in Mühlentempel, Stahndorf und Ahrensfelde ein großer Reizfall der Synode war. Um nur den Dales etwas zu vermindern, scheint der Vorstand sonderliche Wege gehen zu wollen. Im Oktober 1911 wurde für die Abteilungen Baumhülle und Topfplanzen ein neuer Obergärtner eingestellt. Da die Gärtnerei sich nun selbst erhalten soll, so muß natürlich soviel als möglich herausgewirtschaftet werden. Der Obergärtner, Herr Mühlner, verlängerte also die Arbeitszeit. Die Gehilfen sollen anstatt wie früher 10 Stunden, jetzt täglich 11 Stunden arbeiten. An eine höhere Bezahlung denkt aber die Synode oder ihr Obergärtner nicht. Die Arbeiter, die den fürstlichen Lohn von 3,50 M. täglich bekommen, erhalten für die 11. Stunde sage und schreibe 25 Pf. Die Ueberstunden werden also schlechter bezahlt als die reguläre Arbeitszeit. Die Krone setzt der Herr Obergärtner Mühlner seinem Verhalten auf, indem er den Gehilfen, die die Arbeit niederlegten, drohte, sie mit allen gesetzlichen Mitteln wegen Kontraktbruch zu verfolgen, obgleich in diesem Betrieb keine Kündigung besteht. Die Friedhofsgärtner und Arbeiter sollten die Lehre aus diesen Vorgängen ziehen. Auch den Kirchenbehörden gegenüber ist eine starke Organisation notwendig.

Vielleicht ist die Verlängerung der Arbeitszeit auch eine Eigenmächtigkeit des Herrn Obergärtners Mühlner. In Steglitz und im letzten Jahre in Erfurt bei der Firma J. C. Schmidt ist Herr Mühlner durch seine Taten, die auf demselben Gebiete liegen, den Arbeitern unliebsam bekannt geworden. Auch die Unzufriedenheit der Berliner Friedhofsgärtner hat durch seine Maßnahmen eine so bedrohliche Höhe erreicht, daß jederzeit unliebsame Weiterungen eintreten können. Es liegt sicher auch im Interesse der zuständigen Stellen, den Herrn nicht ungenutzt in dieser Weise walten zu lassen. Es wäre gut, wenn ihm etwas auf die Finger gesehen wird.

Achtung, Schuhmacher! Der Streik bei der Firma Pinner Nachstr. 22-24, hat durch erneute Verhandlungen, welche unter Mitwirkung einer Kommission des Verbandes Berliner Schuhfabrikanten stattfanden, seine Erledigung gefunden. Zwar konnten bei weitem nicht alle Forderungen durchgesetzt werden, doch war das Ergebnis für die Kollegen und Kolleginnen als annehmbar zu bezeichnen. Es wurde deshalb beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Jedoch konnten aus betriebstechnischen Gründen nicht alle Arbeiter und Arbeiterinnen sofort wieder eingestellt werden. Herr Vorwärts (Inhaber der Firma) verpflichtete sich aber, bevor nicht alle Streikenden eingestellt sind, keine neuen Arbeitskräfte anzunehmen. — Wir ersuchen, dies beachten zu wollen. Zu gleicher Zeit machen wir nochmals aufmerksam, daß die Firmen Samann u. Co., Michaelstraße 15, und Großmann, Niershof, Mollstraße 2, gesperrt sind. Zentralverband der Schuhmacher Ortsverwaltung Berlin.

Die Sektion der Wippl- und Zementbranche des Deutschen Bauarbeiterverbandes (Zweigverein Berlin) hielt am 17. d. M. in den Arminhallen ihre Generalversammlung ab. Den Geschäftsbericht für das erste Quartal 1912 erstattete Heese. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 1911 2210, zurzeit hat die Sektion 2260 Mitglieder aufzuweisen. Zwei Branchensammlungen und eine Generalsammlung wurden abgehalten. Die Konjunktur war im verflorenen Quartal eine überaus flau, was sich besonders in den hohen Arbeitslosenziffern äußerte. Im Januar lagen 312 Neumeldungen von Arbeitslosen vor, dazu kamen die noch vom Dezember 1911 übernommenen 206, so daß insgesamt 518 Arbeitslose gezählt werden. 83 Arbeitsstellen waren aber nur zu besetzen. Im Februar kamen zu den 263 vom Januar übernommenen noch 314 Neumeldungen hinzu; besetzt wurden 129

Berantw. Redakteur: Albert Wahn, Berlin. Inzeratenteil bezahlt.

offene Stellen. Für März verblieben 245 Arbeitslose, zu denen 461 Neumeldungen hinzutreten, während nur 64 offene Stellen zu besetzen waren. Diese Zahlen dürften die Arbeitslosigkeit aber noch gar nicht in vollem Umfange darstellen, da der Arbeitsnachweis leider nicht genug funktioniert und viele Arbeitslose es unterlassen, sich dort zu melden. Die Arbeitslosigkeit erfaßt 30 Proz. der gesamten Mitglieder. Eine Besserung der Konjunktur ist im Sommer zu erwarten, da besonders mehrere Geschäftshäuser im Innern der Stadt erbaut werden sollen. In Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit war es ein Akt größter Unsozialität, daß trotz Ermahnung zahlreiche Ueberstunden geleistet wurden. Gegen diesen Mißstand sind geeignete Schritte in Aussicht genommen. Den betreffenden Kollegen erteilte die Versammlung einstimmig eine Rüge.

Nedner freiführte dann noch die sogenannte polnische Berufsvereinerung, die eifrig Arbeiterzerpflünder treibe und sich nicht scheue, den Staatsanwalt anzurufen. Ueber die Stellungnahme zur Ruffeier referierte ebenfalls Heese. Die Sektion wird auch in diesem Jahre wie bisher den 1. Mai feiern, und zwar findet die Versammlung am 1. Mai in den „Sophienjulen“ statt. Es wird auf eine rege Beteiligung gehofft. Von denjenigen, welche aus irgend einem Grunde nicht feiern können, wird es als Ehrenpflicht vorausgesetzt, daß sie zu dem Maiabend beistehen. Wo gefeiert wird, soll dies möglichst geschlossen geschehen. Die Feiern werden und auch die Arbeitslosen sind verpflichtet, die Versammlung am 1. Mai zu besuchen, da nur solche Ansprüche auf eventuelle Unterstützung haben. Ueber die Unterstützungsfrage selbst wird noch eine am 28. April stattfindende Versammlung zu beschließen haben. — Unter „Verschiedenes“ wurde zunächst mitgeteilt, daß sich der neue Sektionsvorstand aus folgenden Personen zusammensetzt: Otto Heese, erster Vorsitzender; Wilhelm Lemm, zweiter Vorsitzender; Wilhelm Hoppe, erster Schriftführer; Friedrich Günther, zweiter Schriftführer; Wilhelm Reumann, Adolf Krömer und Ernst Schieselbein, Beisitzer.

Dann berichtete Heese über die Lohnbewegung der Stuckateure. Wo sich Arbeitswillige dieser Branche zeigen, soll dies umgehend der Verewaltung mitgeteilt werden. Auch ist auf die Arbeitsverordnungsart zu achten, die nur in geringer Zahl ausgegeben worden sind; wer diese Karte nicht aufweisen konnte, sei als Arbeitswilliger zu betrachten. Ferner ist auch jedes Anfeuern der Bauleitung, Arbeiten der Streikenden auszuführen, strikte zurückzuweisen. Die dadurch in Mitteleidenschaft gezogenen Kollegen können ebenso wie 1907 Unterstützung beantragen. — Ueber den in der letzten Generalversammlung an den Vorstand verwiesenen Antrag, den sich zur Wiederaufnahme meldenden Kollegen die Löhne, welche ihnen wegen Nichtleistung der Streikbeiträge im Jahre 1910 aufgelegt worden ist, zu erlassen resp. zu ermäßigen, teilte Heese mit, daß der Vorstand den Antrag nicht befürworten könne. Nach kurzer Diskussion schloß sich die Versammlung gegen eine Stimme diesem Standpunkt an.

Deutsches Reich.

Eine Arbeitswilligenlieferung.

Im den Streik in der Görlitzer Waggonfabrik zu brechen, hat die bekannte Arbeitswilligenfirma Kaczmarek, Berlin ein Sortiment von 78 Mann dieser dem Staate nützlichen Elemente nach Görlitz befördert.

In den Zeitungen sucht die Zabeileitung „gesunde Arbeiter, nicht über 40 Jahre“, im Arbeitswilligentrupp befanden sich Leute jeglichen Alters, von 20 bis 70 Jahren. Einer von der Truppe, der unter der Vorspiegelung, daß in Görlitz keine Lohnunterschiede vorliegen, sich von Kaczmarek hatte anwerben lassen, gab eine anschauliche Schilderung von den Erlebnissen vor und während der Fahrt und nach dem Eintreffen in den Betrieben der Waggonfabrik in Görlitz. Danach ist die Kerntuppe des Kaczmarek schon auf dem Görlitzer Bahnhof in Berlin gegen organisierte Holzarbeiter tätig vorgegangen. Im Wartesaal wurde ein Angestellter der Poststelle Berlin des Holzarbeiterverbandes durch Schläge mit einem Bierseidel erheblich am Kopfe verletzt, so daß er sich auf der Unfallstation verbinden lassen mußte. Die antretenden Polizeibeamten werten sich zunächst, auf Ersuchen eines Holzarbeiters den Täter, als welcher Kaczmarek angegeben wurde, festzustellen. Erst auf besonderen Einspruch eines Führers der Selben, der jedenfalls aus Konkurrenzneid sich auf dem Bahnsitz befand, wurde die Feststellung des Täters bewirkt. Kurz vor der Abfahrt habe einer der „Gelben“ gesagt: „Wer jetzt den Zurückzieher macht, kriegt Staukel!“ Unterwegs stellte sich heraus, daß die Arbeitswilligen mit Gummihüpfeln, Schlägern, Messern und Dolchen bewaffnet waren und sich über die bessere Handhabung dieses „Handwerkszeuges“ gegenseitig belehrten. Der so schamlos getäuschte Arbeiter, der vor dieser Gesellschaft ein Grauen empfand, wollte nach seiner Ankunft in Görlitz wieder seine Papiere zurückhaben, um so schnell als möglich aus dem Bereich dieser Leute zu kommen. Kaczmarek verzweigte die Herausgabe der Papiere. Wenn er, der fremde Arbeiter, nicht ein Pfand hinterlasse oder nicht das Reisegeld zurückerstatte, läme er mit heiler Haut nicht heraus. Er, Kaczmarek, brauche nur den Rücken zu drehen, und „schon ist die Sache erledigt“. Dann würde er, der Fremde, sein Leben lang an diese Fahrt denken. Da die schon vorher drohende Faltung der Kaczmarek-Garde immer ernsthafter wurde, hat der Arbeiter unter dem Druck dieser für ihn gefährlichen Situation seine Uhr als Pfand gegeben, worauf er ohne Papiere gehen konnte. Erst im Laufe des Tages wurden ihm auf telephonische Verhinderung eines Genossen aus der Redaktion unseres Görlitzer Parteiblattes bei der Werkleitung die Papiere wieder ausgehändigt. Die Uhr herauszugeben, weigerte sich Kaczmarek.

Nach den Angaben dieses fremden Arbeiters sollen die Arbeitswilligen pro Woche 89 M. und freie Station erhalten, während den eigenen Arbeitern von der Firma Einstellungslohne von 27 und 28 Pf. pro Stunde gezahlt werden. Zugang von in der Holz- und Metallindustrie tätigen Arbeitern, von Malern und Anstreichern, gelernten und ungelernten Arbeitern ist aus Görlitz streng fernzuhalten.

Die Metallarbeiter der Schiffwerft von H. Lemm in Poizenburg a. Elbe haben dieser Firma den heutigen Lohnverhältnissen entsprechende Forderungen auf Erhöhung der Löhne unterbreitet. Die Firma hat zwar mit einer Kommission der Arbeiter unterhandelt und später auch mit dem Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes, aber so geringfügige Zugeständnisse gemacht, daß eine Verständigung nicht erzielt wurde. Auf 3 1/2 Jahre verteilt, wollte die Firma 3 Pf. Lohn zulegen! Die Arbeiter haben ihre höhere Forderung so weit revidiert, daß auf 2 1/2 Jahre 4 Pf. Lohnhöhung kommen, erfahren aber damit eine Abweisung. Die Folge davon war der Streik. Wir ersuchen dringend, den Zugang von Poizenburg fernzuhalten! Die Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Von den Verhandlungen im Hamburger Hafen.

Am Mittwochabend sind die zwischen Vertretern des Hafens-Betriebsvereins und Vertretern des Transportarbeiterverbandes gepflogenen Verhandlungen über die Arbeitsbedingungen in den Stauerbetrieben zu einem Abschluß gelangt. Die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit wurde in der Art erledigt, daß eine Kommission bestimmt wurde, der auch drei Vertreter des Transportarbeiterverbandes angehören, die eine Verkürzung der regelmäßigen Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden vorbereiten soll. Diese Vorbereitung und

Erhebung über die Möglichkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit muß binnen Jahresfrist geschehen sein.

Lohnerhöhungen wurden zugebilligt je 10 Pf. pro Tag ab 1. Mai 1912, ab 1. Januar 1913 und ab 1. Januar 1914. Für etwa 30 bis 40 namentlich aufgeführte Artikel, deren Herstellung besonders gesundheitschädlich ist, wie Schwefel, Kampfer, Guano und andere, wird ein besserer Lohnzuschlag gewährt; er soll von nun an 8 Pf. pro Stunde betragen.

Die Funktion der für den Arbeitsnachweis bestehenden Besonderekommission wird etwas erweitert; ihr wird eine gewisse Zuständigkeit bei Lohnunterschieden eingeräumt; sie kann bei Lohnunterschieden vermittelnd eingreifen.

Am Sonntag werden die Hamburger Schauerleute in einer Versammlung zu diesen Ergebnissen der Verhandlung Stellung nehmen.

Ausland.

Warnung vor Auswanderung nach Amerika!

Ein Beauftragter des Fresno Building Trades Council in Fresno (Kalifornien) bittet einen Verwandten in Harburg, für weitgehende Verbreitung dieser Warnung Sorge zu tragen:

„Ich erlaube mir, Dich offiziell zu benachrichtigen, daß die Arbeitsverhältnisse hier so erbärmlich sind, wie die Welt es wohl selten gesehen hat. Unter dem Vorwande, daß hier Tausende von Arbeitern aller Gattungen für den Bau der Weltausstellung in San Francisco gebraucht werden, werden Tausende von Arbeitern verführt, nach hier auszuwandern. Nachdem die Schiffs- und Eisenbahngesellschaften, die Hotels und Vermietungsanstalten die armen Teufel ausgeraubt haben, sehen sie, ohne der Sprache mächtig zu sein, und ohne Mittel auf der Straße. Wir müssen Tausende mit Essen und Schlaflegenheit versorgen, und die Gefängnisse, Aranken- und Irrenhäuser sind mit diesen Unglücklichen gefüllt. Selbstmorde kommen täglich hunderte vor! — Es sind die Eisenbahn- und Schiffahrtsgesellschaften, die durch verführerische Zeitungsreklame schuld daran sind. — Wir vereinigten Gewerkschaften und Sozialisten bitten Euch, diesen Bericht soviel wie möglich bekannt zu machen.“

Letzte Nachrichten.

Großfeuer in Halensee.

Gestern Abend kurz nach 10 Uhr wurde die gesamte Wilmersdorfer Feuerwehr nach der Johann-Georg-Straße 8 auf Halensee gerufen, wo in der Fabrik Chemisch präparierter Papiere von Senzig u. Mellis, G. m. b. H., ein Großfeuer ausgebrochen war. Bei Anbruch der Löschzüge brannte der zweite und dritte Stock der Fabrik lichterloh. Die Flammen fanden an den Papierdorräten überreichliche Nahrung und konnten nur langsam eingedämmt werden. Nach einstuündiger Löschstätigkeit konnte die Hauptgefahr als beseitigt gelten. Der angerichtete Schaden ist erheblich. Ueber die Ursache des Feuers konnte noch nichts ermittelt werden. Mit den Nachschub- und Aufräumungsarbeiten hatte die Wilmersdorfer Wehr bis in die späten Nachtstunden hinein zu tun. Unfälle sind bei den Löscharbeiten nicht vorgekommen. Die Brandstelle war von einer großen Menschenmenge umlagert.

Zum Untergang der „Titanic“.

New York, 18. April. „Evening Post“ meldet: Bruce Ismay hat heute der White Star-Linie die ersten Berichte über den Untergang der „Titanic“ gefandt. Die Direktion hat die Befreiung der Depeschen verweigert. Der Vizepräsident der White Star-Linie erklärte nur, daß diese Depesche von keiner Partei berichtet hätte; er dementierte weiter, daß Ismay vor der Landung an Bord des Dampfers „Gebrie“ gehen würde. — Der Schiffssekretär Mac Veagh hat einen Postkutter angewiesen, das Senatskomitee, das die Ursachen der Katastrophe untersuchen soll, auf die „Carpathia“ zu bringen, ehe diese den Hafen erreicht oder sobald sie sich innerhalb der Jurisdiktion der amerikanischen Zollbehörde befindet.

Washington, 18. April. (W. T. B.) Alexander, der Obmann des Repräsentantenhaus-Komitees für die Handelsmarine, hat im Hause eine Resolution eingebracht, in der er die Einberufung einer internationalen Schiffsahrt-Konferenz vorschlägt, um einseitige gesetzliche Bestimmungen für die Sicherheit von Mannschaft und Passagieren der Handelschiffe in Erwägung zu ziehen.

Die „Titanic“-Katastrophe im englischen Unterhause.

London, 18. April. Handelsminister Buxton erklärte in Beantwortung verschiedener Anfragen über das Unglück der „Titanic“, daß das Handelsamt mit Rücksicht auf die wachsende Größe der Dampfer im letzten Jahre eine Revision der Vorschriften über die Rettungsboote in Aussicht genommen und mit der Untersuchung dieser Frage den Ausschuh für Handelschiffahrt betraut habe. Der Bericht des Ausschusses habe das Handelsamt nicht zufrieden gestellt und die Frage sei dem Ausschuh nochmals zur weiteren Untersuchung überwiesen worden. Der Handelsminister erklärte weiter, er wolle nichts über das Ergebnis der Untersuchung über den Untergang der „Titanic“ voraussagen und auch nicht von Änderungen reden, die sich infolge der Katastrophe als notwendig erweisen sollten. Er wolle aber feststellen, daß bisher weder das Handelsamt noch die verantwortliche sachverständige Behörde der Meinung gewesen sei, daß jedes Schiff, gleichviel welcher Größe und Schottenausrüstung, unbedingt in seinen Rettungsbooten Platz für alle an Bord befindlichen Personen haben müsse.

Das Handelsamt habe der „Titanic“ 900 Plätze in ihren Rettungsbooten vorgeschrieben, sie hätten aber tatsächlich für 1178 Personen Platz gehabt. Die durch die Katastrophe geschaffene Lage, schloß der Minister, muß mit der größten Sorgfalt erwogen werden, nicht in Ueberstürzung, sondern im vollen Lichte der Tatsachen, die die Untersuchung zulage fördern wird. Das Handelsamt ist sich vollkommen der großen Verantwortlichkeit bewußt, die es in dieser Angelegenheit trägt. Cooper fragte sodann: Ist es nicht Tatsache, daß die altantischen Dampfer Deutschlands und der Vereinigten Staaten doppelt soviel Rettungsboote mitführen, als das britische Handelsamt für notwendig erachtet? Buxton antwortete: Ich glaube nicht, daß das der Fall ist, aber ich werde der Frage nachgehen.

Befestigung des Bombardements der Dardanellenforts.

Wien, 18. April. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Konstantinopel: Das Bombardement dauerte 2 1/2 Stunden. Die Türken hatten einen Toten und einen Verletzten. Durch einen Schuß von dem Fort Ergoal wurde ein italienischer Panzerkreuzer kam p f u n s ä h i g gemacht. Die italienische Flotte dampfte dann nach dem Golf Gallipoli ab. Die Italiener bombardierten heute auch Samos.

Der Pariser Chauffeursstreik beendet.

Paris, 18. April. (W. T. B.) Der seit dem 27. November 1911 bestehende Streik der Chauffeurs ist beendet.

Aus dem russischen Korruptionskumpf.

Warschau, 18. April. (W. T. B.) Auf Veranlassung der Militärbehörde wurden heute noch vorheriger Hausuntersuchung vier Intendanturbeamte verhaftet. Die Beamten sollen sich bei den Lieferungen von Armeematerial Unterschlagungen im Höhe von mehreren Millionen Rubel schuldig gemacht haben.

Reichstag.

40. Sitzung, Donnerstag, den 18. April 1912, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundespräsidenten: Dr. Lisco, Delbrück. Auf der Tagesordnung steht zunächst die nationalliberale Interpellation betreffend den Vollzug des Jesuitengesetzes.

Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt auf die Anfrage des Präsidenten, der Reichsjustizminister ist bereit, die Interpellation zu beantworten; über den Zeitpunkt der Beantwortung werde ich mich mit dem Herrn Präsidenten verständigen.

Dem Antrag der Wahlforschungskommission, über die bei der Wahl des Abg. Dr. Weder-Hessen (natl.) nach den Behauptungen des Prof. Dr. v. Gumboldt Unregelmäßigkeiten Beweis zu erheben, wird debattelos zugestimmt, ebenso dem Antrag Abg. u. Gen. (Sp.), ein gegen den Abg. Dr. v. Gumboldt (Sp.) schwebendes Strafverfahren für die Dauer der Session einzustellen. Hierauf wird die zweite Sitzung des

Staats des Reichsjustizamts

fortgesetzt.

Abg. Dr. Belzer (Z.): Sehr bedauerlich ist, daß mit der Verabreichung der Strafprozessreform nun auch eine Reform des Strafvollzugsgesetzes und die des Militärstrafgesetzbuches verzögert wird. Dem Antrag der Konservativen, der einen Gesetzentwurf zum Schutze der Jugend gegen Schmutz- und Schundliteratur verlangt, werden wir gern zustimmen. Gegen den Antrag Abg. jedoch, der die Schaffung von Jugendgerichten und eines besonderen Verfahrens gegen Jugendliche wünscht, haben wir sehr schwere Bedenken; es wäre nur eine Teilreform, und zudem will der Antrag dem Staatsanwalt eine größere Befugnis geben. Dem können wir nicht zustimmen. Bei der Reform der Strafprozessordnung muß unbedingt an der Forderung der Mitwirkung von Laien in der Berufungsinstanz festgehalten werden; es wird keinen Reichstag mehr geben, der auf diese Forderung verzichtet (Sehr richtig!), und die Regierung sollte die in der Kommission geleisteten Vorarbeiten nicht unter den Tisch fallen lassen. — Eine weitere große Reform, die uns bevorsteht, ist die der Zivilprozessordnung. Sie liegt ja noch in weitem Felde. Auch bei ihr wird man an die Zuziehung von Laien denken müssen. Die Erfahrungen bei den Kaufmanns- und Gewerbegerichten haben die Bedenken hiergegen zerstreut. Aber noch vor der großen Reform wäre vielleicht eine Teilreform des Konkursverfahrens angebracht, vor allem, um den Zwangsvergleich zu beseitigen. — Immer enger werden auch die internationalen Rechtsbeziehungen. Notwendig ist vor allem die Schaffung eines internationalen Luftschiffahrtsgesetzes. Wie steht es ferner mit der Schaffung eines internationalen Rechtsbereiches? — Wünschenswert wäre eine Statistik über die öffentlichen Anklagen etwa in zwei Jahren. Eine solche Statistik würde dem Vertrauen, das vielfach gegen die Staatsanwaltschaft besteht, beugen. Wichtiger ist die Forderung der Tagelöhner für Schiffe und Gewerksame. Die Gebührenordnung für Rechtsanwälte ist revisionsbedürftig, vor allem aber ist eine Verringerung der Rechtsanwaltsgebühren notwendig.

Die Strafen im Streitgebiet sind in der Tat teilweise zu hart. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Erregung, die während des Streiks im Ausgrevier herrscht, sollte nicht als strafverschärfend, sondern als strafmildernd angesehen werden. (Sehr richtig!) Redner geht des Weiteren auf eine Reihe Einzelfälle ein und verlangt deren Prüfung durch das Reichsjustizamt. — Die Anordnung der Unterbringung von Irren in eine Anstalt gegen ihren Willen sollte nicht Sache der Polizei, sondern der Richter sein, deren Anordnung anfechtbar sein müßte. Dunkle Stellen gibt es genug in unserer Justiz, aber so trübe wie Herr Stadthagen brauchen wir nicht zu sehen. Es gibt zwei leuchtende Stellen, das ist die Unbestechlichkeit unserer Richter und die Gediegenheit unserer Rechtswissenschaft. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. v. Gatter (natl.): Es ist mein lebhaftester Wunsch, daß wir sobald wie irgend möglich zu einer Reform der Strafprozessordnung kommen. Auf jeden Fall müssen einzelne Änderungen erfolgen. Das wichtigste ist eine Regelung des Jugendrechts. Ich denke an die Heraushebung der Straf- und Jugendgerichtsbarkeit. Die steht es weiter mit dem Gesetz betr. die Konkurrenzklause. Dringend notwendig ist eine Reform der juristischen Vorbildung. Sie ist zwar heute Landesrecht, aber es wäre sehr erwünscht, wenn diese wichtige Materie durch Reichsgesetz geregelt würde.

Von einer Klassenjustiz kann keine Rede sein. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Eine bewusste Rechtsbeugung habe ich noch niemals gesehen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.) Auch sind die Leistungen der Juristen nicht zurückgegangen, wohl aber sind die Anforderungen an die Kenntnisse der Juristen infolge der immer umfangreicher werdenden Gesetzgebung enorm gestiegen. Wie können diese Anforderungen besser erfüllt werden, als es heute geschieht? Hier sollte das Reichsjustizamt mit Anregungen vorgehen. Es ist zuzugeben, daß Professoren, die vor allem wissenschaftlich tätig sind, sich in ihrer dozentischen Tätigkeit nicht genügend Mühe geben. Vielfach sind die Vorlesungen in der Tat etwas langweilig. (Lebhafter Sehr richtig! und Weiterkeit.) Eine wertvolle Ergänzung der Vorlesungen sind die Übungen. Wir müssen so dozieren, daß die jungen Leute die Empfindung haben, sie lernen etwas, dann kommen sie auch. Und wenn sie mal nicht kommen, weil sie im Schwarzwald oder in den Vogesen herumlaufen, so schadet das auch nichts. (Bravo!) Die Replikanten an sich schaden nichts, denn es ist gleich, wo jemand etwas lernt, wenn er es nur überhaupt lernt. Ein fürchterlicher Schaden für unsere Rechtspflege aber sind die Replikanten, die auf den Mann, auf den Examinator dreschieren. (Sehr richtig!) Natürlich tragen die betreffenden Examinatoren mit Schuld daran. Es muß so examiniert werden, daß ein solches Dreschieren nicht nützt. Examinieren kann man nur dann, wenn man eine Materie beherrscht. (Sehr richtig!) Die Allgemeinbildung war früher eine viel bessere, heute drängt alles zum Brotstudium. Im ersten Semester sollte der junge Jurist nur ein Kolleg über Einführung in die Rechtswissenschaft hören. Der junge Abiturient weiß ja noch gar nicht, wie es im Staatsleben aussieht, sein Lehrer weiß es ja meist auch nicht. (Lebhafter Sehr richtig! und Weiterkeit.) Wegen des Verbindungsweises habe ich an sich nichts, aber die Verbindungen sollten den jungen Leuten nicht fehlen, in den ersten Semestern seid Ihr für die Verbindung da, sondern sie sollten ihnen sagen: in der heutigen Zeit ist es nicht mehr angängig, daß junge Leute Semesterlang nichts tun. Gewiß sie sollen fröhlich sein und studentische Sitten pflegen, aber es ist auch durchaus möglich, daneben noch etwas zu arbeiten. (Sehr gut!)

Bei der Reform der Strafprozessordnung wünschen alle Parteien ein Jugendgesch. Für dieses Gesetz habe ich den besonderen Wunsch, Frauen als Schöffen zuzuziehen. — In der Gerichtsverfassung würde ich das Paternalelement in der Weise berücksichtigen, daß alle Kreise der Bevölkerung ohne Rücksicht auf Religion und politische Überzeugung zugezogen werden. Dazu ist es nötig, Gebühren für Schöffen und Geschworene festzusetzen. Nur durch diese Mitwirkung kann das Vertrauen in die Rechtspflege gesteigert werden. — Schleunige Justiz ist in jedem Falle gut. Im Streitgebiet ist jetzt schleunige Justiz durchgeführt worden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das war überhaupt keine Justiz!) Ob die Urteile zu hart waren, weiß ich nicht. Ich glaube nicht, daß von deutschen Richtern Klassenjustiz geübt wird. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Jedenfalls ist eine Verschärfung des Verfahrens möglich. Dazu könnte auch eine Verbesserung des Vorverfahrens beitragen. Freilich sind das nur kleine Mittel. So lange wir die grundlegende Reform nicht bekommen, bleibt dem Staatssekretär als großes Mittel das der persönlichen Anregungen. Wir wollen nicht an dem verhandelten Satz festhalten: Fiat justitia, pereat mundus (Gerechtigkeit muß geübt werden, wenn auch die Welt darüber zugrunde geht), wir sagen vielmehr: Fiat justitia, non pereat mundus (Gerechtigkeit muß geübt werden, damit nicht die Welt zugrunde geht). (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dove (Sp.): Nachdem Sie soeben eine Generalbeichte eines deutschen Professors gehört haben (Weiterkeit), will ich vom Standpunkt eines alten deutschen Richters aus sprechen. Gleich dem Vordrüber habe ich früher auch in dem Abg. Stadthagen das Verleihen einer Klassenjustiz bestritten. Doch da meinte ich, Stadthagen gehe von der Voraussetzung einer bewussten Rechtsbeugung aus. Das tut er aber nicht, er sagt vielmehr, der Richter ist das Produkt der kapitalistischen Ordnung, aus der nichts Gutes entstehen kann. Tatsächlich bestehen Gefahren für eine tendenziöse Rechtsprechung und keineswegs bloß auf sozialem Klassengebiet. Auch wenn die Richter aus dem Volke gewählt würden, könnte Klassenjustiz vorkommen, sogar verschärfte Klassenjustiz. Denn diese Gefahr besteht in den Massenbewegungen und Massenagitationen. So sind nach den Attentaten auf Kaiser Wilhelm I. zu scharfe Urteile wegen Majestätsbeleidigung verhängt worden, so mag auch jetzt die Judikatur im Streitgebiet zu scharf sein. Ich treffe mich mit Stadthagen in dem, was er über die Notwendigkeit der

Unabhängigkeit der Richter sagte; über die Beeinflussung der politischen Tätigkeit der Richter habe auch ich Erfahrungen. Wenn aber die Richter vom Volke gewählt werden, so werden sie erst recht von politischen Strömungen abhängig. (Zustimmung.) Einverstanden bin ich auch mit Stadthagen über das Verhältnis von Reichsrecht und Landesrecht. Durch Reichsgesetz ist die Möglichkeit der Überweisung an die Landesbehörde an ein richterliches Urteil geknüpft und kein Einzelstaat kann demgegenüber berechtigt sein, die Maßregel der Entziehung der persönlichen Freiheit und des Arbeitszwanges ohne richterliches Urteil zu verhängen. Der Staatssekretär sollte daher eingehend prüfen, ob der preussische Gesetzentwurf über diese Materie zulässig ist, und dementsprechend Maßregeln treffen. — Notwendig ist eine Erhöhung der Gebühren für Zeugen und Sachverständige. — Ein großer Teil der Vorwürfe gegen die Gerichte beruht auf den Gesetzen. Ueberhaupt machen wir zu viel Gesetze. (Sehr richtig! rechts.) Sie rufen sehr richtig! und doch stellen Sie bei jeder Etatberatung Anträge auf den Erlaß neuer Gesetze. (Weiterkeit.) Wir alle sollten dafür sorgen, daß uns der Ruhm einer objektiven Rechtsprechung erhalten bleibt. (Bravo! h. d. Sp.)

Staatssekretär Dr. Lisco: An der Zivilprozessordnung ist in den letzten Jahren so viel geändert worden, daß erst Erfahrungen gesammelt werden müssen, ehe an eine weitere Reform, die ja auf Grund der vielen Anregungen wird kommen müssen, zu denken ist. Auch an eine Revision der Konkursordnung ist zurzeit nicht zu denken. — Ein Entwurf über die Konkurrenzklause ist aufgestellt und wird hoffentlich in der nächsten Session vorgelegt werden können. Ebenso liegt es mit dem Entwurf betreffend die Haftung der Eisenbahnen für Sachschäden. Eine Regelung des Luftschiffahrtrechts habe ich beim Reichsamt des Innern angeregt, ein Entwurf ist in Bearbeitung. Zur Regelung des internationalen Seerechts mit dem internationalen wird Ihnen wohl noch in dieser Session eine Vorlage zugehen. — Betreffs der Rechtsanwaltsgebühren sind Erhebungen in Vorbereitung. Eine allgemeine Erhöhung der Gebühren der Rechtsanwälte dürfte nur dann erfolgen, wenn nachgewiesen wird, daß bei den heutigen Gebühren ein vollbeschäftigter Anwalt nicht seinen standesmäßigen Unterhalt finden kann. Dieser Beweis hat bisher nicht erbracht werden können, sodas ich nicht in der Lage bin, eine solche Erhöhung zu beantragen. Der Uebelstand liegt nicht in der Höhe der Gebühren, sondern in der Ueberfälle der Anwälte. Erwägungen über die Möglichkeit der Erhöhung der Gebühren für Zeugen und Sachverständige schweben noch. — Bei den Ausführungen über die Ausbildung der Juristen glaube ich im Abgeordnetenhaus zu sein. (Sehr richtig! rechts.) So wertvoll die Anregungen waren, kann ich ihnen doch als Staatssekretär des Reichsjustizamts nicht nachgehen. Noch viel weniger sieht die Fortbildung der Beamten in meiner Befugnis. — Die erste Lesung der Novelle zum Strafgesetzbuch wird wohl Ende dieses Jahres, die zweite im Laufe des nächsten Jahres fertig sein. Die Veröffentlichung wird so früh wie möglich erfolgen. Die Vorlage an den Reichstag wird kaum vor 1917 erfolgen können, also sobald der neue Reichstag gewählt ist. (Hört! hört!) Sachverständige werden natürlich bei der Aufstellung des Entwurfs zugezogen. — Es sind hier einzelne Urteile kritisiert worden. In dem Falle des Kohlendiebstahls sind die betreffenden Leute wiederholt gewarnt worden. Was die Strafprozessordnung angeht, so muß ich auf einige Fälle eingehen. Im Falle des Arbeiters Herrmann ist die Staatsanwaltschaft nicht erst auf Drängen der Verteidigung vorgegangen. Es ist in diesem Falle alles geschehen, um zu ermitteln, von wem Herrmann den tödlichen Schlag erhalten hat. Die Ermittlungen haben sofort nach dem Totschlag begonnen. Der Leichnam ist obduziert, die in Betracht kommenden Zeugen sind vernommen worden. Die Ermittlungen sind aber ohne jedes Ergebnis verlaufen. Im Januar 1911, unmittelbar nach dem großen Moabit-Prozess, sind dann auf Grund einiger Zeugenaussagen neue Ermittlungen angestellt worden. Es sind 27 Zivilpersonen und 230 Beamte vernommen worden, über 200 Beamte sind Zivilpersonen vor Gericht gegenübergestellt worden. Natürlich ist lebhaft zu bedauern, daß auch diese Ermittlungen ergebnislos verliefen und es nicht gelungen ist, die Täter festzustellen. Aber das liegt genau so wie in vielen anderen Fällen, wo aus einer Masse heraus Einzelne gewonnen werden, wodurch Beamte getötet werden. — Die Verhaftung des Gewerkschaftssekretärs Schabel in dem Stätenberger Fall hat natürlich mit seiner Tätigkeit als Gewerkschaftssekretär nichts zu tun. Es hat

Der 29. Kongreß für innere Medizin.

O. P. Der erste Teil der Sitzung vom Mittwoch gehörte der Neurologie (Vorträge von den Nerven) an. Lange-Weißig machte Mitteilung über die von ihm eingeführte Methode der Nerveninjektion in die Nerven bei Neuralgien, die jetzt allgemein mit sehr gutem Erfolge angewandt werden. Die besten Wirkungen sieht er bei akuten Neuralgien, gleichgültig, ob bei Zuckas, Gesichtslähmung, Armeuralgie usw., auch noch Influenza, Malaria, bei Amputationslähmungen. Sehr gering sind die Wirkungen bei Neurasthenie und Hysterie, sowie bei Unfallverletzten. Die Methode ist völlig gefahrlos.

Den Höhepunkt der Sitzung bildeten die Erörterungen über die Wirkung radioaktiver Substanzen, denen sich das Interesse der Forscher und Ärzte in der letzten Zeit in hervorragender Weise zuwendet. Was zunächst das Radium anbelangt, so sind seine gewaltigen biologischen Wirkungen unbestreitbar. Unbestritten aber ist noch nicht, inwiefern sich solche Wirkungen in Krankheiten therapeutisch verwerten lassen. Außerdem untersucht noch der Diskussion, welche Form der Radiumanwendung, ob Einatmung, Trinken oder Paderat, das beste Verfahren darstellt.

Vazarus, Berlin teilt mit, daß die Harnsäure des Blutes durch Emanation nicht in spezifischer Weise beeinflusst würde und von den Velden, Düsseldorf wird nach, daß die Blutgerinnung durch Radiumemanation nicht anders beeinflusst würde, wie durch andere respirable Gase. Von ärztlicher Seite befürchtete Rumel-Hamburg diese ablehnende experimentelle Untersuchung auf Grund seiner Beobachtungen an Sickerkranken und rheumatischen Kranken. Demgegenüber traten aber gewichtige Fürsprecher für die Heilwirkung der verschiedenen Radiumanwendungen auf. Eine Reihe von Endoärzten rühmten die exzellente Heilerfolge. Vom wissenschaftlichen Standpunkt unterstützte Straßburger-Wrocław diese Auffassung.

Auf ein hohes Niveau wissenschaftlicher Darbietung erhoben sich die Verhandlungen durch Mitteilungen, welche gleichzeitig aus drei führenden Kliniken (Hiss, Kraus, Berlin, v. Koorden, Wien) über die Wirkungen einer bisher unversprochenen Substanz, das Thorium X, gemacht wurden. Dieses Präparat wird von den Quecksilber-Glühbirnen gewonnen. Es ist so enorm radioaktiv, daß schon ganz verdünnte Lösungen die stärksten photographischen Wirkungen hervorrufen. Es grenzt an Wunderbare, welche außerordentliche Veränderungen im menschlichen Körper nach Einführung des Thorium X hervorgerufen werden. Es wurde übereinstimmend von Plesch und Gubzentz-Berlin und von Palla-

Wien berichtet, daß Thorium X die Zahl der weißen Blutkörperchen vermindert, den Blutdruck beträchtlich senkt, den Stoffwechsel in einer bisher unbekannt Weise anregt, den Atmungsseffekt und die Herzarbeit steigert. Von Krankheitszuständen wurde insbesondere die Leukämie (der Mangel an weißen Blutkörperchen) in einer Weise beeinflusst, die sogar der schon bekannten Röntgenstrahlung weit überlegen ist. Auch die unheilbare Blutentmischung (perniziöse Anämie) ließ sich in einem Fall überraschend günstig beeinflussen. Die Reizwirkung der Radioaktivität, die die außerordentliche Menge strahlende Energie, die dem Patienten einstrahlt, auch Schädigungen herbeiführen kann. Mit Recht betonte unter allgemeinem Beifall R. Kraus-Berlin, daß hier eine Naturkraft gefunden sei, deren Verwendung zu Heilzwecken vorläufig noch nicht in Betracht käme. Unbedingt notwendig sei das Studium dieser Substanz im Tierexperiment und vorzüglich taufende Versuche an kranken Menschen.

Das Programm wandte sich nunmehr den Blutkrankheiten zu. v. d. Velden-Düsseldorf sprach über die Behandlung der Haemophilie. Es ist dies bekanntlich die krankhafte Disposition mander Menschen zu schweren, manchmal tödlichen Blutungen. Es ist der neueren Forschung geglückt, festzustellen, daß diese Disposition dadurch zustandekommt, daß das Blut seine Gerinnungsfähigkeit verliert. v. d. Velden hat die Mittel geprüft, die zur Erhöhung der Gerinnungsfähigkeit in Betracht kommen und hat festgestellt, daß dies durch Einspritzung von Kochsalzlösungen, Adrenalin und milchsaurem Kalk in die Venen möglich ist.

Weitere Vorträge betrafen die Entstehung der Anämien. Es gibt eine schwere Mutterkrankung des Menschen, bei der dieser unter fortschreitender Blässe sicherem Ende entgegensteht, ohne daß es bisher gelungen wäre, ihre Ursache aufzuklären. Wohl jedes Jahr bringt neue Untersuchungen, welche das Dunkel zu erhellen suchen.

Port-Göttingen berichtete, daß er durch lange fortgesetzte Einspritzung von Vegetin bei Tieren Anämie verursacht hätte. Lüdtke-Würzburg hat aus Bakterienarten Fettsäureverbindungen, sogenannte Liposubstanzen extrahiert, durch deren Einspritzung er Affen und Hunden künstliche Anämie verursachte.

Nunmehr wurden die Erkrankungen des Magens und Darms besprochen. Seidl-Wien eröffnete die Bedeutung der Schmerzpunkte bei Geschwüren des Magens und Zwölffingerdarms. Er glaubt aus der Lokalisation der Hautempfindlichkeit den Ort des Geschwüres feststellen zu können. Ueber die besondere Wirkung von Abführmitteln berichten Reher-Weg und Gebhardt-München. Sie zeigen an Röntgenbildern, wie Aloe nur Bewegungen des Dickdarms, Nigelinus im wesentlichen solche des Dünndarms hervorbringt, während Calomel den ganzen Darm in kräftige Bewegungen bringt.

Kleines feuilleton.

Die Literatur im Kasanienwäldchen. Am 16. April begann das Sommersemester der Berliner Universität. Das Verzeichnis der Vorlesungen umfaßt 70 Seiten. Alles fachliche beiseite lassend, suche ich: Deutsche Literatur. Zunächst ist sie nicht zu finden; „Gotisch für Anfänger“ ist es nicht, und „Interpretation von Draumes Althochdeutschem Lesebuch“ auch nicht. Aber dann kommt es: 17 Vorlesungen werden über diesen Gegenstand gehalten. Letzte wird der Blick, traurig der Sinn: Germanische Heldensage — gut! —, aber dann: „Erklärung des Nibelungenliedes mit Erörterung der Sage und ihrer Geschichte“, „Mittelhochdeutsche Übungen“ im Seminar, Klopstock...

Diese Vorlesungen sind verflucht. Wer nie bei dem faulenden Getöse der professoralen Stimme Arabesken in die Wände schnitt, wer diese Philologen nicht anhörte, ihr Erlaufen in Tatsachen, ihr düsteres Urteil über Künstler, die sie nie begriffen, — der mag glauben, daß auch dem Besuch der Vorlesung über den deutschen Roman bis zur Gegenwart oder über Voltaire irgend etwas herausspringt. Es lohnt nicht, die alten Eriden einzeln zu benennen; nicht den Simplicissimusfeind noch den Damenprofessor oder die anderen. Nur soviel: dies papaliche Versehen der „menschlichen Schwächen“ der Dichter, das Herauslassen von Daten, — widerlich! widerlich! — Die Kärrner haben zu tun.

Für ihre Konstruktionen zwischen Leben und künstlerischem Schaffen müßte man sie einbalsamieren. Aber im Gegenteil: ob Goethe die Fiebererde oder ob er sie nicht... 800 Federn kriegen das mit, könnte man auch sonst wohl die Gedächtnisse auf Seite 914 und 915 des II. Bandes verlesen? — Man könnte es nicht!

Intensivster tasten die Struktur zarter Gedächtnisse ab, was hat der Dichter gewollt, gekannt, erreicht, gedacht...? Nichts, was uns angeht, kein Zusammenhang mit den lebenden Großen; mühnästiger Reid gegen die — Dilletanten.

Da wird eine Erläuterung zu Jbrens „Peer Gunt“ gelesen: als Hauptfrage erscheint dem Dozenten, wie er in Klammern angibt, der vierte Akt wegen des darin enthaltenen Angriffs auf Deutschland! Ueber dafür liest er über „den technischen Aufbau in den Hauptdramen Jbrens auf Grund der Ideen“. Jbren in einem Briefe vom 4. 12. 1890: „In diesem Stück („Hedda Gabler“) habe ich nicht eigentlich sogenannte Probleme behandeln wollen. In der Hauptfrage ist es mir darum zu tun gewesen, Menschen, menschliche Stimmungen und menschliche Schicksale auf Grund gewisser gültiger sozialer Verhältnisse und Anschauungen zu schildern.“

Eine Langenarbeit, die Lächerlichkeiten jeder Vorlesung zu belegen. Und im Gedächtnis bleibt das einzige mybare, eheliche Kolleg: Byzantinische Übungen, Mittwoch 8-8 abends. Gratis. K. T.

Am Donnerstag nahm die Budgetkommission mit der Beratung des Etats für Südwestafrika ihre Beratungen wieder auf. Es wurde zunächst die Frage der Diamantenregie behandelt, gegen die Beschwerden und Angriffe seit Jahresfrist sich gehäuft haben. Staatssekretär Solf legte dar, daß die Beschwerden hauptsächlich sich dagegen richten, daß die in Südwestafrika geförderten Diamanten zu billig verkauft und die deutschen Schleifereien zu wenig berücksichtigt werden. Eine Informationsreise nach London, dem Hauptort der deutschen Schleifer, sowie nach Johannesburg, dem hauptsächlichsten Handelsplatz für Diamanten, hat ergeben, daß die südwestafrikanischen Diamanten mehr wert sind, als bisher dafür gezahlt worden ist. Die Neuheit des Diamantengeschäfts für Deutschland habe die angebotenen Röhre veräußert, sonst aber habe sich die gegründete Regie durchaus bewährt. Ein deutsches Diamantensyndikat, von dem man sich Beisehung der Verhältnisse verspricht, sei gegenwärtig nicht ausführbar, wie eine Prüfung ergeben hat. Der deutsche Markt sei auch noch lange nicht so kräftig, um alle die geförderten Steine auszunehmen. Das habe man in Honar auch eingesehen. — Der Staatssekretär ging sodann in längeren vertraulichen Darlegungen auf die geschäftlichen Praktiken und Verhältnisse im Diamantenhandel ein.

Abg. Hoch (Soz.) wies darauf hin, daß er bereits früher gesagt habe, daß die Regie keine angemessenen Preise für Diamanten erziele. Damals besaß die Regierung die Mächtigkeit dieser Behauptung; heute aber müsse sie die Tatsache zugeben. Die Regie und das hinter ihr stehende Syndikat haben unshön gegen die deutsche Diamantenindustrie gehandelt, mit ihr wie die Rabe mit der Maus gespielt; ist doch der Hanauer Unternehmer erklärt worden, daß sie monatelang keine Steine mehr zur Verarbeitung erhalten werden. Von der zugelegten fünfprozentigen Beteiligung ist die Hanauer Industrie ausgeschlossen worden. Daß das Antwerpener Diamantensyndikat sich um die deutschen Interessen verdient gemacht haben soll, wie die Regierung bisher behauptet hat, ist einfach nicht wahr. Deutschland hat infolge des jetzt beliebten Verfahrens einige 20 Millionen verschleudert. Wichtig ist die Frage der Kontingenzierung sowohl der Förderung wie des Abfahes auf zweckmäßiger Grundlage; die englische Debeersgesellschaft hat das in musterwürdiger Weise getan. Trotzdem für südwestafrikanische Steine gerade die Hanauer Methode des Schleifens sich als zweckmäßig erwiesen hat, haben Syndikat und Regie es fertig gebracht, daß den deutschen Diamantenschleifern die Arbeit genommen, dafür in Belgien eine mit elenden Löhnen arbeitende Hausindustrie geschaffen worden ist. Die Hanauer Unternehmer können und sollen Offerten zum Kauf von Diamanten machen, aber ihnen wird verweigert, die Steine vor dem Kauf zu sehen. Sie können auch Zuschläge zu den Mindestpreisen bieten, aber die Mindestpreise erfahren sie nicht. Nach längeren instruktiven Darlegungen über die Situation in der Hanauer Diamantenindustrie, über die speziellen Mängel des gegenwärtigen Regiebetriebes und der daraus entstehenden schweren Schädigungen der deutschen Diamantenindustrie forderte Hoch, daß Reichstag und Regierung gemeinsam Mittel und Wege suchen, um die in Südwestafrika geförderten Werte an Diamanten nicht der Spekulation auszuliefern, sondern im Interesse der Allgemeinheit nutzbar zu machen.

Während der weiteren lebhaften Erörterung unternahm die Regierung nicht den geringsten Versuch, die Angaben des Abg. Hoch zu entkräften oder zu widerlegen. Die Debatte wird am Freitag fortgesetzt werden.

Auß der Wahlprüfungskommission.

Am Donnerstag erklärte die Kommission die Mandate des Zentrumabg. Ahror, Trier, Angerpoinner (Traunstein) und Dr. Selzer, Sigmaringen für gültig. Selbst wenn die Wichtigkeit der erhobenen Einwände erwiesen wäre, würde die Mehrheit der Gewählten nicht erschüttert worden sein.

Reichswohnungskommission.

Der Regierungsvertreter Lewald gab in der Wohnungskommission des Reichstages am Donnerstag die Erklärung ab, der Bundesrat sei sich in der Wohnungsfrage noch nicht schlüssig. Erklärungen darüber, ob die Regierung in der Lage sei, Beschläffen der Kommission Rechnung zu tragen, könnte er nicht geben. In der nun folgenden Diskussion betonte Abg. Jaeger, die Regierung habe bisher den Standpunkt eingenommen, die Regelung der Wohnungsfrage sei Sache der Einzelstaaten. Diesen Standpunkt bekämpfte Redner als falsch; der reichsrechtliche Wohnungsschutz sei eine Notwendigkeit. Abg. Böhrer kennzeichnete die Erklärung des Regierungsvertreters als sehr dürftig, nachdem in der Sache selbst alle Parteien mit Ausnahme der Konservativen und der Fortschrittler einig sind. Die weiteren Verhandlungen wurden einer Subkommission überwiesen.

Die Polenpolitik der preussischen Regierung.

Beschäftigte die Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses am Mittwochabend. Es wurde eine sehr ausführliche Debatte geführt, die sich auf die Westpreussische, die Partzellierung und die Landbesetzung erstreckte. Dabei wurde vom Minister mitgeteilt, daß der deutsche Besitz in Polen von 1896—1911 um 100 000 Hektar zurückgegangen sei. Ein polnischer Abgeordneter wies darauf hin, daß bis zum Jahre 1896 die Polen 100 000 Hektar verloren hätten, so daß also der ganze Effekt der mit hundert Millionen Mark vom Volke bezahlten Polenpolitik eine Vergrößerung des polnischen Besitzes ist! Immerhin befinden sich noch 2/3 der Flächen der Provinz Polen und 1/4 des westpreussischen Bodens in deutschen Händen.

Von freikonservativer und nationalliberaler Seite wurde die endliche Anwendung des Enteignungsgesetzes gefordert, obgleich der Landwirtschaftsminister erklärte, daß eine Not an Land für die Anbesiedelungswende nicht bestehe. Inzwischen scheinen die beständigen Angriffe der Galatzisten auf die Regierung wegen der Anwendung des Enteignungsgesetzes doch ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben, denn der Minister konnte namens der Staatsregierung ankündigen, daß mit der Enteignung demnächst begonnen werden solle, jedoch nur in solchen Fällen, wo im Wege der Veräußerung der Besitzer gewechselt wird. Das schon seit Jahren angekündigte Enteignungsgesetz soll nunmehr endlich vorgelegt werden. Es soll sich auch gegen den ungesunden Güterhandel richten und für die innere Kolonisation sorgen. Das ist den Konservativen als den Vorführern der Großgrundbesitzer recht unangenehm, und sie verlangen deshalb, daß nicht ein Enteignungsgesetz für die ganze Monarchie, sondern nur ein Sondergesetz für die Ostmark gemacht wird, wodurch die Güterübertragung in der Ostmark an die Genehmigung der Regierung gebunden wird.

Arbeitszwang gegen Arbeitsscheue.

Die zur Beratung des vom Herrenhaus angenommenen Gesetzes über den Arbeitszwang gegen Arbeitsscheue eingesetzte Kommission des Abgeordnetenhauses hat das Gesetz abgeändert, so daß es wahrscheinlich nochmals an das Herrenhaus zurückgehen müssen. Wichtig ist hierbei, daß ausdrücklich festgesetzt wurde, daß da, wo die öffentliche Unterhaltung der Ehefrau oder der Kinder nach Ansicht der Armenverwaltung notwendig war, der Ehemann auch dann als unterstützbar gilt, wenn die Unterstützung gegen seinen Willen gemährt ist. Die Durchführung dieses Grundgesetzes könnte unter Umständen natürlich auch eine Einwirkung auf öffentliche Rechte der Arbeitsscheuen herbeiführen. Ferner ist eine Abänderung dahin getroffen worden, daß die vom Herrenhaus beschlossene Bestimmung beseitigt wurde, wonach Kinder, die ihrer Unterstützungspflicht gegen die Eltern nicht nachkommen, ebenfalls zur Zwangsarbeit herangezogen werden können. Diese Bestimmung war namentlich auch von sozialdemokratischer Seite angegriffen worden, weil dadurch eventuell

sich eben ein zuerst aufgelauchter Verdacht nachher als unbegründet erweisen. — Ueber die Prozesse im Ruhrrevier hat der Abg. Stadthagen ganz unerhörte Behauptungen aufgestellt. Es sollen dort Ausnahmegerichte eingesetzt worden sein. Aber wie lag die Sache? Leider sind auch bei diesem Streik eine Menge strafbarer Handlungen begangen worden und sie mußten nach dem Gesetz verfolgt werden. Es gab also plöglich eine große Anzahl Anklagen mehr, die erledigt werden mußten. Es mußten also dazu Hilfsrichter eingesetzt, das Präsidium mußte die neuen Richter verteilen, eventuell ganz neue Kammern bilden und die Geschäfte anders verteilen. Das nennt man doch nicht Ausnahmegerichte, das weiß Herr Stadthagen als Jurist ganz genau. (Zuruf des Abg. Stadthagen.) Welche Sachen bei den einzelnen Kammern abgeurteilt werden, ist Präzidentialsache. — Dann sollen ungerechtfertigte Verhaftungen erfolgt sein. Ein Verweis dafür ist aber nicht erbracht worden. Daß nach dem Gesetz zwischen der Ladung und der Hauptverhandlung eine Frist von einer Woche liegen muß, ist richtig. Aber es heißt weiter im Gesetz, daß der Angeklagte Aussetzung der Verhandlung verlangen kann, wenn diese Frist nicht eingehalten wird. Also diese Möglichkeit ist ausdrücklich vorgesehen. Im übrigen sind alle Kommentatoren der Ansicht, daß ein Verzicht des Angeklagten auf Einhaltung dieser Frist zulässig ist, ebenso wie ein Verzicht auf Einlegung der Rechtsmittel.

Kum zur Strafprozessordnung selbst. Sie ist im wesentlichen daran gescheitert, daß die Parteien sich in der kurzen Zeit über einige wesentliche Fragen nicht einigen konnten. Jetzt aber ist der Einwand berechtigt, daß das Strafgesetzbuch erst kommen und die Strafprozessordnung dahinter zurückgestellt werden muß. — Die Abgeordneten Stadthagen und Dove haben dann der Meinung Ausdruck gegeben, daß das preussische Gesetz gegen Arbeitsscheue gegen das Reichsrecht verstoße. Der Arbeitszwang als Strafe ist allerdings der landesgesetzlichen Regelung entzogen, das hindert aber nicht, daß die Einzelstaaten Verwaltungsmaßnahmen ergreifen können zur Erfüllung der Verpflichtungen gegen Unterhaltspflichtige. Nur das geschieht in dem preussischen Gesetz unter, und es ist nichts darin enthalten, was nicht auch in den Gesetzen anderer Bundesstaaten steht.

Abg. Holtzke (L.): Die Strafprozessordnung im ganzen zur Ausführung zu bringen, scheint mir ausfichtslos. Auch scheint es mir falsch, sie bis zur Erledigung der Strafrechtsreform, die erst in zehn Jahren erledigt sein wird, ruhen zu lassen. Man sollte vielmehr bestimmte wichtige Punkte durch einzelne Novellen regeln. — Die Zusammenstöße zwischen Rechtsanwälten und Gerichtsvorstehenden, von denen man in den Zeitungen in der letzten Zeit häufiger liest, und die nicht selten der Klammerei einzelner Rechtsanwälte entpringen, schädigen das Ansehen der Justiz. Der Staatssekretär sollte es sich angelegen sein lassen, hier Vorbeugungsmaßnahmen zu treffen. — Ferner sollte er erwägen, ob die Strafbestimmungen gegen Spione nicht zu verschärfen sind. — Die von der konservativen Partei eingebrachte Resolution gegen die Schmutz- und Schundliteratur bitte ich anzunehmen. — Der Abg. Stadthagen hat gestern Angriffe von unerhörter Schärfe gegen unseren Richterstand erhoben. Den Vorwurf der Klammerei weise ich entschieden zurück. Unsere Richter gehen aus dem Mittelstand hervor und hängen mit dem Volke zusammen; wir haben volles Vertrauen zur Rechtspflege (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das glauben wir!) und ihren Angriffen wird es nicht gelingen, das Vertrauen der Bevölkerung zu den deutschen Richtern zu untergraben. (Beifalles Bravo! rechts.)

Abg. Dr. v. Ladewski (Polen) begründet die von den Polen eingebrachte Resolution, welche Tagegelder für Schöffen und Geschworne verlangt, und beschwert sich über ungerechtes Vorgehen gegen polnische Redakteure. Die Verwaltungsbehörden suchten die Gerichte zu beeinflussen. Zu Schöffen und Geschwornen würden in den polnischen Provinzen nur sehr selten Polen ernannt.

Abg. Mertin (Soz.): Wenn es nach Herrn Stadthagen ginge, wäre ich nicht hier; denn er wollte, daß alle Leute, die bereit wären, sich an einem Duell zu beteiligen, nicht fähig wären, Beamte zu sein oder als Abgeordnete gewählt zu werden. Diese Ausführungen des Herrn Stadthagen beweisen, wie maßlos übertrieben seine Ausführungen im allgemeinen waren. (Sehr richtig! rechts.) Wir sind der vollen Ueberzeugung, daß unsere Richter ausschließlich nach Recht und Gerechtigkeit urteilen. Natürlich kommen auch Fehlsprüche vor, denn die Berufsrichter sind wie die Laien Menschen. Herr Stadthagen sagte über die schnelle Justiz im Ruhrrevier. Soust haben wir eine schnelle Justiz immer gefordert. (Abg. Stadthagen: Allgemein!) Der Verzicht auf die gesetzlichen Fristen lag im Interesse der Angeklagten selbst. (Sehr richtig! rechts.) Eine vorläufige Verhängung der Untersuchungshaft wünschten auch meine Freunde. Was Herr v. Callier ausführte, gehörte zwar in den Landtag, war aber so erfreulich, daß man, wenn man hochhaft sein wollte, sagen könnte: es war eine — reime Freude, daß man so was Vernünftiges von einem Professor hörte. (Beifalles.) Auf die Teilnahme der Laien an der Rechtspflege legen wir großes Gewicht und sind auch für Tagegelder für Schöffen und Geschwornene. — Früher

Der wissenschaftliche Internationalismus. Daß trotz aller handwerklichen Hege auch die bürgerliche Welt sich dem Zug zur internationalen Organisation nicht entziehen kann, geht aus dem Bericht der in Brüssel abgehaltenen Sitzung der Zentralkommission der internationalen Vereinigungen hervor. Danach gibt es jetzt 112 solcher Verbände (hier sind natürlich die Arbeiterorganisationen nicht mitgerechnet), die ein permanentes Bureau besitzen. Ueber ein Drittel dieser Bureaus hat den Sitz in Brüssel. Seit dem 1910 in dieser Stadt abgehaltenen Kongress hat das Zentralkomitee einer großen Anzahl von Vereinigungen in dem von der belgischen Regierung angekauften Gebäude Bureaus zur Verfügung gestellt, ferner ein internationales Museum, das derzeit in 16 Sälen 3000 Gegenstände umfaßt, eine 75 000 Bände zählende gemeinsame internationale Bibliothek, ein internationales bibliographisches Repertorium mit elf Millionen, nach Gegenständen und Autoren klassifizierten Notizen und ein internationales Dokumentenarchiv mit 10 000 Mappen und 300 000 Nummern eingerichtet. Unter den herausgegebenen Tractschriften ist die monatlich erscheinende „Revue des Internationalen Lebens“ und ein Kodex der Beschläffen der internationalen Kongresse hervorzuhelien.

Notizen.

Theaterchronik. Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhaus wird am 1. Mai die Operettenfollon mit „Die leinische Susanne“ eröffnet. — Ferdinand Bonn veranstaltet am Sonnabend im Käthneraal einen Vortragsabend. Das Programm umfaßt Gedichte und Balladen, dramatische Szenen und einen humoristischen Zeit. — Für eine Versuchsanstalt für Kachelofenheizung an der Technischen Hochschule in Berlin hat der Verband Deutscher Kachelofeninteressenten beschlossen, 40 000 M. zu stiften und die jährliche Unterhaltung zu tragen. Die Versuchsanstalt soll bis 1. Oktober 1913 erbaut werden. — Ein neuer van Dyd. In einer Familie in Roes (Holland) wurde ein altes Gemälde aufbewahrt, das jahrzehntelang auf dem Speicher lagerte. Durch Zufall kam das Bild in die Hände des Direktors des Reichsmuseums in Amsterdam, der es reinigen ließ. Nunmehr konnte festgestellt werden, daß es ein Werk Anton van Duds ist. — Eine Blindenkarte von London ist nach der „Frankf. Zig.“ beröfentlicht worden. Sie wird es den des Augensichtes Betroffenen möglich machen, nun allein ohne fremde Hilfe ihren Weg durch die Verkehrsstraßen der Metropole zu finden. Die Karte ist auf dem bekannten Braille-System aufgebaut und gibt außer den Hauptverkehrsstraßen und den hervorragenden Puncten Londons auch noch Behauptungen.

haben auch wird die Befreiung der Ordnungskrafen für Rechtsanwälte verlangt; nach den Erfahrungen der letzten Prozesse werden wir aber kaum noch Rettung dazu haben. Ganz besonders schädlich sind die Auswüchse der Verhörsverfahren über Gerichtsverhandlungen. (Sehr richtig! rechts.) Die Verhandlungen werden als Sensationsstücke dargestellt, nicht aber dem Ernst der Sache entsprechend. Alle Faktoren sollten dazu beitragen, die Rechtspflege auf eine würdige Höhe zu heben. (Bravo! rechts.) Dierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

50. Sitzung vom Donnerstag, den 18. April, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Breitenbach.

Der Eisenbahnetat.

Von den bürgerlichen Parteien sind Anträge auf Gleichstellung der preussischen Eisenbahnausschüssen mit denen des Reiches gestellt. Abg. v. Savigny (Z.) wünscht Zusammenfassung des Beamtenrechtes. Wir billigen die Bestrebungen des Ministers, die mit dem Dienste des Beamten unvereinbare sozialdemokratische Betätigung vom Beamtenheer fernzubalten. Durch das jetzige Sparsystem werden die Beamten zu hart angepannt. Zwölf Stunden Nachdienst hintereinander siebenmal zu leisten, hält das stärkste Nervensystem nicht aus.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (nall.) trägt eine Anzahl Beamtenwünsche vor. Diese Unterbeamte haben durch die Verordnungsordnung keine Aufbesserung erfahren, weil die Feuerungs- und Stellenzulagen gefallen sind. Arbeiter sollten nach 10jähriger Dienstzeit nur von der Direktion entlassen werden können. Die Tagelöhne sind niedrig. Dürfen die Arbeiterausschüsse mit einander in Verbindung treten? Man benachteiligt jetzt die Eisenbahnhandwerker, die eine vierjährige Lehrzeit nachweisen müssen, durch Verwendung weiblicher Kräfte in den Eisenbahnerbetrieben, obgleich diese nur eine kurze Lehrzeit durchgemacht haben. Angelernt ist, daß die preussische Eisenbahnverwaltung für ihre Beamten in einer Weise sorgt, wie das anderswo nur selten der Fall ist. (Beifalles bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. v. Boyna (L.): Wir wünschen nicht, daß die Beamtenforderungen durch Organisationen vertreten werden. Wer die Entwicklung der freien Gewerkschaften kennt, wird einsehen, daß der Beamtenstand seine Stellung nur behalten kann, wenn er sich von ähnlichen Organisationsbestrebungen fernhält. (Abg. Hoffmann (Soz.): Haben Sie ne Ahnung! Herr Hoffmann, geben Sie in die „Polnische Wirtschaft“.) (Abgeordneter Hoffmann: Da gehören Sie hin! Heiterkeit.) Durch die zunehmenden Bestrebungen, sich in Organisationen zu vereinigen, und deren Geschäfte durch bezahlte Beamte zu besorgen, muß das Staatswohl leiden.

Minister v. Breitenbach: Das Einkommen der Eisenbahnbediensteten ist von 1900 bis 1910 um 21/2 Proz. pro Kopf im Durchschnitt gestiegen. Von der im Etat für 1912 vorgesehenen Einkommenserhöhung von 27 1/2 Millionen Mark entfallen auf die Arbeiter 19,7 Millionen Mark. Ich lege Wert darauf, mit den auf dem Boden der gegenwärtigen Staatsordnung stehenden Organisationen in Fühlung zu bleiben. So sehr ich bestrebt bin, die Arbeiterausschüsse anzuschließen, so wenig kann ich ein Bedürfnis für die Einrichtung von Beamtenausschüssen anerkennen. Die Dienst- und Ruhezeit wird jedes Jahr verbessert. Aber gegen eine gesetzliche Regelung der Dienst- und Ruhezeit muß ich mich bestimmt aussprechen, denn wir kommen viel weiter, wenn wir diese Fragen auf dem Verwaltungsweg regeln und dabei die Dienstzeiten den jeweiligen Verhältnissen anpassen. Für die Beschäftigung der Verbandssammlungen der Organisationen durch die Beamten haben wir zugelassen, daß 5 Ortsgruppen zusammen einen Delegierten entsenden, da sonst durch die Freikarten eine Mobilisierung des Beamtenkörpers eintreten würde. Das Verlangen auf Bekamtagabe der Personalnotizen an die Beamten geht zu weit. — Der Minister bespricht dann die vom Abg. Schröder-Kassel vorgebrachten Wünsche. Die Beamtenenschaft wird dauernd in Erregung gehalten durch die Presse und durch das Parlament. Wir passen die Löhne der jeweiligen wirtschaftlichen Lage an, ich muß aber doch bitten, die Ansprüche in Grenzen zu halten. Bei der Regelung des Lohnverfahrens soll kein Arbeiter eine Einbuße erfahren. Auch darüber hinaus enthält der Etat Mittel zur Erhöhung des Einkommens der Arbeiter. Dagegen kann ich mich nicht für eine Verbindung der Arbeiterausschüsse untereinander erklären. Die Arbeiterausschüsse sollen in keiner Weise daran gehindert werden, die Wünsche der Arbeiter an die richtige Adresse zu bringen. Für die Werkstättenarbeiter sorgen wir ausreichend, sie sind unsere bestbezahlten Arbeiter. Jedenfalls können Sie überzeugt sein, daß die Verwaltung durchaus das Wohl unserer Beamten und Arbeiter im Sinne hat. (Beifalles.)

Abg. Wever-Dortmund (Z) beklagt unbegründete Ungleichheiten in den Arbeiterlöhnen, sowie die in Danzig übliche alljährliche Kündigung sämtlicher Eisenbahnarbeiter, die man zwar gleich darauf wieder einstellt, aber durch dieses Verfahren in ihren Pensionsansprüchen schädigt. Ueber die vorjährigen Drohungen des Abg. Leinert mit Generalstreik und passiver Resistenz hat das Haus nur gelacht. Die Eisenbahner wissen, daß ihnen nicht die Sozialdemokratie, sondern nur nationale staats-treue Verbände helfen können.

Abg. Dr. Maurer (nall.) wendet sich gegen das billige Argument der finanziellen Unmöglichkeit, das Abg. v. Boyna den Beamtenwünschen des Abg. Schröder-Kassel entgegenzusetzen hat. Der Redner tritt dann ebenfalls für die Besserstellung einer großen Anzahl von Arbeiter- und Beamtenkategorien ein.

Abg. Türde (L) hält ebenfalls eine lange Rede über Beamtenwünsche. Dieser Etat widerlegt das Wärdchen von Arbeiterfeindschaft der Verwaltung. Wir wünschen, daß die Eisenbahnarbeiter vor Not bewahrt bleiben, sie verdienen die Fürsorge, denn sie haben, soweit festgestellt werden konnte, Ichnigstreu und gutgejunnt bei den Reichstagswahlen gewählt!

Abg. Dr. König (Z.) — auf der Tribüne kaum hörbar — schließt sich den vorgebrachten Beamtenwünschen an und appelliert an das von ihm dankbar anerkannte Wohlwollen des Ministers für die dem Redner nahestehenden Beamten. Die Verwaltung sollte durch Stichproben feststellen, inwiefern den Anregungen der Arbeiterausschüsse Rechnung getragen wird. Wir würden es begrüßen, wenn sich die Regierung äußern würde, ob die Löhne der Werkstättenarbeiter nicht doch erhöht werden sollten.

Ein Vertagungsantrag des Abg. Dr. Pahnke (Sp.) — es ist 11 1/2 Uhr — wird abgelehnt, nachdem der Präsident ihm widersprochen, da der nächste Redner, der volksparteiliche Abg. Delius, sehr wohl in der Lage sein dürfte, seine Rede zu fügen!

Abg. Delius (Sp.) hält darauf eine etwa einundeinhalbstündige Rede über Beamtenfragen, wobei er u. a. für die Lokomotivführer eintritt, die man noch gut in anderen Kammern verwenden könnte, freilich unter wenigstens teilweiser Zurechnung der Nebengebühren. Eine Deputation der Unteroffizienten ist im Ministerium sehr unfreundlich behandelt worden. (Hört! hört! links.) Warum stellt man die Fahrten aus, aber nicht unfähig an? Durch bessere Ausbildung der Rangierarbeiter würde vieles Unglück vermieden. (Im Saal sind 21 Abgeordnete anwesend.) Die Arbeiterausschüsse müssen ausgebaut werden, nur ihre geringfügigen Witten werden berücksichtigt. Man befiehlt sie mit Papprollen und beruft sie nicht einmal zweimal im Jahre ein. — Das Koalitionsrecht wird von der Verwaltung so betrachtet, als wären die Beamten un mündige Kinder! Auf ein Schupmannsternogramm hin wurde ein Arbeiter in Hannover wegen einer kaum getanen Neuerung bestraft.

Freitag 11 Uhr: Fortsetzung. — Schluß 1/2 Uhr.

ganz junge Leute ohne ihre Versuchen hätten in Arbeitshäuser gesteckt werden können. Endlich wurde noch beschlossen, daß statt der Unterbringung in Arbeitshäusern unter Umständen auch Unterbringung in Erziehungs- oder Heilanstalten, insbesondere Zuchtanstalten stattfinden dürfe.

Soziales.

Aus dem Ausschuss des Berliner Kaufmannsgerichts.

Der Ausschuss des Berliner Kaufmannsgerichts beschäftigte sich in seiner Sitzung am Mittwoch mit dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Der Staatssekretär des Innern hat diesen Entwurf am 11. März d. J. dem Deutschen Handelstage überreicht. Die Unternehmer im Handelsgewerbe hatten also Gelegenheit, ihre Stellungnahme dem Ministerium zu unterbreiten. Die Organisationen der Handlungsgehilfen aber hat man einfach umgangen. Nicht einmal die Ausschüsse der Kaufmannsgerichte hat man gütlich um ihre Meinung erachtet. Der Ausschuss des Berliner Kaufmannsgerichts hat daher folgenden Antrag einstimmig angenommen: „Den Minister des Innern und den Handelsminister zu ersuchen, Gesetzentwürfe, welche die Angestellten und Geschäftsinhaber betreffen, in Zukunft den Gutachterausschüssen der Kaufmannsgerichte zu unterbreiten!“

Die Weisung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -Geschäftsinhaber Deutschlands hatten beim Ausschuss beantragt, das Kaufmannsgericht möge das Reichsamt des Innern ersuchen, die reichsgesetzliche Neuregelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe in folgendem Sinne vorzubereiten:

1. An Sonn- und Feiertagen dürfen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter nicht beschäftigt werden; es gelten lediglich folgende Ausnahmen:

2. In offenen Verkaufsstellen dürfen Sonn- und Feiertags nur Backwaren, Milch, Fleisch, frische Blumen und Eis verkauft werden, und zwar nur während zweier aufeinanderfolgender Vormittagstunden, jedoch nicht länger als bis 10 Uhr.

Die Weisung des deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes hatten einen ähnlichen Antrag eingebracht; nach diesem sollte jedoch am Sonntag vor Weihnachten eine Beschäftigung bis zu 10 Stunden, aber nicht nach 6 Uhr abends gestattet sein. Für solche Gewerbe, die sich ausschließlich mit dem Vertrieb von Milch, frischen Backwaren, Blumen, Eis und ähnlichen Erzeugnissen befassen, die nur in frischem Zustande gebraucht werden können, sollte eine Arbeitszeit von 8 Stunden gestattet sein, jedoch nicht über 12 Uhr mittags hinaus. Die Festsetzung dieser Stunden, die nicht öfter als einmal geteilt werden dürfen, soll für einzelne dieser Geschäftszweige verchieden sein können und durch die höhere Verwaltungsbehörde erfolgen.

Die Antragsteller führten zu ihren Anträgen aus, daß bereits in verschiedenen Städten des Deutschen Reiches die volle Sonntagsruhe bestehe, auch in solchen, die mit der Landwirtschaft zu rechnen hätten. Das, was am Sonntag nicht verkauft wird, verteilte sich auf die übrigen Wochentage. Eine Einschränkung des Konsums durch die Sonntagsruhe hätte nirgends stattgefunden. England und Amerika würden vielfach von den deutschen Kaufleuten in Bezug auf den Handel als musterhaft hingestellt; hier sei die völlige Sonntagsruhe längst eingeführt, ohne daß der Handel Schaden gelitten hätte. Das laufende Publikum hätte sich sehr gut daran gewöhnt, seine Bedürfnisse an den Wochentagen zu decken. Im Interesse der Angestellten sowohl als auch der Geschäftsinhaber sei die vollständige Sonntagsruhe zu erziehen. Die bürgerlichen Kaufleute wandten sich gegen die Anträge, dieselben würden, wenn sie Gesetzeskraft erlangten, hauptsächlich die kleinen Geschäftsleute ruinieren! Der sozialdemokratische Weisung der Kaufleute sprach für den Antrag des Zentralverbandes. Er führte unter anderem aus, daß man die Sonntagsruhe ebenso wenig bekämpfen könne, wie die Gewerbefreiheit. Seit 20 Jahren warten die Handlungsgehilfen sowohl als auch die Geschäftsinhaber auf die Einführung der Sonntagsruhe, deshalb sei es an der Zeit, endlich mal Ernst damit zu machen.

Für den Antrag des Zentralverbandes stimmten sämtliche acht Weisungsbeisitzer und der sozialdemokratische Kaufmann; gegen den Antrag stimmten die sieben bürgerlichen Kaufleutebeisitzer.

Einstimmig verurteilte der Ausschuss in der Debatte noch den § 4 des Gesetzentwurfes, welcher gestattet, daß diejenigen jüdischen Geschäftsinhaber, welche ihre Geschäfte am Sabbat und den jüdischen Feiertagen schließen, das Recht haben sollen, ihre Angestellten jüdischen Glaubens an Sonn- und Feiertagen bis zur Dauer von fünf Stunden mit der Maßgabe beschäftigen zu dürfen, daß die Geschäftsräume für den allgemeinen Verkehr geschlossen bleiben. Es wurde ausgeführt, was man hier den jüdischen Geschäftsinhabern gestatte, würden andere Religionsgemeinschaften und Sekten auch für sich fordern, zum Schaden der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

„Gefinde“ oder „Gewerbegehilfin“ auf Leibe.

Vor der Kammer 8 des Gewerbegerichts unter Vorsitz des Magistratsrats Schulz klagte gegen das Dienstmädchen S. gegen die Inhaberin eines Reinigungsinstituts, Frau Elise Schlegel, auf Zahlung von vier Tagen Restlohn, 14 Tagen Lohn und Kost für die Kündigungsfreit und Ausstellung eines einwandfreien Zeugnisses. Die Beklagte betreibt ihr Geschäft in der Weise, daß sie mehrere

junge Mädchen in Kost und Logis hat, die sie gegen entsprechende Vergütung an Herrschaften „ausleiht“, wo sie Reinigungsarbeiten usw. zu verrichten haben. Am 4. April kam sie mit der Klägerin in Streit und verabsolgte dieselbe dabei ein paar Ohrfeigen. Die Klägerin verließ darauf das Arbeitsverhältnis. Der Lohn wurde ihr nicht ausgezahlt und in das Dienstbuch trug die Beklagte unter anderem auch die Bemerkung ein, daß die S. sich in schwangerem Zustande befinde.

Das Gericht bezeichnete dies als äußerst ungehörig und verurteilte die Beklagte zur Ausstellung eines anderen Zeugnisses. Ebenso wurde die Beklagte auch zur Zahlung von 61,00 M. verurteilt, da die Klägerin infolge der erlittenen Mißhandlung berechtigt war, den Dienst sofort zu verlassen. Denn abgesehen davon, daß die Klägerin in vorliegendem Falle als Gewerbegehilfin zu betrachten sei, sei auch die Befugnis zur Kündigung von Dienstboten, welche die Beklagte aus der Gefindeordnung hergeleitet habe, durch Artikel 96 Abs. 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs außer Kraft gesetzt. Danach steht dem Dienstberechtigten kein Kündigungsrecht mehr zu.

Drogisten und Apotheker.

Noch grimmiger hoffen die zünftlerischen Apotheker die Drogisten, als die Zahnärzte die Dentisten. Sie liegen in fortwährender Fehde. Ihre Verbandszeitungen werfen sich gegenseitig die schönsten Grobheiten an den Kopf. Recht anmahend tritt der Apothekerstand auf, um seine eigene Schwäche in diesem Kampfe möglichst zu verdecken, trotzdem der Gesetzgeber das unsinnige Monopol aufrecht hielt, welches in die Zeit der Gewerbefreiheit gar nicht mehr hineinpaßt. Das Publikum erfährt aus den Kampfsartikeln manche Wahrheiten, die sonst gerne verschwiegen werden. Viele Drogisten sind auch geprüfte und „studierte“ Apotheker; nur fehlte ihnen das nötige Kleingeld, um in den Besitz einer teuren Apotheke zu gelangen. Sie führen daher eine Drogerie und sind dann sofort in den Augen der Apotheker die „Aurpucher“, „ungebildeten“ Elemente, gegen die Vater Staat auf Kommando immer sofort einschreiten müßte. In diesem Kampfe jammern die geschädigten Apotheker sehr viel von den Schäden, welche ihnen der Gesetzgeber fortwährend bereitet, auch von der schädlichen Reichsversicherungsordnung, wie wir neulich erst im „Vorwärts“ gesehen haben. Die Herren wissen aber auch genau, daß ihnen dieses Gesetz neue Profite bringen wird und sind den Drogisten noch in einem weiteren Punkte über. Sie sind nicht allein geschädigt durch die Gesetzgebung, sie haben auch ihre Vertrauensmänner in den höchsten Stellen der Regierungen sitzen. Man beachte nur das Schauspiel, welches sich alljährlich im Reichsgesundheitsamt zu Berlin bei der Reuberatung der Arzneitaxe abspielt. Eine ganze Reihe von Sachverständigen aus den Apothekerkreisen aus Norden und Süden tritt da auf, und nicht allein tätige Apotheker werden gerufen, auch in den einzelnen Ämtern sitzen diese Herren und treten als Geheimräte ebenfalls auf. Und dann die Sachverständigen aus den Reihen der chemischen Fabriken. Diese Millionäre sind keine Feinde der Apotheker und ihre Preissteigerungen, die ja das A und O jeder neuen Taxe ist, kommt den Apothekern als ihre beste Kundschafte erst recht wieder zugute. Alljährlich schnellen die Preise der Rohstoffe in die Höhe und die Dividenden der Fabrikanten steigen mit ihnen gewaltig. Die Regierungsvertreter stimmen oft mit den Apothekern gemeinschaftlich gegen jeden Versuch der Krankenkassen, eine billige Rezeptur zu erlangen.

Auf die Klagerufe der Apotheker antwortet der Deutsche Drogistenverband mit einem Flugblatt — „Nichtigstellung des Berichtes über die allgemeine Geschäftslage der deutschen Apotheken im Jahre 1911“. Dort wird ausgeführt, daß es unrichtig sei, daß die Apotheker Deutschlands über „Mangel an wirklichem Schutz durch die Gesetze“ zu klagen hätten, „gibt es doch keinen zweiten Stand, der durch seine Privilegien dem Konkurrenzkampf so wenig ausgesetzt ist, wie gerade der Apothekerstand“. Auch von einer Einengung der Bewegungsfreiheit könne keine Rede sein, weil die Apotheker dazu übergegangen sind, ihre Absatzgebiete auf Branchen auszuweiten, die mit der „Apotheke“ wenig oder oftmals gar nichts zu tun hätten. Weiter wird da erwähnt, daß diese Apotheker heute schon Toiletteseifen, Parfümerien, Gummiwaren, photographische Bedarfsartikel usw. verkaufen. Die weiteren Klagen über die Arzneitaxe können sich auch nur auf die „Arbeitspreise“ beziehen und seien heute schon in „Schwindelnder Höhe“ und würden auf Wunsch der Apotheker auch noch erhöht. Die Preise der Materialien sind ja nur der jeweiligen Konjunktur unterworfen, die kein Geschäftsmann anders halten kann“, und für Artikel, die dem freien Wettbewerb entzogen sind, sabelhaft hoch; auch wirken an der Festlegung der Preise praktizierende Apotheker mit, denen die Preise und Forderungen der pharmazeutischen Praxis bekannt sind usw. Wichtig sei es auch, daß die Gesetzgebung über den Verkehr mit Arzneimitteln außerhalb der Apotheken lüdenhaft und unzureichend sei aber nicht im Sinne der Apotheker. Denn die letzte Verordnung stamme schon aus dem Jahre 1901 und trage den Bedürfnissen der Gegenwart keine Rechnung mehr. Dies habe sogar das Reichsgericht durch Urteil vom 28. September 1911 anerkannt, indem es ausführte: „so daß wohl gesagt werden kann, daß die gesetzliche Grenzregulierung zwischen den Apothekern und dem freien Gewerbebetrieb mit den Anschauungen und Bedürfnissen des Publikums nicht schlechthin im Einklange steht (vergleiche Kroneder, Deutsche Juristenzeitung 1908, Seite 188—190).“

Dem Volksempfinden entspreche es wohllich nicht, daß z. B. heute noch den Drogisten vorgegeschrieben werde, daß sie wohl die Einzelbestandteile des allgemein bekannten Brusttees abgeben dürfen, aber die Abgabe des Gemischtes dieser Bestandteile, selbst in einzelnen Tüten, aber zusammengepackt, unter Strafe stellt.“

Punkt für Punkt wird dann die Anklage der Apotheker über die ungeschickliche Geschäftspraxis der Drogisten widerlegt, indem zugegeben wird, daß die Drogisten z. B. starkwirkende Mittel wie Veronal nicht abgeben dürfen. Festgestellt sei aber auch worden, daß heute Apotheker Veronal ohne Rezept usw. abgeben. Und dann das Spezialitätenwesen. Diese Präparate werden heute in jeder Apotheke unbesehen aus dem Schranke heraus verkauft. Sonderbar mutet es auch an, wenn die Apotheker diesem Unwesen den Kampf erklären und sie doch „fortgesetzt, sogar durch ihre Organisationen, Spezialitäten nachahmen und auf den Markt bringen“.

Sehr treffend wird auch die Klage der Apotheker über die Wirkung des Reichsversicherungsordnungs abgelehrt. Die neuen Listen des Gesetzes trage der Kleinhandel ja auch und bringe das Gesetz gerade dem Apothekerstande ungeahnte Profite. Künftig müßten ja sogar alle Apotheken zugelassen werden, Einzelverträge mit den Kassen sind nicht mehr möglich, und „daß die Handverkaufsartikel“ an die Krankenkassenmitglieder nicht teurer als an Privatpatienten abgegeben werden dürften, sei ein Gebot der Gerechtigkeit. Und die Wirkung des Gesetzes? Durch die Ausdehnung des Kreises der Versicherten „von 12 auf 20 Millionen erhöhen sich auch die Einnahmen der Landapotheker durch den sogenannten „Arzneihunger“ der bisher nicht Versicherten. Dieser Arzneihunger hat sich seinerzeit bei Einführung des Krankenversicherungsgesetzes im Jahre 1883 deutlich gezeigt.“

Die Tatsache, daß zahlreiche Apotheken ohne Hilfskräfte arbeiten, oder die Zahl ihrer Hilfskräfte einschränken müssen, ist nicht auf Rückgang des Arzneikonsums oder auf Minderung des Verdienstes infolge Rabattgewährung an Krankenkassen zurückzuführen, sondern auf den Umstand, daß die Heberhebung der deutschen Apotheken (zirka 600 Millionen Mark) für Idealwerte) viele dieser Apotheken zum Zwecke der Aufbringung der Hinsen zwingt, auf Hilfskräfte zu verzichten. Wenn es wirklich Apotheken geben sollte, die nur 5000 M. und weniger Gesamtumsatz haben, so kann es sich nur um vereinzelte Ausnahmen — Filial- oder Saisonapotheken — oder solche Apotheken handeln, die ein gewinnbringendes Nebengeschäft haben.“

Der Drogenkleinhandel wird schwer geschädigt, weil er beim Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung durch die erhebliche Vermehrung der Krankenkassenmitglieder von 12 auf 20 Millionen einen großen Teil seiner früheren Arzneimittelabnehmer verliert, da die Krankenkassenärzte bei ihren Verschreibungen keine Rücksicht darauf nehmen können, ob ein Heilmittel freierkäuflich ist oder nicht. — Doch man mit einer erheblichen Vermehrung des Umsatzes der Apotheken infolge der Reichsversicherungsordnung bereits rechnet, bemerkt folgende Annonce aus der „Pharmazeutischen Zeitung“ Nr. 93, 1910:

Verkaufe umständelhalber sofort oder später meine privil. Apotheke, bei einem Umsatz von 32 700 M. und einer Anzahlung von 60 000—70 000 M., mit 265 000 M., unter dem achtfachen des Umsatzes, da Hausgrundstück 15 000 M. wert ist. Höhere Schule, Garnison, emporstrebende Stadt. Bei dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung werden etwa fünf Sechstel der Landbevölkerung versicherungspflichtig, daher, wie seinerzeit bei Einführung der Krankenkassen, infolge erhöhter Inanspruchnahme des Arztes, größerer Umsatz zweifellos.“

Die Drogisten sind aber noch so naiv, anzunehmen, daß die Regierung wirklich die Absicht gehabt habe, eine gründliche Reform des Apothekenwesens zum Vorteile der Gesamtbevölkerung durchzuführen. Denn sie schreiben unter anderem: „Wenn die geplante Apothekerreform gescheitert ist, dann haben sich hierin die Apotheker die Schuld selbst zuzuschreiben, da sie in völliger Verkennung kaufmännischen Geistes heute noch Apotheken kaufen, ohne nach dem Reingewinn zu fragen. Sie multiplizieren einfach den Umsatz mit 8 bis 10 und erhalten so den Wert für die zu laufende Apotheke. Ein Verfahren, das einen Heberwert der deutschen Apotheken von 600 Millionen Mark erzeugte und es der Regierung unmöglich machte, eine Reform durchzuführen.“

Wenn die Regierung ernstlich gewollt hätte, dann wäre sicher auch eine Reform zustande gekommen. Hat man nicht das Beispiel an der Krankenversicherung selbst? Hier war man doch wahrlich sogar nicht zaghaft, als man das Selbstverwaltungsbrecht der Versicherten so erheblich beschnitten hat. Hier war eben der „Wille“ vorhanden und den „Weg“ hat man auch gefunden.

Eingegangene Druckchriften.

Vom Schiffbruch der Ehe. Roman von J. Potapenko. 250 S. L. Rosner u. C. H. Stern, Wien.
Das Massenproblem. Von Dr. A. Jolliffe. B. Braumüller, Wien.
Das monistische Jahrhundert. Teil 1. Zeitschrift im Auftrag des Deutschen Kronistenbundes herausgegeben von W. Dzialowski. 40 H. G. Reinhardt, München.
Politik und Massenmoral. Von H. Christensen. 3 B., geb. 3,60 M. A. G. Teubner, Leipzig.
Jahrbuch 1911 der Dresdener Gewerkschaften. 128 S. Gewerkschaftsamt Dresden.

Leineweber

Köllnischer Fischmarkt 4, 5, 6

Gegenüber der Breite Straße

Für jede Körperform passend!

Anzüge - Ulster - Paletots

21 25 28 32 36 39 42 48 54 60 68 75 Mk.

Für Knaben und Jünglinge:

8 10 12 15 18 21 25 28 32 36 40 45 Mk.

Meine Fabrikate, in eigenen Betriebswerkstätten gediegen verarbeitet, sind preiswert und unübertroffen in Sitz und Haltbarkeit.

Moderner Schnitt - Grosse Auswahl - Vorzügliche Passform.

Der neue Frühjahrs-katalog wird auf Verlangen gratis und franko zugesandt



An den Sonnabenden bis 9 Uhr abends, Sonntags nur von 12 bis 2 Uhr geöffnet.



A. Wertheim



G.M.B.H.

Leipzigerstr. 132-37
Königstrasse 31-32

Versand-Abteilung: Berlin W. 66, Leipziger Str. 132/37
Die Firma A. Wertheim
hat zu ähnlich lautenden Firmen keinerlei Beziehungen

Rosenthalerstr. 28-31
Oranienstrasse 52-55

Soweit
vorhanden

Lebensmittel-Angebot

Inseriertes Gemüse,
Obst, Fische
und Käsewaren
werden nicht
zugewandt

Frisches Fleisch

- Schmorfleisch **90 Pf.**, Roastbeef **1.00**, ohne Knoch. **1.40**
- Rinder-Filet im ganzen, unausgeschält. Pfund **1.20**
- Brust und Fehlrippe Pfund **85 Pf.**
- Kamm und Querrippe Pfund **75 Pf.**
- Gulasch . Pfund **70 Pf.**, Gehacktes . Pfund **60 Pf.**
- Nierentalg Pfund **45**, ausgelassen **55 Pf.**
- Pöckelrinderbrust **1.00**, Pökelzunge **1.30**
- Frischer Schinken ca. 10-12 Pfd. schwer Pfund **80 Pf.**
- Schulterblatt ca. 4 Pfund schwer Pfund **75 Pf.**
- Schweinekamm u. Schuft Pfund **80, 85 Pf.**
- Schweinekoteletts Pfund **90 Pf., 95 Pf.**
- Schweinebauch und Liesen . . . Pfund **70 Pf.**
- Rückenfett Pfund **65 Pf.**, Schinkenschmalz **85 Pf.**
- Hammelkeule und Rücken im ganzen Pfund **90 Pf.**
- Dicke Rippe **80 Pf.**, Dünnung **70 Pf.**
- Kalbskeule und Nierenbraten Pfund **1.00**
- Kamm und Schuft Pfund **80**, geteilt **85 Pf.**
- Kalbsbrust Pfund **85 Pf.**, Spitze **1.00**
- Kasseler Rippespeer . . . Pfund **85 Pf.** bis **1.00**

Obst u. Gemüse

- Apfelsinen . . . Dutzend **35, 45 Pf.**
- Blutapfelsinen **45, 55, 85 Pf.**
- Jaffa-Orangen Stück **15 Pf.**
- Mandarinen Pfund **30 Pf.**
- Ananas Pfund **68, 80 Pf.**
- Zitronen . Dutzend **20, 40, 60 Pf.**
- Amerikanische Äpfel **30 Pf.**
- Knackmandeln Pfund **75 Pf., 1.10**
- Traubenrosinen . . . Pfund **83 Pf.**
- Frische Gurken Stück **30, 40 Pf.**
- Kopfsalat 2 Kopf **15 Pf.**
- Radieschen Bund **5 Pf.**
- Rhabarber Bund **10 Pf.**
- Kanarische Kartoffeln **14 Pf.**
- Malta-Kartoffeln . . . Pfund **10 Pf.**

Fische

- Kabeljau ohne Kopf, in ganzen Fischen Pfund **15 Pf.**
- Rotzungen Pfund **15 Pf.**
- Schollen Pfund **20 Pf.**
- Tafel-Lachs in ganzen Fischen Pfund **73 Pf.**
- Tafel-Zander in ganzen Fischen Pfund **78 Pf.**
- Lebende Lausitzer Karpfen . . Pfund **70 Pf.**
- Lebende Schleie Pfund **1.05**
- Lebende Hechte Pfund **1.08**
- Lebende Plötzen Pfund **40 Pf.**
- Lebende Aale Pfund **1.15, 1.40**

Butter u. Käse

- Kochbutter Pfund **1.30**
- Tischbutter Pfund **1.36**
- Tafelbutter **1.40**, 1/2 Pfd. **70 Pf.**
- Emmentaler Käse . . . Pfund **1.15**
- Schweizer Käse . . . Pfund **88 Pf.**
- Tilsiter Käse Pfund **85 Pf.**
- Limburger Käse . . . Pfund **58 Pf.**
- Romatour-Käse Stück **28 Pf.**
- Bierkäse Pfund **65 Pf.**

Geflügel

- Junge Gänse Pfund **1.00, 1.20**
- Puten gefroren Pfund **88, 95 Pf.**
- Hühner gefroren **2.00, 2.25**
- Frische Brathühner **1.90 bis 2.50**
- Frische Suppenhühner . . . **1.85 bis 2.75**
- Enten gefroren **2.50 bis 3.25**

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Raykstoffen 20-40 Mark, Damen 6-14 Mark. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21. 1285R*

Teppiche! (teuerhaltig) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Drinn, Gadescher Markt 4, Bahnhof Börje. (Vater des Vorwärts) erhalten 5 Prozent Rabatt! Sonntags geöffnet!

Herrenanzüge & Wandkleidhause. Herzmanns allerbilligster Waren-einkauf. Kleinauswahl Pelzjachen. Herrenanzüge, Jacketts, Anzüge, Herrensachen, Herrenhosen, Damen-sachen, Extrabilliger Bettensverkauf. Aussteuerbetten. Vermietungsbeit. Aussteuermöbel. Bettmöbel. Reich-haltige Gardinenauswahl. Portieren. Teppichauswahl. Bilderrahmen. Steppdecken. Handtücher. Wand-bilder. Schmuckkästen. Taschentücher. Kleinauswahl. Ringen, Uhren, Fest-geschenke. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. 150*

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außerordentlich billig! Vorwärts! 5 Prozent Rabatt! extra! Gardinenhaus Berlin, Gadescher Markt 4 (Bahnhof Börje). Sonntags geöffnet.

Grundbesitzer der Pollitz, von Friedrich Stampfer, Gebunden 3 Bk., Buchhandlung Sornsdorfs, Linden-strasse 69 (Laden).

Monatsanzüge und Sommer paletots von 5 Mark (sowie Damen von 1.50, Herrensachen von 12.00, Fracks von 2.50, sowie für torpente Figuren. Keine Garderobe zu Hause? Billigen Preisen. aus Handarbeiten ver-fasste Sachen lauft man am billigsten bei Kat. Radolfstrasse 14.

Teppiche (Herdenmacher), Stepp-decken, Gardinen, Tischdecken, Tisch-bettdecken, Übergardinen, Sofa-kostreie, sportbillig! Jubiläumiger Hauerehoff, Große Frankfurterstrasse 9, Klareingang. Warenverleiher 90 Prozent Sonntags geöffnet. 2488R*

Teppich-Abstrittiger. Portieren, Gardinen, Gelegenheitsläufe, auch auf Teilzahlung. Anläufe Bedingungen Weierstr. 12 I.

Gastronen. Woche 1.00, billige Preise. Große Frankfurterstrasse 92, Randerstrasse 6 (Wedding), Nordost, Berlinerstrasse 102. 625R*

Vorwärtsleiter erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen.

Näunungspreise sind bis zu 50 Prozent herabgesetzt! Rosenkalerstr. 54.

Neubau Oranienstr. 126 ist eröffnet!

Teppich-Thomas Rosenkalerstrasse 54. 1322R*

Damenhemden mit gestickter Spitze 1.15, Herrenhemden 1.15, Rom-malmsche, Arbeiterhemden sowie elegante Reismuster bis zur Hälfte des Wertes. Wäschefabrik Salomonst, Dirschenstraße 21, Alexanderplatz.

Beiten, Stand 9., Beunen-strasse 70, im Keller. 1200R*

Fischer's Teppichhaus, gegr. 1884, Potsdamerstrasse 109. Sportbillige Kleiderposten, Teppiche, Portieren, Gardinen, Steppdecken, Läufer, Vorläufer, Kissen, Vorwärtsleiter Extra-rabatt. 995R*

Damenhemden mit gestickter Spitze 1.15, Herrenhemden 1.15, Zeit-bezug nebst zwei Kopfkissen 3.95, Bettdecken 1.25, drei Handtücher 0.70, je ein Kissen Hemdenstück 3.00, hochelegante einzelne Wäscheposten, passend zu Ausstattungen bis zur Hälfte des Wertes. Wittmoß Stoffrei-derhaus, Wäschefabrik Salomonst, Dirschenstraße 21, Alexanderplatz.

Möbel.

Teilzahlung, Möbelausstattung. Stube und Küche 15 Mark. Ver-lichen gewasene Möbel (sportbillig). Berlin, Rastanienallee 49. 1114R*

Möbel-Gelegenheitskäufe, gut gearbeitet, viele Gelegenheitsmöbel, welche bedeutend unterem Preis sind. Bücherpind 68., Schreibisch 48., Bettstelle 33., Trumeau mit Stuhl 34., Garnitur, Sofa, 2 Sessel, Sofa 45., Kleiderpind 46., Herrensachen, Speisegemmer, Schlaf-gemmer, wunderschöne Sachen, sehr billig. Kommen Sie erk vor Ihrem Einkauf zu mir, Sie sollen die Möbel nur beschaffen. Elych, Alte Schön-hausenstraße 32. 1374R*

Arbeiter-Wohnungen. Für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, sehr erhalten, große Auswahl, Teilzahlung gern gestattet. Kostenpreis 1500-2000, keine Anzahlung, bequeme Abzah-lung nach Wunsch der Käufer. Gabbert Tischlermeister, Ader-strasse 54.

120 Trumeaus mit Säulen, prima Jagetglas, 30., auch maho-goni, große Auswahl! Fabrik Sta-herstrasse 25, an der Hauptbahn.

Chaiselongue, nagelein, 18.00, Gebst, Große Hamburgerstrasse 13/14.

Möbelangebot. Wegen voll-ständiger Auflösung des Geschäftes verkaufe Möbel und Porzellanwaren sehr billig. Jeder noch 5 Prozent Rabatt. Friedrichstraße 28 I. 1250R*

Musikinstrumente.

Piano, gutes Instrument (Schwech-ten), hoch, 225.-, Händler zweif-löb. Krüger, Friedenstraße 2 (Königsplatz). 220/14

Bilder.

Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilderverlag, Behmmeisterstraße 2. 1005R*

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 35.-, Holz, Blumen-strasse 44. 1080R*

Fahrrädergelegenheiten. Motor-zweiräder sportbillig. Große Frank-furterstrasse 14, Hof, Kämmerlein.

Kaufgesuche.

Platinabfälle, Gramms 75, Gold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Queck-silber lauft Klamm, Auguststraße 19.

Rupfer, Kupfer, Platinabfälle, Silberabfälle, Goldschmelze Rieper Köpenickerstrasse 20a (gegenüber Ran-kestrasse). 905R*

Goldschmelze, Silberjachen, Platin-abfälle, Zahngebisse, höchstzahlend Goldschmelze Wagner, Rastanienallee 11.

Die ausgeschriebene Stelle eines Re-dakteurs ist besetzt. Dies den Herren Be-werbern zur gefl. Kenntnisnahme. 1229

Die Preiskommission der „Volkswacht“, Breslau. 3. u. H. Brosig.

Achtung! Café-Angestellte! Achtung!

Das Café „Alter Kuhstall“ (Hotel Wifinger Hof), Invalidenstraße 110, ist für organisierte Gehilfen gesperrt. Der Inhaber Schumann verweigert die Anerkennung des Tarifes und verlangt außerdem noch 45 Pfennig Abgaben pro Tag. Die Ortsverwaltung.

Platina, alte Goldschmelze, Stanniol, Silber, Doubleabfälle, Zerklein, Gebisse, Redgold, Goldmatten, Gold-gummis, Stanniolabfälle, Quecksilber, sämtliche gold-, silber- und platin-baltigen Rückstände lauft Brod, Goldschmelze, Köpenickerstrasse 29, Telefon Nordplatz 6958. 67/6*

Zahngebisse, Zahn bis 1.10 Mark, Goldschmelze, Stanniol, höchstzahlend, Köln, Neue Königstrasse 76. 219/20*

Herrenanzüge, Damenanzüge, Weberei, Weidenweg 23.

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fort-geschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen ange-fertigt. G. Swienty - Liebkecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 445R*

Gratis-Unterricht in Steno-graphie und Maschinenschreiben wird Herren und Damen für das Semester April bis Juli erteilt gegen Ge-baltung der Selbstkosten, welche sich bis zum 22. April melden. Regina-Schreibmaschinenfabrik, Charlotten-strasse 6. 618R*

Tischler, Drechsler, Tischlermeister usw. erhalten Unterricht im Hochzelecken und Kalkulation ohne Verzichtung nach den Lehrbüchern der 20-Pfennig-Hochschulbibliothek für die gesamte Holz-industrie. Programm kostenlos durch Norddeutsche Tischlerlehre, Berlin N. 65, Rindfleischstrasse 14-16.

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Gieseler-strasse 94.

Kunstoperette von Frau Kolosky Schlichter, Kurstrasse 8 III.

Patentanwalt Müller, Gieseler-strasse 81. 2430R*

Nehme die Beteiligung, die ich gegen Frau Quill angeschlossen habe, mit Bedauern zurück. Frau Wilmann, Nordufer 11. 130

Tüchtige Tischler zur Erweite-rung einer Genossenschaft gesucht. Offerten O. K. 2205, Rudolf Woffe, Frankfurter Allee 61/62. 67/13

Vermietungen.

Wohnungen.

Schöne 1 Zimmerwohnung mit Küche, reichlich Nebengebäude, sofort event. später zur vermieten. Island-strasse 10, Verwalter. 1116

Zimmer.

Freundliches möbliertes Zimmer Trandaustrasse 16, Seitenflügel I, Radolf. 130*

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Kordmacher auf Beddigmöbel verlangt Bronzer Kgl., Oranien-strasse 108. 12175

Blusenmacherinnen, im Hause, finden bei hohem Wochenlohn dauernde Beschäftigung. Gebirder haben, Beutstrasse 1/3. 67/14

Blusen - Arbeiterinnen verlangt Richter, Reußstr. 10, Treptowerstr. 10, p.

Achtung! Wagenbauer!

Die Wagenfabrik von Gebr. Wienicke Nachfgr., Pantow, Breitenstraße, ist für alle Verzüge, als da sind: Stellmacher, Schlosser, Schmiede, Lackierer und Sattler, gesperrt und bitten wir, dort Arbeit nicht anzu-nehmen. 176/8

Agitationskommission der Wagen-fabrikanten Berlins und Umgebend.

Zum Untergang der „Titanic“.

Bis zur Stunde ist es noch immer nicht möglich, festzustellen, wie viel Menschenleben die entsetzliche Katastrophe gefordert hat. Nur so viel ist sicher, daß die Zahl der geretteten Reisenden an Bord der „Carpathia“ erheblich geringer ist, als in den ersten Meldungen angegeben wurde. Das gestern von uns wiedergegebene Telegramm, wonach etwa 700 Schiffbrüchige der „Titanic“ sich auf der „Carpathia“ befinden, wird heute bestätigt. Ein neueres Funkentelegramm der „Carpathia“, das durch die „Franconia“ dem Festlande übermittelt wurde, gibt die

Zahl der Ueberlebenden auf 705 an.

Inzwischen hat sich auch der von der amerikanischen Regierung ausgesandte Spähkreuzer mit der „Carpathia“ telegraphisch in Verbindung gesetzt. Dabei wurde ermittelt, daß von den Ueberlebenden 326 Passagiere der ersten und zweiten Kajüte waren, der Rest besteht aus Zwischendeckpassagieren einschließlich etwa 100 Mann der Besatzung der „Titanic“.

Ganz auffällig erscheint das Verhalten der Zeitung der White-Star-Linie. Nachdem von ihr am ersten Tage nach der Katastrophe eine ganz sonderbare Verhüllungstaktik

getrieben wurde, ist sie auch heute, fast fünf Tage nach dem Untergang der „Titanic“ noch nicht mit einer genauen Liste der gesamten Passagiere des verunglückten Dampfers herausgekommen. Erklärlicherweise gewinnt daher auch die Sprache der amerikanischen Presse immer mehr an Schärfe. Die „American“ fragt, wie es komme, daß so viele Männer in den Rettungsbooten unterkühlt fanden, während noch Frauen und Kinder an Bord waren. Er findet es vor allem anderen wunderbar, daß der Großaktionär und Direktor der White-Star-Linie sich retten konnte. Der „Globe“ erklärt, der Direktor Ismay sei die Ursache, daß keine Einzelheiten über die Katastrophe bekannt würden. Er selber sende Chiffredepechen an das Bureau der White-Star-Linie. Eine gewisse Wahrscheinlichkeit gewinnt die von dem Blatte ausgesprochene Behauptung durch ein Donnerstag früh 8 Uhr aufgegebenes Funkentelegramm, das das amerikanische Marine-Departement von dem Kreuzer „Salem“ erhalten hat. Die Meldung lautet:

Wir können keine Nachricht von der „Carpathia“ erhalten, obgleich sie sich im Bereich leichter funktentelegraphischer Verständigung befindet. Sie gibt zuweilen auf Anrufe Zeichen, beantwortet aber die aufgegebenen Telegramme nicht. Wir können nicht glauben, daß sie die Mitteilungen, die wir ihr gesandt haben, nicht verstanden hat. Das Schiff befindet sich innerhalb des Bereichs der Torpedostation in Newport, daher wird die „Salem“ heute nachmittag nach Bradsford (Narragansett-Bay) weiterfahren.

Von vielen Blättern wird die Anwesenheit des Direktors Ismay an Bord der untergegangenen „Titanic“ dahin gedeutet, daß darin auch die Ursache des furchtbaren Zusammenstoßes mit dem Eisberge liege. Ismay habe den Kapitän angepörrt, auf alle Fälle den bisherigen Rekord für die Ueberfahrt zu brechen. Die weit diese Vermutungen sich bestärken, wird nach Ankunft der „Carpathia“, die, gehindert durch starke Brisen, Donnerstag nacht oder Freitag früh im New Yorker Hafen eintreffen wird, festzustellen sein.

Die Untersuchung

Washington, 18. April. Das Handelskomitee des Senats hat ein Unterkomitee von 7 Mitgliedern ernannt, welches eine genaue Untersuchung über den Unfall der „Titanic“ anstellen soll. Das Komitee hat sich bereits nach New York begeben.

Washington, 18. April. Der Präsident des Repräsentantenhauses und der Präsident der Handelskammer forderten die Regierung auf, verschiedene Ueberlebende der „Titanic“ zu bitten, sich nach Washington zu begeben, um dort vor dem Kongresse ihre Erlebnisse und Eindrücke von dem Unfall der „Titanic“ bekannt zu geben, damit die Regierung in der Lage sei, authentisches Material über die Ursachen des Unfalles zu erhalten.

Ueberlebende.

Portland (Maine), 18. April. Die Liste der geretteten Zwischendeckpassagiere der „Titanic“ enthält etwa hundert Namen, die meistens auf Skandinavier, Russen oder Polen schließen lassen. Vielleicht stammen die Träger der folgenden Namen aus Deutschland: Bertha Nelson, Demina Nelson, Nora Roth, Anna Nelson, August Abrahamsohn, Carl Nelson, Gustav Cohn.

London, 18. April. Unter der Mannschaft der „Titanic“ befanden sich sechs Deutsche, der Geizer Raspe oder Rappe, die Stewards Theisinger, Pfropfer, Heinen, Müller und Tieg. Ob sie zu den Geretteten zählen, steht noch nicht fest.

Lehren der Katastrophe.

Bremen, 17. April. Die kontinentalen Schiffahrtsgesellschaften haben auf Vorschlag des Norddeutschen Lloyd in Anbetracht der jüdisch von Neufundland befindlichen Eiswachen beschlossen, die Kapitäne ihrer nach New York und Baltimore fahrenden Schiffe anzuweisen, dem sogenannten Eisrad zu folgen. Der Eisrad verlängert die Distanz um nur 40 Seemeilen, führt jedoch weitere 60 Seemeilen südlich von dem bisher eingehaltenen Trad, so daß mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen ist, daß der Kurs zurzeit frei von dem Eis führt. Der eigentliche Eisrad führt vom Kanal nach einem Punkt auf 41 Grad nördlicher Breite und 47 Grad westlicher Länge für westwärts bestimmte Schiffe und von da auf direktem Wege via Kantudel-Feuerschiff nach dem Ambrose Channel-Feuerschiff. Die ostwärts bestimmten Dampfer laufen vom Ambrose Channel-Feuerschiff auf direktem Wege nach 40 Grad 10 Minuten nördlicher Breite und 47 Grad westlicher Länge und von da im Großkreis nach dem Kanal. Die britischen Dampfschiffahrtsgesellschaften haben den kontinentalen den Vorschlag unterbreitet, um jede Kollisiongefahr zu vermeiden, bis zum 25. d. M. den westwärts bestimmten Schiffe vorzuschlagen, dem alten Trad zu folgen bis zu jenem Punkt, in welchem der 42. Meridian den alten Trad schneidet. Von da ist ein Kurs nach 41 Grad nördlicher Breite und 47 Grad westlicher Länge aufzunehmen. Diesem Vorschlag haben die kontinentalen Linien sofort zugestimmt, wodurch ein internationales Vorgehen der Dampfschiffahrtsgesellschaften im Interesse der Sicherheit ihrer Schiffe gewährleistet ist.

Reporterphantasien.

Die Sucht, in sensationellen Darstellungen von Vorlesungen in anderen Zeitungen den Rang abzulassen, hat sich bedauerlicherweise auch gelegentlich der „Titanic“-Katastrophe von neuem erwiesen. Während authentische Nachrichten fehlen, haben der „New York Herald“ und andere New Yorker Zeitungen — und auch Berliner Blätter — sensationelle Beschreibungen von Szenen gebracht, die sich bei dem Schiffbruch der „Titanic“ abgespielt haben sollen. Diese Nachrichten haben sich als reine Erfindung herausgestellt. Es war angegeben worden, daß die Meldungen auf drahtlosem Wege von dem Dampfer „Bruce“ übermittelt worden seien. Dieses Schiff ist jetzt in St. Johns angekommen, und sowohl der Kapitän als der Funkentelegraphist und die Eigentümer desselben erklären gemeinsam, daß sie keine drahtlosen Nachrichten, die auf die „Titanic“ Bezug hätten, erhalten hätten.

Zur wirtschaftlichen Lage der preussisch-hessischen Eisenbahner.

Nach dem Betriebsbericht der preussisch-hessischen Staatseisenbahnen für das Jahr 1910 betrug die Gesamtzahl des im Berichtsjahre beschäftigten Personals (Beamte und Arbeiter) 488 326 gegen 478 407 im Jahre 1909 und 484 882 im Jahre 1908. Gegen das Jahr 1909 ist also eine Vermehrung um 9919 Köpfe zu verzeichnen, jedoch beträgt die Vermehrung seit 1908 nur 3444 Köpfe. Die Zahl der weiblichen Bediensteten hat sich von 8411 im Jahre 1909 auf 8848, also um 235 im Jahre 1910 vermehrt, das ist seit 1908 eine Vermehrung um 626.

So ungern die Eisenbahnerverwaltung an eine Vermehrung des Personals herangeht: das Jahr 1910 erforderte eine Vermehrung unter allen Umständen. Zwar wurde durch Vereinfachung im Geschäftsbetriebe, Zusammenlegung von Dienststellen, anderweitiger Einteilung des Streckenläuferdienstes usw. eine teiltweise Verminderung der Kopfzahl erzielt; dennoch erforderte die weitere Ausdehnung des Bahngeländes und die große Verkehrssteigerung gebieterisch eine Vermehrung des Personals. Die Eisenbahnerverwaltung erwähnt aber in ihrem Bericht die Verkehrssteigerung als Grund der Personalvermehrung mit keinem Wort, sondern führt als Grund dafür an:

„Zurückzuführen auf die tägliche Dienstzeit und Einführung sonstiger Dienstleistungen (Vermehrung der Ruhetage und Ruhepausen, Erleichterung des Kirchenbesuchs usw.) für das Betriebspersonal; Gewährung von Erholungsurlaub an Hilfsbediensteten und Arbeiter; Erweiterung der Wohlfahrts-Einrichtungen; Arbeitsvermehrung bei der Instandhaltung der neuern Betriebsmittel.“

Gewiß hat das alles zusammengewirkt, um hier und da eine Personalvermehrung zu bedingen, doch sehr erheblich ist das nicht. Im Jahre 1909 war eine bedeutende Verminderung des Personals eingetreten, die Verwaltung machte die Verminderung möglich, obgleich der Bericht für 1909 auch einige Fortschritte auf sozialpolitischem Gebiet verzeichnete. Der Bericht behauptet aufs neue, daß es mit der gesteigerten Leistung der Arbeiter im Eisenbahndienste nicht weit her ist. Am 1. August 1911 waren insgesamt 314 080 Arbeiter im preussischen Eisenbahndienst beschäftigt. Von diesen standen nach den amtlichen Ermittlungen 190 540 = 61,58 Proz. in einer Beschäftigungszeit von weniger als 5 Jahren. Daraus ergibt sich, daß etwa nur die Hälfte aller Eintretenden länger als 5 Jahre im Eisenbahndienst verbleiben. Und wie aufreibend der Eisenbahndienst für die Arbeiter ist, geht daraus hervor, daß nur rund 10 Proz. ein Lebensalter von mehr als 50 Jahren erreichen. Der anstrengende Dienst und die ungenügende Entlohnung machen die Arbeiter zum Teil schon recht frühzeitig dienstunfähig. Diese beiden Faktoren sind aber auch die Ursache dafür, daß ein ungemein starker Wechsel im Personal stattfindet, wie er sich aus dem Zugang und Abgang in der Abteilung A der Arbeiterpensionskasse (die für Eisenbahnarbeiter die Invalidenversicherung vertritt) nachweisen läßt. Danach sind in dem Zeitraum von 5 Jahren in den Eisenbahndienst als Arbeiter eingetreten 388 884 Personen und ausgetreten 302 700 Personen. Die Zahl der Arbeiter, die in das Beamtenverhältnis eintraten, ist trotz der Vermehrung der Beamtenstellen in den letzten Jahren immer kleiner geworden. Wegen Uebernahme in das Verhältnis von Eisenbahnerbeamten traten aus der Arbeiterpensionskasse, Abteilung A, aus:

im Jahre . . .	1908	1909	1910
Arbeiter . . .	6122	8750	8002

Da im Jahre 1910 insgesamt an der Arbeiterpensionskasse, Abteilung A, 370 560 Mitglieder teilgenommen haben, d. h. entweder schon vor Beginn des Jahres im Eisenbahndienst standen oder im Laufe des Jahres neu eintraten, so hatten von je 1000 Arbeitern nur neun das „Glück“, Beamter zu werden, und doch ist bei jedem Arbeiter mit dem Eintritt in den Eisenbahndienst die Hoffnung verbunden, einmal Beamter zu werden. Die „Pensionsberechtigung“ ist es, die ihnen allen vorwärtsweht, und die Hoffnung darauf wird gestützt von der Eisenbahnerverwaltung zu erhalten gesucht und zwar aus wohl durchdachten Gründen. Die Verwaltung ist sich wohl bewußt, daß der Arbeiter in seinem Streben nach Uniform, Dienstabzeichen und Pensionsberechtigung empfindungslos wird für freizeitleiche Ideen, daß er verspielt und versumpft, in blindem Gehorsam jede Unbill über sich ergehen läßt. Solche Arbeiter sind die besten Ausbeutungsobjekte, und nur dadurch ist es dem preussischen Staat möglich, trotz der oft miserablen Löhne immer noch die erforderliche Zahl von Arbeitskräften zu bekommen.

Die Tagesvergütungen und Löhne der Hilfskräfte und Arbeiter sind in dem Bericht ebenso wie in den Vorjahren im Jahresdurchschnitt nachgewiesen. Danach betrug der durchschnittliche Tagesverdienst eines preussischen Eisenbahnarbeiters 3,89 M. Die Ueberzahl weist Tageslöhne von großen Arbeitergruppen von 2,60 M., 2,88 M., 2,85 M. auf, und die Werkstättenarbeiter sind darin mit dem höchsten Durchschnittsverdienst von 4,90 im Stücklohn verzeichnet.

Seit 1906 hat eine Steigerung der Durchschnittslöhne um 17,3 Proz. stattgefunden; eine Steigerung, die nicht entfernt der Steigerung der notwendigen Unterhaltskosten gleichkommt.

Werden die Bediensteten und Arbeiter in die drei Hauptgruppen — Betriebsdienst, Bahnunterhaltungsdienst, Werkstättendienst — zusammengefaßt, so ergeben sich für diese Jahresdurchschnittslöhne:

Arbeitergruppen	Zahl der Arbeitskräfte	Durchschnittlicher Jahresverdienst M.
Hilfskräfte und Arbeiter im Betrieb	148 286	1158
Bahnunterhaltungsarbeiter	81 365	849
Werkstättenarbeiter	71 838	1261

Für die Arbeiter in den Haupt- und Nebenwerkstätten ist die neunstündige tägliche Arbeitszeit durchgeführt. Dagegen hat der größte Teil der Arbeiter eine Arbeitszeit von 10, 11 und 12 Stunden. Nach dem Stande vom 1. Oktober 1911 hatten eine wöchentliche Arbeitszeit einschließlich der Werkstättenarbeiter

123 061 Bedienstete = 25,33 Proz.	58 Stunden
37 173 „ „ = 7,65 „	über 56 — 63 Stunden
173 286 „ „ = 35,66 „	„ 63 — 70 „
70 783 „ „ = 14,44 „	„ 70 — 77 „
56 782 „ „ = 11,69 „	„ 77 — 84 „
15 691 „ „ = 3,23 „	„ 84 — 105 „

Jeder Eisenbahner soll monatlich mindestens zwei Ruhetage von je 24 Stunden haben. Nach der amtlichen Statistik hatten aber

138 702 = 31,71 Proz. der Bediensteten	1—2 Ruhetage.
81 508 = 19,31 Proz.	3 „
140 184 = 32,22 Proz.	4 „ und
66 492 = 15,76 Proz.	mehr als 4 Ruhetage im Monat.

Ruhetage von 36 stündiger Dauer kommen durchschnittlich im Monat nur 1,31 auf einen Bediensteten.

Einen breiten Raum in dem Bericht nimmt das Kapitel „Wohlfahrts-Einrichtungen“ ein. Es sei zugegeben, daß die Eisenbahner auf dem Wege der Wohlfahrts-Einrichtungen, des Fürsorge- und Unterstützungswesens manche Vorteile genießen, die Arbeiter in privaten Betrieben entbehren. Aber die dem Eisenbahner auf diesem Wege gemachten Zuwendungen bilden einen Teil seines Arbeitsverdienstes; es ist vorzuhaltener Arbeitslohn, der ihm in Form von Unterhaltungen zugeführt wird. Damit sollen die Arbeiter an den Betrieb gefesselt und sie selbst zu „Königstreuern“ Arbeitern und zu Feinden der Sozialdemokratie erzogen werden.

Das Los dieser Arbeiter ist deshalb auch nichts weniger als beneidenswert, denn neben der intensivsten Ausnutzung ihrer Arbeitskraft und schlechter Bezahlung sind sie auf Schritt und Tritt innerhalb und außerhalb der Betriebsstätte von der Gnade der Vorgesetzten abhängig und keinen Augenblick vor Spiegeln und Denunzianten sicher.

11. Verbandstag der Tagelöhner.

Würzburg, den 17. April.

Die heutige Sitzung stand unter dem Zeichen einer großen Debatte über die

Taktik bei den Arbeitskämpfen.

Die Angriffe des Zentralvorstandes auf verschiedene Einzelkämpfer wegen ihrer verkehrten Taktik löste eine grundsätzliche Aussprache über die zu treffenden Vorbereitungen bei Lohnbewegungen aus. Köppler-Berlin, der besonders angegriffen wurde wegen seiner Streiktaktik, die ihm den Vorwurf allzu großer Nachgiebigkeit brachte, erklärte die verschiedenen Fälle damit, daß es besonders in Ost- und Westpreußen die oft gänzlich zerrütteten Verhältnisse in den neu gegründeten Pflanzern sind, die die Kollegen jede Rücksicht auf das Statut beiseite schieben lassen. Er behandelte ausführlich die Streiks in Steintin, Danzig und Breslau und stellt fest, daß es gerade dem Streik in Breslau zu verdanken sei, wenn jetzt fast in ganz Schlesien in der Organisation gesunde Verhältnisse eingezogen sind. In vielen Fällen konnte man beim besten Willen nicht darüber hinweg, einmal über die Stränge zu schlagen. Die Arbeiter bringen sich nicht Köppler, aber auch den Zentralvorstand verantwortlich für die Nichterhaltung der Statuten. Man müsse gerade in dieser Frage einmal dem Zentralvorstand zurufen: „Landgraf werde halt!“ Es gehe einfach nicht an, daß seitens der Zentrale alle diese Streiks bemittelt werden. Otto Halberstadt ist gleichfalls der Ansicht, daß dem Zentralvorstand hier eine bestimmte Marschroute gegeben werden müsse. Den angestellten Gauleitern müsse man aber gegenüber ihren Mitgliedern mehr Rückgrat wünschen. Altkaus-Berlin verteidigt die Haltung des Berliner Gauvorstandes unter anderem auch damit, daß es dem angestellten Gauleiter bei der richtigen Ausdehnung des Bezirkes fast unmöglich sei, rechtzeitig an den Verhandlungen mit den Unternehmern teilzunehmen und wenn eine Aenderung eintreten solle, seien sie die ersten, die es begründen würden. Doch könne das nur geschehen, wenn der Gau geändert wird. Köppler-Berlin führt die unlieblichen Erscheinungen auf die mangelhafte Aufklärung der Mitglieder zurück. Sehr oft verwechseln die Kollegen sogar Angriff und Abwehrstreiks miteinander. Die Differenzen würden auch kleiner werden, wenn man, wie früher, mehr Wert darauf legen würde, das ABC der Gewerkschaftsbewegung zu lehren. Schmidt-Frankfurt a. M. weist auf den Streik in der Werkstatt Altkaus-Berlin hin, der auch zur Kritik herausfordere. Hier hätte von der Berliner Zeitung auch etwas rationaler gewirtschaftet werden können. Aus der sich sehr lange hingehenden Diskussion läßt sich feststellen, daß sämtliche Redner, soweit sie nicht als Angegriffene in die Debatte eingriffen, auf dem Standpunkt standen, daß in Zukunft der Zentralvorstand jede Abweichung vom Statut mit der Verweigerung der Streitzulassung beunruhigen solle. Einstimmigkeit bestand auch für die Auffassung, daß er sich nicht irre machen lassen solle, wenn ihm mit der Auflösung der Pflanze gedroht würde. Der Zentralvorstand habe zu dieser scharfen Handlungsweise die Pflicht, da er als Bevollmächtigter des Verbandes vornehmlich den Kollegen im Lande gegenüber die Verantwortung zu tragen habe. Altkaus-Berlin stellte einen Antrag, daß in Zukunft, ehe in eine Bewegung getreten werden darf, die Genehmigung von Gau- und Zentralvorstand nötig sei, um zu verhindern, daß schließlich die Genehmigung ohne das Einverständnis beider Instanzen erfolge.

Eine Frage, die die besondere Aufmerksamkeit des Verbandstages beanspruchte, war die

Stellung zu den Hilfsarbeitern.

Die Taktik der Unternehmer geht hierbei darauf hinaus, daß sie sich oft weigern, diese mit in den tariflichen Bestimmungen anzunehmen. Angeblich, weil sie ja gar nicht mit zum Handwerk gehören. Die Situation ändert sich aber sofort, wenn es zur Arbeitsüberlegung kommt; dann werden die Hilfsarbeiter als willkommenen Mitarbeiter herangezogen und zu Hochbetruen gemacht. Deshalb waren die Ausführungen des Berufsgenossen Marien-Berlin sehr wichtig, der aufforderte, die Hilfsarbeiter schon vorher zu organisieren und damit nicht zu warten bis nach Ausbruch einer Bewegung. Der zweite Teil dieses Punktes wurde zurückgestellt und zunächst ein Referat des Vertreters der Zentralkommission für

Genossenschaftslehre.

Genossen Heintze-Berlin, entgegengenommen. In großzügiger Weise entrollte dieser ein Bild über die Zustände, wie sie heute noch anzutreffen sind. Seine Streifzüge auf das Gebiet der Gewerkschaft fanden die größte Beachtung und lebhaften Beifall. Die Verhandlungen wurden dann auf Donnerstag vertagt.

Aus der Partei.

Das Ende einer Staatsaktion.

Genosse Kinkel in Göttingen (Hürttemberg), der Vorsitzende unserer dortigen Parteiorganisation und Mitglied des württembergischen Landtages, erweist sich seit Jahren des grimmigsten Hasses der Gegner unserer Partei. Neuerdings glaubte man ihm aus seiner Tätigkeit als Kontrolleur der Ortskrankenkasse Göttingen einen Strich drehen zu können. In der bürgerlichen Presse Göttingens und Stuttgarts wie im ganzen Reich wurde Genosse

Kinkel der „Kundenfälligkeit“ und sonstiger grauer Verbrechen angeklagt. Die Staatsanwaltschaft wurde scharf gemacht, die denn auch das Verfahren einleitete, wie jubelnd aller Welt verkündet wurde. Jetzt ist das Verfahren wieder eingestellt worden. Die „Wuppinger Freie Volkszeitung“ bemerkt dazu: „Es ist dies das vierte staatsanwaltliche Verfahren gegen den Genossen Kinkel, die alle wieder eingestellt werden mußten, zum sehr großen Leidwesen seiner guten Freunde aus dem bürgerlichen Lager und außerhalb.“

Seinen Austritt aus der Partei

Hat jetzt in Solingen das bisherige Parteimitglied Döwenhal erklärt, das kürzlich bei dem Schiedsgericht gegen Hilbrand als offener Beistand mitsungierte. Döwenhal ist ein junger Mann, von Beruf Gärtner und in Solingen erst seit ca. einem Jahre wohnhaft. Bei der erwähnten Schiedsgerichtssitzung wurde festgestellt, daß er seit dem letzten Herbst in der Redaktion des „General-Anzeiger“ in Solingen tätig ist, was mit dem bekannten Beschluß des Dreabender Parteitag über die Mitarbeit an der bürgerlichen Presse in Widerspruch steht. Er hat jetzt anscheinend selber die Konsequenz aus dieser Tatsache gezogen. Er begründet seinen Austritt allerdings damit, daß er sich mit Hilbrand solidarisieren erklärt und es für nutzlos halte, sich unter den vorliegenden Umständen den Aufregungen eines Ausschlußverfahrens auszugeben.

Ein Austritt aus der sozialdemokratischen Sozialdemokratie.

In Winterthur ist der bisherige Redakteur der sozialdemokratischen „Arbeiterzeitung“, Franz Bichota, mit dem Verlassen seines Postens zugleich auch aus der sozialdemokratischen Partei ausgetreten und in die bürgerliche freisinnige Partei übergetreten. In seinem im genannten Blatte veröffentlichten Abschiedsartikel, den er selbst als seinen „Retrospekt“ bezeichnet, sagt er von dieser ganz unermittelten Metamorphose noch nichts; er erklärt nur, daß er aus der Partei tritt mit dem festen Entschluß, auch bleiben zu bleiben. In der Schlusspartie des Artikels befundet er sodann den Bruch mit seiner bisherigen sozialdemokratischen Gesinnung, indem er den Arbeitern zuruft: „Glaubt nicht, die absolute Wahrheit in der Tasche zu haben!“

Schließlich erklärt Bichota noch: „Die Interessen der Arbeiter zu fördern, wo ich es kann, werde ich freilich auch künftig nicht unterlassen.“

Der seltsame Abschiedsartikel des in der ganzen Schweiz als durch und durch überzeugter und konsequenter Sozialdemokrat bekannter Bichota erregte in allen Kreisen Aufsehen und wurde viel kommentiert. Dieses Aufsehen wurde noch gesteigert, als Bichota sich nicht mit der angeleglichen Rolle des Parteiloseren begnügte, sondern sofort in bürgerlichen Blättern, so in der bekannten großkapitalistischen „N. Zürch. Ztg.“ als Sozialistenbekämpfer und als „Reformator“ der Arbeiterbewegung auftauchte.

Jetzt hat er unter dem Titel „Mein Austritt aus der Sozialdemokratie“ auch eine öffentliche Broschüre veröffentlicht, in der er in einer Weise, die weder neu ist noch überzeugend wirkt, seinen Gesinnungswandel sowie seine jetzige Stellungnahme gegen die Sozialdemokratie zu rechtfertigen versucht. Erfolg kann er damit nur haben bei unseren bürgerlichen Gegnern, die in der Schweiz zu wenig wie anderwärts ein richtiges Verständnis für die Sozialdemokratie besitzen, die nur ihren Profit bedroht sehen und daher mit dem Fall Bichota seines sensationellen Charakters wegen ganz besondere gesellschaftsretterische Geschäfte glauben machen zu können.

Bichota polemisiert in seiner Broschüre gegen das „Kommunistische Manifest“, gegen die sozialdemokratische Parteipolitik und gegen die freie Gewerkschaftsbewegung mit den fabelhaftesten Argumenten, die er selbst noch vor einem halben Jahre als Beweise bürgerlicher Einrichtungslosigkeit und Unfähigkeit mit blutigem Spott und Spott übergoßen und vernichtet haben würde.

Bichota begnügt sich indes nicht mit der theoretischen Widerlegung des Sozialismus, er will gegen diesen auch den positiven Kampf aufnehmen. Er will eine wirtschaftliche Organisation der Arbeiter, die sich gleichermaßen fernhält von den Methoden der Gelben und denen des Klassenkampfes. Es ist möglich, eine solche Organisation, die durchaus selbständig ist und mit allen lokalen Unternehmern doch auf gutem Fuße steht, zu schaffen. Und an anderer Stelle meint er: „Die Arbeiter sollen lernen, ohne Mittelspersonen mit den Unternehmern so zu verkehren, wie es sich in der Demokratie geltend.“

Bichota nennt seinen 20jährigen sozialistischen Glauben heute eine „Illusion“. Es gibt aber jedenfalls keine andere Illusion als die, welche er nun als seinen neuen Glauben verkündet. Der „gelbe Humbug“ hat in der Schweiz schon einmal mit viel Lärm und Terrorismus sein Glück versucht, aber er ist wieder so lang- und langlos verschwunden, wie sein Prophet Ritter v. Weidrog.

Der Sozialismus in England.

London, 16. April. (Fig. Ver.) Die im Herbst des vorigen Jahres gegründete Britische Sozialistische Partei hält seit einiger Zeit in allen Großstädten Massenversammlungen ab, die einen propagandistischen Zweck haben. Wessern fand die Inauguralversammlung der Partei in London statt. Das Neue Opernhaus im Kingsway, das ungefähr 3000 Personen faßt, war erdrückend voll. Draußen auf der Straße suchten Hunderte von Genossen vergebens Einlaß. Der starke Besuch der Versammlung war um so bemerkenswerter, als die Teilnehmer für ihre Eide (außer in der Galerie) ein Eintrittsgeld bezahlten. Die Versammlung verlief sehr enthusiastisch. Hund man führte den Vorsitz. Es sprachen unter anderen Quich, Hall, Lady Warwick, Gwynson und Tom Mann. Tom Mann gehört der Partei zwar nicht an, steht aber sonst mit ihr auf freundschaftlichem Fuße. Es wurde ihm ein begeistertes Empfang zuteil, der zusehends weniger seinen Anschauungen galt als seiner Person, die von der Regierung als Sühneopfer für all das Ungemach, das die wirtschaftlichen Kämpfe der letzten Monate der kapitalistischen Gesellschaft zugefügt, ausgerufen worden ist. Das Leitmotiv der Reden war, daß in dem Strudel der Revolution, in dem wir uns befinden, eine energische, zielbewusste sozialistische Partei nötig sei, um die kapitalistische Gesellschaft Großbritanniens, die längst für den Sozialismus reif sei, in die Bahnen der sozialistischen Gesellschaft zu leiten. Nach der Angabe des Sekretärs der Partei, des Genossen Lee, bestehen augenblicklich 333 Sektionen mit einer Gesamtmitgliedschaft von fast 40 000. Darunter sind nicht die Mitgliedschaften gezählt, deren Enthusiasmus für die geeinigte Partei sich noch nicht in Beträgen materialisiert hat. Mit einer Mitgliedschaft von etwa 40 000 wäre die B. S. P. zur stärksten Sektion des englischen Sozialismus geworden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Versammlung unter freiem Himmel und der Interessentenweg. Der sozialdemokratische Parteisekretär Linde aus Königsberg i. P. L. wollte auf einem Privatgrundstück in Alzen eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel abhalten. Der Amtsvorsteher in Alzenau verweigerte auf Grund des § 7 des Vereinsgesetzes die Genehmigung, indem er geltend machte, es wäre eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten. Unter anderem berief er sich darauf, daß der Versammlungsplatz nur über einen Interessentenweg zu erreichen sei und daß die Interessenten erklärt hätten, sie gestatteten nicht die Benutzung des Weges. Auch machte der Amtsvorsteher geltend, es sei einmal in dem benachbarten Schattischledimmen bei einer Versammlung zu Störungen gekommen und es wäre anzunehmen, daß dieselben Leute zu der Versammlung nach Alzenau kommen würden. So sei eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten. Landrat und Regierungspräsident verworfen aus denselben Gründen die Beschwerde Linde.

Das Oberbergsamtgericht gab jedoch der Klage gegen gerichteten Klage Linde statt und setzte das Versammlungsrecht außer Kraft. Zur Begründung wurde ausgeführt:

Die Tatsache allein, daß ein Weg zum Versammlungsplatz ein Interessentenweg sei und daß mit dem Widerspruch der Interessenten gerechnet werden könne, berechtige nicht zum Verbot einer Versammlung unter freiem Himmel. Denn die Frage, ob Wege öffentlich oder Interessentenwege oder Interessentenwege, sei eine privatrechtliche Frage, um deren Entscheidung die Polizei sich nicht kümmern habe. Sie könnte in solchen Streitfällen die Genehmigung der Versammlung allerdings davon aber auch nur dann verweigern, wenn sie durch besondere Umstände nachweisen könne, daß aus dem Widerspruch der Interessenten eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit entstehe. Dafür sei aber seitens der Polizei hier nichts erbracht.

Auf die Vorkommnisse in der Versammlung in Schattischledimmen könne sich der Amtsvorsteher und der Regierungspräsident ebenfalls nicht berufen, weil die Versammlung bereits 14 Jahre zurückliege. Bei der Länge dieses Zwischenraumes sei es nicht möglich, zuverlässig darauf zu schließen, daß dieselben Personen, die dort stüben, auch hier stüben würden.

Briefpost.

Der Redakteur Bahrt in Leipzig hatte auf Grund ihrer gemachter Mitteilung in der „Volkszeitung“ für das „Ruldenenthal“ berichtet, der Kantor Simon in Lobstädt bei Borna habe in der Schule Propaganda dafür gemacht, daß die Schulkinder zu Weihnachtsgeschenken für ihre Eltern Aluminiumdöpfe bei dem dortigen Klempnermeister kaufen möchten. Es stellte sich aber heraus, daß unser Parteiblatt fälschlicherweise falsch berichtet worden war. Das Landgericht verurteilte Bahrt zu 200 M. Geldstrafe.

Aus Industrie und Handel.

Weitere Erhöhung der Spirituspreise durch die Spirituszentrale.

Gerade vor einem Monat erhöhte die Spirituszentrale die Preise von 61,50 auf 69,50 M. pro Hektoliter „zwecks Anregung der Produktion“. Gestern hat die Zentrale ihre sämtlichen Offerten zurückgezogen, offenbar zum Zweck, um wiederum mit Preiserhöhungen heranzutreten. Bürgerliche Blätter melden bereits, daß die Erhöhung 5 Mark pro Hektoliter betragen soll. Das wäre die fünfte Preiserhöhung seit dem Juli 1911! Diesmal sollen auch die Preise für Spiritus zu gewerblichen Zwecken von der Erhöhung mitbetroffen werden. Diese neueste Maßnahme muß wie eine Provokation gegenüber den Konsumenten erscheinen. Durch die gelegentlichen Bestimmungen über Durchschnittpreis und Vergällungspflicht geschäftigt, muß die Zentrale ihre Monopolstellung immer wieder und in vollem Maße ausnützen. Die strenge Befolgung des Branntweinbottens erscheint daher notwendiger denn je.

Brauereischulden.

In Oesterreich findet jetzt eine Kartell-Enquete über die Brauindustrie statt. Bei dieser Gelegenheit hat sich herausgestellt, in welcher bedeutendem Umfange die Wirtse bei den Brauereien verschuldet sind. Allein bei 58 Aktienbrauereien, deren Bilanzen bekannt sind und deren Produktion zusammen 4,7 Millionen Hektoliter bei einem Aktienkapital von 98 Millionen Kronen beträgt, belaufen sich die aus der Bilanz ersichtlichen Außenstände bei Wirtsen auf 33 Millionen Kronen. In dieser Summe sind die Verbindlichkeiten aus abgegebenen Kundenweizen und die Wirtsgaststätten für Wirtsschulden nicht inbegriffen. Die Schulden der Wiener Wirtse an den Wiener Brauereien dürften sich nach einer Berechnung der „N. Fr. Pr.“ auf 40 Millionen Kronen belaufen, während für alle Brauereien Oesterreichs an Außenständen und Wirtsdarlehen eine Summe von mindestens einigen hundert Millionen Kronen als wahrscheinlich anzunehmen ist. In Deutschland dürfte das Verhältnis kaum anders sein, wenn es auch an einer Statistik hierüber noch fehlt. Auch die deutsche Brauindustrie ist mehr und mehr zu einem Finanzierungsgeschäft geworden, d. h. die Brauereien schließen vor, um sich den Abfall zu sichern, den Wirtsen, Gaststätten, Saalbesitzern usw. nicht nur das Bier, sondern unter Umständen auch die gesamte Einrichtung. Hierdurch werden aber derartig große Mittel erforderlich, daß nur die kapitalstärksten Großbrauereien ihren Abfall vergrößern können, während es andererseits fast unmöglich ist, die Kapitalien für Neuanlagen in der erforderlichen Höhe aufzubringen. Für die Brauindustrie als solche ist das natürlich ein Vorteil, denn es ist hierdurch die Tendenz, durch Konventionen die Preise und den Abfall zu regeln, gefördert, wie auch das Aufkommen von Außenstehern wesentlich erschwert worden. In ähnlicher Richtung wirken bekanntlich auch die neuen Steuererlasse, die neben ihren Unannehmlichkeiten für die alten Brauereien den Vorteil gebracht haben, daß wenigstens für einige Jahre die neuen Unternehmen härter belastet werden als die bereits bestehenden.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenwahlrecht und Wählerinnenrecht.

Für unsere Genossinnen, die sich für den am 12. Mai festgesetzten Frauentag rüsten, gilt es, die Notwendigkeit des Frauenwahlrechts von den verschiedenen Gesichtspunkten aus zu begründen. Dabei wird sich zeigen, daß selbst dann, wenn man die Frau auf den engen Raum der Familie und ihre Pflichten als Mutter beschränkt mächte, die Forderung des Frauenwahlrechts trotzdem eine zwingende Notwendigkeit ist.

Die Mutterpflicht ist heute unter den gewandtesten wirtschaftlichen Verhältnissen keineswegs nur eine Pflichtleistung dem Manne gegenüber, sondern eine Pflicht von hoher Bedeutung gegenüber der Gesellschaft.

Warum das? Der Arbeitsprozeß ist heute ein gesellschaftlicher, der die Leistungen ungezählter, einzelner Arbeitskräfte zusammenfaßt. Diese Arbeitskräfte, die den Bestand und die Fortentwicklung der Gesellschaft gewährleisten, werden der Gesellschaft gegeben durch die Mutterpflichtleistung, d. h. durch das Gebären, Pflegen und Erziehen der Kinder zu tüchtigen, brauchbaren Menschen, die zu körperlicher und geistiger Arbeit für die Gesellschaft fähig sind. Die Erfüllung der Mutterpflichten begründet deshalb nicht weniger wirksam die Forderung des Frauenwahlrechts, als dies Erwerbsarbeit, Hausfrauenpflichten und die Steuerzahlung der Frauen tun. Durch die Mutterpflicht wird der Besitz des Frauenwahlrechts zu einer Notwendigkeit, denn die Erfüllung der Mutterpflicht ist mit schweren Opfern und Gefahren verbunden.

Stirben doch jährlich circa 10 000 Mütter an den Folgen der Geburt, vor allem an Anämie! Nach dem statistischen Jahrbuch von 1910 hat die Zahl der Frauen in Deutschland, in Orten mit mehr denn 15 000 Einwohnern, die am kinderbettlicher starben, wieder enorm zugenommen. Es starben durchschnittlich jährlich am Kinderbettstüber in den Jahren 1902 bis 1907 1132 und im Jahre 1908 sogar 1213 Frauen.

Diese Gefahren sind um so größer, je ungünstiger die sozialen Verhältnisse, unter denen die Frauen leben, gestaltet sind. Die gesellschaftlichen Verhältnisse bedrohen nicht nur das Leben der Frau, sondern auch das der werdenden und neugeborenen Kinder. Nach der Statistik des Deutschen Reiches hatte Deutschland eine Säuglingssterblichkeit von 351 046 gleich 17,6 Prom. im Jahre 1907 und 359 022 gleich 17,8 Prom. im Jahre 1908.

Die hohe Säuglingssterblichkeit raubt Hunderttausenden von

Müttern ihres Stiefkinds und damit alles Mutterglück. Durch sie wird die Gesellschaft um zahllose zukünftige Arbeitskräfte betrogen. Im Interesse der einzelnen Mütter und der gesamten Gesellschaft ist deshalb ein durchgreifender Mutter- und Säuglingschutz zu fordern und zu erzwingen. Kapitalistische Interessen der herrschenden Klassen verhindern bisher seine Durchführung. Diese Tatsache wird erwieben durch einen Blick auf die Verhandlungen und Beschlüsse der Reichsversicherungsordnung. Trotz sachgemäher, mahnender und überzeugender Begründung seitens der sozialdemokratischen Abgeordneten wurden von der Reichstagsmehrheit die Forderungen abgelehnt, deren Durchführung in hohem Maße Leben und Gesundheit der Mütter und Säuglinge geschützt hätte.

Von den Vertretern der Sozialdemokratie wurde gefordert: Obligatorische Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung zu gewähren für je 8 Wochen in der Höhe des durchschnittlichen Tagelohnes für Arbeiterinnen, ein Stützgeld zu gewähren für 20 Wochen in der Höhe des Krankengeldes, ferner das Obligatorium der freien Hebammen- und ärztlichen Hilfestellung für Schwangere und Wöchnerinnen einzuführen.

Doch dies alles wurde von der bürgerlichen Reichstagsmehrheit kalten Blutes niedergestimmt. Das einzige, was an obligatorischem Säuglings- und Mutterchutz beschlossen wurde, ist eine Wöchnerinnenunterstützung für acht Wochen — in den Landfrankenländern vier Wochen — in der Höhe des Krankengeldes für die weiblichen Mitglieder, die mindestens sechs Monate der Klasse angehören. Von dieser Unterstützung kann der Betrag für zwei Wochen vor der Entbindung als Schwangerenunterstützung gegeben werden.

Wohl selten ist den Frauen Mangel und eindringlicher demonstriert wie wichtig und notwendig der Besitz des Wahlrechts und der Einfluß auf die Gesetzgebung ist, als bei dieser Gelegenheit. Wo es sich um ihre ureigensten Interessen handelte, die zusammenhängen mit dem Gesamtinteresse der Gesellschaft, da mußten sie talentlos beiseite stehen, da durften sie nicht mitreden, durften nicht von all ihren Qualen und Schmerzen erzählen, die sie als Mutter erduldet, da wagt es ihnen verwehrt, mit dem Hinweis auf die hohe soziale Bedeutung der Mutterschaft einen Schutz der Mütter zu erzwingen.

Erinnert Euch an diese empörende Tatsache, Ihr Frauen, und demonstriert für das Frauenwahlrecht!

Gerichts-Zeitung.

Eine Bahnhofszeitung.

die sich auf Station Kummelsburg-Ost abgespielt hatte, beschäftigte das Amtsgericht Kötterberg. Am 3. September v. J., abends vor 11 Uhr, war es dort zwischen Eisenbahnbeamten und Zivilpersonen zu einem heftigen Konflikt gekommen, wobei einige Zivilpersonen verletzt wurden. Drei Beiliegte, ein Eisenrechner Welsand, ein Schlosser Otto, ein Müller Wuttke, saßen gestern auf der Anklagebank. Sie wurden beschuldigt des Widerstands, des tätlichen Angriffs, der Körperverletzung, der Beleidigung.

Die Angeklagten verweigerten, jener fälschliche Austritt sei nur durch schroffes Vorgehen der Beamten herbeigeführt worden. Welsand hatte, mit einer größeren Gesellschaft auf dem Bahnhof verweilend, vom Bahnsteig aus noch mit einer Person sprechen wollen, die außerhalb der Sperre geblieben war. Das sei ihm, gab er vor Gericht an, vom Schaffner Kasimir untersagt worden mit den Worten: „Scheren Sie sich hier fort!“ Kasimir habe ihm auch in dem sich anknüpfenden Wortwechsel sogleich mit der Coupergange einen Stoß ins Gesicht gegeben, so daß er, Welsand, in der Gegend des Auges eine blutende Wunde erlitt. Der hinzugekommene Stationsassistent Peter habe auf Welsands Bitte, ihm die Personalien des Beamten zu geben, scharf ablehnend geantwortet. Auf dem Wege zum Stationsbureau habe dann Peter ihn geschäftigt und habe, als Welsand sich das verbot, mit der Laterne auf ihn eingeschlagen. Welsand habe sich gewehrt, aber jetzt seien drei oder vier Beamte zugesprungen, und man habe dann eingeschlagen, bis er blutete. Ähnlich gab der Angeklagte Otto an, daß auch auf ihn, der in Welsands Begleitung war, eingeschlagen worden sei, so daß er sich wehren mußte. Der Angeklagte Wuttke, der gar nicht zur Gesellschaft gehörte, war nur zufällig in den Tumult hineingeraten. Er habe, sagte er vor Gericht, eins auf den Hut bekommen, so daß „gleich der Chaupenauque fertig war“. Im Stationsbureau, wo er sich beschwerten wollte, habe er Welsand blutig vorgefunden. Als er, Wuttke, den Assistenten Peter zur Hilfe stellte, habe dieser auch ihm mit der Laterne einen Stoß über den Kopf gegeben, so daß eine blutende Stirnwunde entstand.

Für die Beweiserhebung war von der Anklagebehörde wie von der Verteidigung, die in den Händen der Rechtsanwältin Karl Liebnecht und Richter lag, eine große Zahl Zeugen aufgeboden worden. Es kam aber zu einer Verjagung der Sache, nachdem die Vernehmung schon der ersten paar Zeugen große Widersprüche ergeben hatte. Schaffner Kasimir bestritt, mit der Jange geschlagen zu haben. Vor dem Hinzukommen Peters sei außer dem Wortwechsel mit Welsand noch gar nichts passiert. Peter sei dann bedroht worden, und nachher habe auch Kasimir, der ihm beistehen wollte, einen Stoß über den Kopf erhalten. Assistent Peter bestritt, nichts davon zu wissen, daß Welsand von ihm die Personalien eines Beamten gefordert habe. Er selber habe Welsand festhalten wollen, sei dabei angegriffen worden und habe sich gewehrt. Daß er Wuttke über den Kopf geschlagen habe, sei nicht wahr. Demgegenüber bestritt ein Zeuge Kossisch, er habe mitangehört, wie Welsand den Assistenten Peter ersuchte, einen Beamten festzusetzen, der ihn angegriffen habe. Zeuge selber habe den Assistenten, um zu beschwichtigen, darauf aufmerksam gemacht, daß Welsand angegriffen sei. Da habe Peter ihn angegriffen: „Gehen Sie mir vom Leide und lassen Sie mich in Ruhe!“ Als Peter mit Welsand zum Bureau ging, habe Zeuge, zurückbleibend, plötzlich einen heftigen Schlag und ein Gefäß von Glas gehört, das anscheinend von einem Schlag mit der Laterne herrührte.

Dem Tumult im Bureau war durch ein paar herbeigeholte Schulkente ein Ende gemacht worden. Das Gericht hielt es für nötig, diese zu laden und darüber zu vernehmen, welche Situation sie bei ihrem Eintreffen voranden. Daher mußte verurteilt werden.

Ein Arbeiter-Radfahrerverein als politischer Verein.

Der Tischler Karraz als Vorsitzender des Berliner Arbeiter-Radfahrervereins war vom Polizeipräsidenten ausverfordert worden, gemäß § 3 des Vereinsgesetzes die Statuten des Vereins und ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder einzureichen, weil der Verein, ein Mitglied des Arbeiter-Radfahrerbundes „Solidarität“, auf politische Angelegenheiten einzuwirken bezwecke.

Der Oberpräsident verwarf die gegen die Verfügung gerichtete Beschwerde und machte u. a. geltend: Aus verschiedenen Tatsachen geht hervor, daß der Berliner Verein, ebenso wie der Bund, ein politischer Verein sei. So zum Beispiel aus einer Festschrift des Herrn Wendel, die auf einer Bundesversammlung in Frankfurt a. M. gehalten worden und im Bundesorgan, dem „Arbeiterradfahrer“, veröffentlicht worden sei. Darin sei gesagt, daß die Arbeiterradfahrer auf ihren städtischen Rassen die Hirsaren des Klassenkampfes seien, und daß eine der Pflichten der Arbeiterradfahrer nicht zum mindesten die politische Auffklärung sei; die Hauptaufgabe wäre und bliebe die Pflege der politischen Agitation im Sinne der Sozialdemokratie. Zu berücksichtigen wäre auch, so fährt der Oberpräsident weiter aus, der zum Teil in sozialdemokratischen Sinne politisch gerichtete Inhalt des „Arbeiterradfahrer“, dem jedem Mitgliede gelieferten Bundesorgan, der sich aus Briefartikeln usw. ergebe. Ferner spreche noch manches andere für den politischen Charakter speziell des Berliner Vereins.

Karraz legte beim Oberverwaltungsgericht. In der Klageerwidlung berief sich der Oberpräsident zum Beweise seiner Behauptungen auf die Polizeigebühren, die er dem Gericht unterbreite und worin sich Mittelungsblätter des Verbandes der sozialdemokratischen Vereine Groß-Berlins, Ausschüsse aus dem „Vorwärts“,

*) Mutter- und Säuglingschutz von L. Zitz.

Jahresberichte des Berliner Arbeiter-Radfahrer-Vereins und anderen mehr bebanden.

In der Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht am 18. April vertrat Rechtsanwalt Dr. Karl Liebsch den Kläger. Er legte eingehend dar, es könne keine Rede davon sein, daß der Verein „bezwecke“, auf politische Angelegenheiten einzuwirken.

Das Oberverwaltungsgericht wies aber die Klage ab und führte aus: Das Verhältnis des Berliner Arbeiter-Radfahrer-Vereins zum Bunde könne hier ganz ausfallen, da aus den Materialien hervorgehe, daß sich der Berliner Verein hauptsächlich in den Dienst der sozialdemokratischen Partei, einer politischen Partei, stellt habe.

Unterstellungen bei einer Ortskrankenkasse.

Vor der Strafkammer in Köln a. Rh. stand der stellvertretende Rentner der Ortskrankenkasse Köln-Rippes unter der Anklage, 1300 M. unterschlagen zu haben.

Verfammlungen.

Die Vertrauensmänner des Holzarbeiterverbandes nahmen am Mittwoch in einer vollständig besuchten Versammlung Stellung zur Raiffeiser. Glöde gab in seinem Referat einen Überblick über die Entstehung und Bedeutung der Raiffeiser und führte dann aus: Die Aufgabe der aus Partei- und Gewerkschaftsmitteln bestehenden Raiffeiserkommission besteht nicht nur in der Regelung der Beitragsfrage, sondern in der Hauptsache soll sie dahin wirken, daß die Arbeitsruhe eine möglichst allgemeine wird.

Die Debatte wurde folgende Resolution angenommen: Die Vertrauensmännerversammlung der Berliner Holzarbeiter erklärt, daß nur durch strikte Arbeitsruhe der erste Mai würdig gefeiert werden kann.

Bericht der Gut- und Holzwarenarbeiter und Arbeiterinnen, Ortsverwaltung Berlin. In einer Mitgliederversammlung, die am Mittwochabend bei Wille, Sedantstraße, stattfand, hielt der Arbeiterfreund Prückner einen Vortrag über die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung, der sehr beifällig aufgenommen wurde.

Deutscher Kürschnerverband. In der Generalversammlung der Filiale Berlin des Kürschnerverbandes am Mittwoch in den Postfässen, fand als erster Punkt die Abrechnung vom ersten Quartal 1912 auf der Tagesordnung. Sie lag den Mitgliedern vorwiegend vor und schließt mit der Bilanzsumme von 17.900,55 M. ab.

Kranke 374,65 M., an 250 Frauen 45,80 M. ausgegeben. Für Streifenunterstützung wurden aus der Lokalfasse noch weitere 014,40 M. ausgegeben. Mitglieder hatte die Filiale am Quartalschluß 788 weibliche und 527 männliche.

Aus aller Welt.

Schweres Baumglück in Hannover.

Auf dem Hauptbahnhof in Hannover hat sich am Donnerstagmorgen ein schweres Baumglück zugetragen, bei dem zwei Arbeiter getötet und fünf schwer verletzt wurden. Die Fallendecke des Bahnhofes wird mit einem neuen Anstrich versehen, zu welchem Zwecke ein großes Gängegerüst errichtet war.

Aus einer kleinen Garnison.

Zwischen zwei Angehörigen der Klasse mit dem besonders fein ausgebildeten Ehrbegriff hat gestern eine Duellrauferei stattgefunden, wobei einer der Duellanten durch einen Schuß in den Unterleib schwer verwundet wurde.

Kleinstaatstürjosa.

Vom „Segen der Doppelherrschafft“ wird in Rudolfsdorf ein Geschichtchen erzählt, das ein Bewohner von Unterwischach, einem halb zu Weiningen, halb zu Rudolfsdorf gehörenden Dorfe, tatsächlich erlebt hat.

Weitere Ausdehnung der Mississippi-Überschwemmung.

Wie ein Telegramm aus Memphis meldet, hat sich durch einen Bruch des Schuttdammes des Mississippi unterhalb von Kosjedaie und eines anderen am Arkanasfluß die Zahl der durch die Überschwemmungen in Misleidenschaft Gezogenen um 25000 Menschen vermehrt.

Kleine Notizen.

Kraußüberfall. Wie der „Köln. Zeitung“ aus Dillig gemeldet wird, überfielen dort zwei holländische Arbeiter einen Schleifer, raubten ihm die Burschenschaft von 20 M. und brachten ihm schwere Kopfverletzungen bei, an denen der Verletzte im Krankenhaus gestorben ist.

Die Braut ermordet. In der vergangenen Nacht wurde in Köln ein Mann aus dem Rhein gegogen, von Unbekannten ins Wasser gestoßen worden zu sein. Es handelt sich um den zwanzigjährigen Monteur A. Bels. Nachforschungen ergaben, daß die Braut des Bels seit 14 Tagen verschwunden ist.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 20. Heft des 20. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ein Ehrentrag. Die neuen Scherzreden. Von Paul Leisch. — Paul Drouse und der Postdiktator. Von Ch. Rappaport (Paris). — Die Kreditkassendruckerei in Deutschland. Von Speltator. — Die Streikpolitik im Ruhrgebiet. Von Paul Wolf (Wodum). — Berichtung und Ergänzung. Von A. Bebel.

Robert Seidel. — Fromme Wünsche des Zentrums. — Politische Welt. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf. Grobnummern sind jederzeit durch den Verlag J. G. B. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolportageur zu beziehen.

Geschäftsbericht 1911 der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handwerker und Apotheker zu Berlin. 63 S. — Unsere Wohnungsanfrage 1911. Von derselben Kasse. Bearbeitet von A. Kohn. 41 S. Selbstverlag der Kasse, Berlin, Klosterstraße 71/72.

Die Ortsnamen in Preußen. Von Dr. R. Kleinpaul. (Sammlung Göttingen) 80 Pf. G. J. Göttingen, Leipzig.

Verzeichnis der Provinz Brandenburg. 30 Pf. D. C. C. Leipzig.

Die Wunder der Natur. 1. Lieferung. Erscheint in 65 Lieferungen a 60 Pf. Bong u. Co., Berlin W. 67.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau. Table with columns for location, date, and water level.

Witterungsüberblick vom 18. April 1912.

Table showing weather overview for various stations including temperature, wind, and precipitation.

Wetterprognose für Freitag, den 19. April 1912.

Trotz der ziemlich heißen stlichen Stunden mit vorübergehender Zunahme der Bewölkung; nachts wieder kühl, am Tage wärmer.

Todes-Anzeigen.

Am Dienstag, den 16. April, verstarb mein lieber Mann, unser guter Vater, der Vater

Ernst Helbig.

Pauline Helbig geb. Warner nebst Kindern, Ambener Str. 55. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. April, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in Fiedelschloß aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Am 18. April verstarb unser Genosse, der Vater

Ernst Helbig.

Umdener Straße 66. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. April, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in Fiedelschloß aus statt.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Sektion der Putzer. Unseren sowie den Mitgliedern des Sektionsvereins der Putzer hiermit zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied

Ernst Helbig.

(Bezirk Moabit) am 16. April im Alter von 50 Jahren gestorben ist. Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 20. April, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in Fiedelschloß aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Werkzeugmacher

Rudolf Albrecht.

am 16. d. Mts. an Herzschlag gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. April, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in Fiedelschloß aus statt.

Danksagung.

Für die heldenmütige Beteiligung bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes Anton logen wir allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank.

Deutscher Bauarbeiter-Verband (Zweigverein Berlin). Am 17. April verstarb unser Mitglied, der Vater Reinhard Radmer (Bezirk Oranienburger Vorstadt). Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. April, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in Fiedelschloß aus statt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. April, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in Fiedelschloß aus statt.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Filiale Groß-Berlin. Durch den Tod ist unser Kollege Wilhelm Semmler (Sektion Engl. Gassenhallen) entfallen worden.

Danksagung. Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme sowie herrlichen Blumenpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sprechen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Kollegen der D. G. B., Mitteilung G. P. 1, Raiser Bräde und dem Deutschen Metallarbeiterverband unseren herzlichsten Dank aus.

Danksagung. Anlässlich des Hinscheidens meines geliebten Mannes, unseres guten Vaters, des Formers August Heynacker sind uns unendlich viele herzliche, wohlwollende Beweise aufrichtigster Teilnahme und einer überaus großen Anzahl herrlicher Kranzpenden zugegangen, die es uns unendlich ist, jedem einzeln zu danken und sprechen wir deshalb auf diesem Wege allen lieben Freunden und Bekannten, insbesondere dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, den Kollegen und Leuten der Firma H. G. Behauer, der Firma H. G. Behauer und den Bewohnern des Hauses Gassenhallen 56, unseren herzlichsten Dank aus.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbureau: Amt Nord, Nr. 1230. Charlottenstraße 3. Amt Nord, Nr. 1987

Sonntag, den 21. April 1912, vormittags 10 Uhr, in den Arminhallen (gr. Saal), Kommandantenstr. 58/59:

Branchen-Versammlung aller in den Eisenkonstruktions-Werkstätten beschäft. Arbeiter.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Adolf Cohen über „Die Entwicklung der Grobheisen-Industrie und die Arbeiterbewegung“. 2. Ist die Vereinbarung von 1911 reformbedürftig? 3. Verschiedenes.
Kollegen! Die Versammlung wird sich mit wichtigen Angelegenheiten beschäftigen; darum ist es dringend nötig, daß jeder erscheint.

Sonntag, den 21. April, vormittags präzis 9 1/2 Uhr, in den Musiker-Festsaal, Kaiser-Wilhelmstr. 18m:

Branchen-Versammlung der Eisen-, Metall- u. Revolverdreher sowie Rundschleifer.

Tagesordnung:
1. Branchenbericht und Diskussion. 2. Neuwahl der Branchenkommission. Die Anwesenheit aller Kollegen ist notwendig.

Sonntag, den 21. April 1912, vormittags 10 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

Versammlung aller in der Schraubenbranche beschäftigten Werkzeugmacher.

Tagesordnung:
1. Können wir mit den gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsbedingungen zufrieden sein? 2. Diskussion.
Kollegen! Es ist Ihre Pflicht, für einen guten und zahlreichen Besuch dieser Versammlung zu sorgen.
115/14 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel- ufer 14/15, Saal 4 (Arbeitslosen-Saal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Montag, den 22. April, abends von 5 bis 8 Uhr:

Wahl der Delegierten zum Verbandstage.

Die Wahllokale werden am Sonntag bekannt gegeben.

Modell- u. Fabriktschler.

Sonntag, den 21. April:
Besuch der Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt.
Treffpunkt: Charlottenburg, Rosinenstr. 3 (Volkshaus), vorm. 11 1/2 Uhr.

Sargtschler.

Sonntag, den 21. April, nachmittags 4 Uhr, im Lokal von Siegel, Große Frankfurter Str. 30:

Versammlung

Tagesordnung: „Haben die Arbeiter ein Vaterland?“ Ref.: Genossin Frieda Wulff.
Nacher: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.
52/6 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 21. April, vormitt. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel- ufer 15, Saal 1:

Versammlung der Dachdecker und Hilfsarbeiter.

Tagesordnung:
1. Branchenbericht vom 1. Quartal 1912. 2. Bericht vom Montag. 3. Wahl der Mitglieder zum Gewerkschaftstag. 4. Verhandlungsangelegenheiten. 5. Beschlüsse und pünktliches Erscheinen der Mitglieder erwartet.
Der Vorstand.
61/8

Möbel-Cohn

58 Gr. Frankfurter Str. 58
unweit der Kaiserstraße.

Möbel auf Kredit

Riesen-Auswahl
Anzahlungen auf Stube und Küche:
Mark 15 bis 25 30 bis 45 50 bis 70 75 bis 160
Moderne
Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer
jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an.
Einzelne Möbelstücke Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.
Liefere auch auswärts, Abzahlung wöchentlich, monatlich, resp. nach Ueberreinkunft.
Vorzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.
Sonntags 12 bis 2 Uhr geöffnet.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den

Ausstellung von Gesellenstücken

(Prüfungsarbeiten)
veranstaltet vom Innungsausschusse d. vereinigten Innungen zu Berlin

im großen Saale und den Nebenräumen des Handwerkskammergebäudes
Teltower Str. 1-4 (Ecke Bellealliancestraße)

vom 17. bis 23. April cr.

Geöffnet von 10 Uhr vorm. bis 8 Uhr abends.
Eintrittspreis 25 Pf. 289/18*

Unterstützungs-Vereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

In der Versammlung der Mitgliedschaft erhielten bei der Delegiertenwahl Stimmen: Stadthagen 173, Werner 168, Eichhorn 166, Ritter 162, John 162, Wels 156, Döring 153, Wöste 150, Umbreit 146, Wenzel 137, Krätzig 124, Lehmann 115, Bruns 114, Eißler 103. Abgegeben sind 265 Stimmzettel; getötelt sind somit die ersten 10 Mitglieder.

Die Mitglieder Krätzig, Lehmann, Bruns und Eißler stehen zur Wahl, die am Montag, den 22. d. Mts., stattfindet.

Die Stimmzettel sind von 8-10 Uhr abends im Bureau der Gewerkschaftskommission abzugeben. Der Stimmzettel darf nicht mehr als zwei Namen enthalten. 289/17

Blendax

Mit dem Scheuermännchen

Scheuert · Reinigt · Putzt
Alles
Blitzblank

Pakete zu 10 u. 20 Pfg.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.



Los nur 50 Pfg.
Ziehung 23. April 1912
Grosser Pferde-Lotterie
3243 Gewinne I. W. v. zsm. M.
70000
Gewinne II. Pferde, 1 Kavalieren M.
50000
Gewinne III. Silberwaren Mark:
20000
Hauptgewinn W. Mark:
10000
Lose 50 Pf. 11 Lose spr. 5 M. ausverkauft. Tausend
Parte und Liste 25 Pf. extra durch das General-Debit
N. C. Kröger
BERLIN W. 8, Friedrichstr. 193a
sowie alle durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.
Telegr.-Adr.: „Goldquelle“

Nathan Wand

129 Stallter Str. 129.
Die schönsten Herren-Sommerpaletots u. Ulsier und Anzüge in neuem Schnitt sowie leichte, erfrischende, auf Seide gearbeitete Garbentücher, von 214 L. Kavalieren getragen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauart ausgeführt sind in großer Auswahl stets zu hässend billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Stallter Str. 129.
Hochbahnhofsstation Köpenicker Tor.
Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.

Damenhüte.

Wegen Aufgabe der Fabrikation großer Raumungsverkauf in billigsten und ungarnterten Hüten zu jedem annehmbaren Preis. Modellhaus Nigge, Brückenstr. 7, Elsterbahnhof Jannowitzbrücke. 182/5

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker, jeder praktisch Mann

der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei Kohlen & Jöring, Größtes Spezialhaus für Arbeits- u. Berufskleidung
Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 — Landsberger Allee 148 — Neukölln: Bergstr. 66
Nähe Alexanderplatz. Ecke Weinmeisterstraße. am Fiedrichshain.
Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Nachart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

Inseratenteil verantw.: 24 Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Gail Singer u. Co., Berlin SW.

Berliner Spar- und Bauverein

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Sonntag, den 28. April 1912, vormittags 9 Uhr, in den Sophien-Sälen, C. Sophienstr. 17/18:

Zwanzigste ordentliche General-Versammlung

Tagesordnung:
1. Erhaltung des Geschäftsberichtes unter Vorlegung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1911. 2. Bericht der Revisionskommission. 3. Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz und die Verteilung des Gewinnes. 4. Beschlußfassung über den Bericht des Vorstandes über die am 11. Februar cr. vorgenommene Revision. 5. Neuwahl zum Aufsichtsrat. 6. Beschlußfassung über den Gesamtertrag, welchen Anleihen der Genossenschaft und Sparanlagen bei für nicht überlegen sollen. 7. Beschlußfassung über die Ausschließung von säumigen Genossen.
Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1911 sind in der Geschäftsstelle, Säligenstraße 8, einzusehen. 104/7

Der Vorstand:
1. Schmidt. Ernst Reichert.

Gemeinsame Orts-Krankenkasse f. Zehlendorf u. Umg.

Zu einer Ordentl. General-Versammlung am Montag, den 29. April cr., nachmittags 6 1/2 Uhr, im Restaurant d. Herrn Julius Reutsch, hier selbst, Rahnower Str. 2, werden die Herren Vertreter hierdurch eingeladen.

Tagesordnung:
1. Ergänzungsmahl eines Arbeitnehmervertreters in den Vorstand. 2. Wählung d. Jahresrechnung f. 1911. 3. Feststellung der Vergütungen für die Kassenbeamten. 4. Erweiterung der Befugnisse des Kassendirektors gemäß § 60 des Statuts. 5. Nachträgliche Beschlußfassung über den Beitritt der Kasse zu der Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte. 6. Geschäftliche Mitteilungen.
Zehlendorf, den 16. April 1912.
Der Vorstand:
Joh. Krokator, Vorsitzender.

Kranken-Unterstützungs- und Begräbnisverein für San- u. gewerbliche Arbeiter Berlins und Umgegend.

Die General-Versammlung findet am Sonntag, den 21. April, vormittags 10 Uhr, im Lokal des Kollegen Bercht, Ritterstraße 75, statt.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1912. 2. Bericht der Revisoren. 3. Bericht über die Angelegenheiten und Verschiedenes.
Arbeiter jeden Berufs, welche das 16. Jahr erreicht und das 50. nicht überschritten haben, werden in der Versammlung vom Kassendirektor Schulz aufgenommen.
Die Mitglieder sind verpflichtet, zahlreich zu erscheinen. 37/8

Der Vorstand:
J. A. Gadegast, Vorsitzender, Goldener Str. 76.

Orts-Krankenkasse für das Goldschmiedegewerbe zu Berlin.

Einladung!
Am Sonntag, den 27. April 1912, abends 8 1/2 Uhr, findet die Ordentliche General-Versammlung sämtlicher Delegierten im Gewerkschaftshaus, Engel- ufer 15, Saal 5, statt.

Tagesordnung:
1. Verlesung des Protokolls. 2. Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1911. 3. Bericht der Revisoren. 4. Auswählung der Zentralisation der Ortskrankenkassen Berlins. 5. Verschiedenes. 273/16

Der Vorstand:
J. A. Otto Altmeyer, Vorsitzender, Langenbedstr. 4 IV.
Die Einladungsliste legitimiert zum Eintritt.

Orts-Krankenkasse der Lackierer.

Sonntag, den 28. April 1912, vormittags 10 Uhr:
General-Versammlung im Restaurant „Andreas-Garten“, Andreasstraße 26.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht 1911. 12185
2. Bericht der Revisoren.
3. Bericht über die Angelegenheiten. Um zahlreiches Erscheinen ersucht.
Der Vorstand:
Robert Hindler, Vorsitzender.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.

Ortsgruppe Berlin.
Touren zum Sonntag, den 21. April:
1. Abt.: 6 Uhr: Liebenwalde. 1 Uhr: Rindmühle. Start: Säulenstraße 58.
2. Abt.: 6 Uhr: Streifzüge durch den Strausberger Wald (Landsbau). 12 1/2 Uhr: Landsdorf (Zum Deutschen Hause). Start: Schönleinstr. 6.
3. Abt.: 7 Uhr: Woltersdorf (Dampfbad). 12 1/2 Uhr: Pichtenau (Gesellschaftshaus). Start: Kaufmännischer Platz 12.
4. Abt.: 8 Uhr: Ecker (Degebrodt). 1 1/2 Uhr: Adershof (Wolke). Start: Kästner Weg.
5. Abt.: 1 Uhr: Eichwalde. Start: Eichen.
6. Abt.: 7 Uhr: Kranenburg. 1 1/2 Uhr: Glente a. d. Nordbahn (Altermann). Start: Oberberger Straße 28.
7. Abt.: 7 Uhr: Kallberg-Räbersdorf (Heinrichstr. 19). 1 Uhr: Rahnsdorfer Mühle (Klemm). Start: Schullstr. 29.
8. Abt.: 6 Uhr: Rudowtalde (Feldstraße 1). 1 Uhr: Rommes (Singer). Start: Pechowstr. 21.
9. Abt.: 1 1/2 Uhr: Birkenwäldchen. Start: Schillingstr. 22.
11. Abt.: Am 21., 9 Uhr: Pechowtalde. Start: Gr. Hamburger Str. 18/19. 11/4

Reinickendorf.

1. Abt.: 10 Uhr: Schönwalde. Start: Schillingstr. 1.
2. Abt.: 1 Uhr: Stolpe. Start: Amendestraße.

Zum 1. Mal! Rote Nelken 50 u. 90 Pf.

Muster zu Diensten. 3000 garant. echte Straußfedern, 10-15 cm breit, 40 cm lg. 1.-, 42 cm lg. 2.-, 45 cm lg. 3.-, 50 cm lg. 4.-, 18 cm br. 9.- u. 8.-, 20 cm br. 10.-
Illustr. Probaliste. Hermann Henze, Dresden, Scheffelstr. 10/12

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz 10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 3-4

Auch Teilzahlung! Nur mit Möbel-Misch

Gr. Frankfurter Str. 45/46

Zigarren-W. Herbst

Fabriken geg. 1862. Tel.: Moritzplatz 3873. BERLIN SW., Ritterstr. 83
Erstklassige Ware. Zigarrenhändlern besonders empfohlen.
Tarifarbeit.

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstr. 69, Laden
Wichtig für jeden preussischen Steuerzahler Führer durch das preussische Einkommensteuergesetz Vom Arbeitersekretär Rud. Wissell mit 19 Formularen für Reklamationen Preis 30 Pf.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Heute, abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung. Kein Genosse darf fehlen. Der Vorstand.

Steglitz-Friedenau. Am Sonntag, den 21. April, findet ein Besuch der Trepower Sternwarte (Vortrag und Besichtigung des astronomischen Museums) statt. Die Besichtigung beginnt pünktlich nachmittags 6 1/2 Uhr. Die gemeinschaftliche Einfahrt erfolgt mit der Wannesebahn und Sädning. Abfahrt von Steglitz um 5 Uhr. Besichtigungsorten sind auf der Einfahrt und am Eingange zur Sternwarte zu dem ermäßigten Preise von 50 Pf. zu haben. Der Bildungsausschuss.

Adlershof. Heute abend 7 1/2 Uhr, vom Jugendheim, Bismarckstraße 11 aus: Wichtige Flugblattverbreitung. Der Vorstand.

Dabendorfer bei Jossen. Am Sonnabend, den 20. d. M., abends 9 Uhr, bei Wiese: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht von der Kreis- und der Verbandsgeneralsammlung, Wahl von zwei Referenten, Raiffeisen, Bericht von der Gemeindevorstellung und Verschiedenes. Der Vorstand.

Erker-Wollersdorf. Am Sonnabend, den 20. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Radtsch in Wollersdorf: Generalversammlung des Wahlvereins. Es ist eine wichtige Tagesordnung zu erwarten. Die Bezirksleitung.

Stanken. Sonnabend, den 20. April, abends 9 1/2 Uhr, in Gnädigs Gasthof: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Kassenbericht, Vortrag des Genossen Schubert-Spandau. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Einen Aufruf zur Schonung der Pflanzenwelt

hat das Provinzialkomitee für Naturdenkmalspflege erlassen. Verodet doch in der Umgebung der Städte die Pflanzenwelt immer mehr; verschwinden doch seltene, durch große Blüten ausgezeichnete Pflanzen allmählich ganz durch den Fortschrittsdrang der Großstädter! Ernst und eindringlich mahnt der Aufruf: Schone die Pflanzen, schone vor allem die Frühlingsblumen! Brichst Du Blumen, sei bescheiden, nimm nicht gar so viele fort! Ein Sträußchen am Hut ziert den Wanderer, ein Kniebusch kennzeichnet den rücksichtslosen Plünderer. Schreide Blumen und Zweige stets vorsichtig mit einem scharfen Messer ab; die übriggebliebenen Teile entwickeln sich dann weiter! Niemals Pflanzen mit den Wurzeln ausgraben, keine Zweige von den Bäumen abreißen, sondern behutsam abschneiden, nicht die Rinden der Bäume als Stammbuch benutzen!

Vom „Segen“ der Brot schaffenden Kinderarbeit

erzählen immer wieder gewisse „Volksgenossen“. Immer wieder haben sie mit Eifer hervor, von wie hohem Wert in wirtschaftlicher und auch in erzieherischer Hinsicht es sei, daß Kinder schon im schulpflichtigen Alter durch erwerbende Tätigkeit das Jährige zur Befreiung der Unterhaltskosten der Familie beitragen. Wer die Erwerbsarbeit der Kinder von diesem, wie man so gern sagt, „sittlichen“ Standpunkt aus betrachtet, der kann leicht dazu gelangen, selbst bei den ärgsten Mißbräuchen der Kinderausnutzung noch einen „Gewinn“ nicht nur für die Familien der ums Brot arbeitenden Kinder, sondern auch für diese Kinder selber zu sehen. Solche Leute werden dann vielleicht ihre Freude auch an einer von Kindern ausgeübten Erwerbsarbeit haben, wie man sie jetzt auf dem Artillerie-Schießplatz bei Tegel beobachtet kann.

Auf dem Schießplatz ist ein Berg von Müll aufgeschüttelt worden, der seit langem auf der Abladestelle an der Müllstraße gelagert hatte, aber dort endlich weggeräumt werden mußte, weil das Terrain der Bebauung erschlossen werden sollte. Die Militärverwaltung hat gewiß nicht aus Gefälligkeit gegen die Stadt Berlin oder gegen den die Freilegung jener Abladestelle ausführenden Unternehmer ihren Schießplatz dazu hergegeben, die gewaltige Masse des hierher transportierten Mülls neu aufzuschütten, vielmehr ist anzunehmen, daß sie den dabei entstandenen, ziemlich umfangreichen Hügel zu Übungszwecken bestimmt hat. Der Müllhügel enthält nun aber mancherlei Abfälle aller Art, wie man sie eben mit dem Hausmüll megiert, darunter auch zahlreiche Scherben von Porzellan und Glas, deren Besichtigung der Militärverwaltung erwünscht sein muß. Für den Unternehmer, der diese Arbeit besorgt, werden bei ihrer Ausführung nicht Erwachsene beschäftigt, sondern Halbwüchsige und vor allem Kinder.

Tag für Tag wandern, so oft das Wetter günstig ist, nach der Mittagstunde zahlreiche Kinder zum Schießplatz, melden sich bei einem hier stationierten Kuffeher, der wohl ein Angestellter des Unternehmens ist, und werden dann in die Kolonne der Arbeitenden eingereiht. Jeweilen übersteigt die Zahl der gleichzeitig Arbeitenden die 50, wovon — dem Ansehen nach zu urteilen — die meisten noch schulpflichtig und manche noch keine 12 Jahre alt sind. Gearbeitet wird unter Leitung des Kuffeher's in der Regel von 1—8 Uhr, und zwar ohne bestimmte Ruhepause. Die Kinder kauern auf dem Müllhügel, buddeln teils mit Stöckchen, zum größeren Teil mit den Händen aus der oberen Müllschicht die Scherben heraus und sammeln sie in mitgebrachten alten Eimern, Töpfen, Körben, um sie abseits aufzuschütten. Der Anblick der bei einander hockenden, in dem Müll wühlenden Kinder ist so fessam, daß man zunächst seinen Augen nicht traut. Die Hände der Kinder parken von Schmutz, und manches Kind fährt mit seinen Händen sich auch ins Gesicht und hinterläßt auf ihm Spuren des Schmutzes, in dem es gewühlt hat. Für diese unappetitliche, keineswegs mühsame und sicherlich nicht gesundheitsfördernde Arbeit wird den Kindern ein Lohn von 15 Pf. pro Stunde, von 75 Pf. pro fünfständigen Halbtage gezahlt. Das ist allerdings ein Lohn, so erbärmlich, daß dem Unternehmer kein Erwachsener dafür arbeiten könnte.

Sind diese Dinge, die wir als empörend empfinden, den in Frage kommenden Behörden bekannt? Was sagt dazu die Militärverwaltung, auf deren Schießplatz solche Arbeiten durch Kinder ausgeführt werden? Wie denken darüber die Polizeibehörden der Gemeinden, aus denen täglich Kinder nach dem Müllhügel wandern, um Scherben auszubuddeln? Und was werden gegen die geschickte Beschäftigung schulpflichtiger Kinder die Schulbehörden tun, die von der fünfständigen Scherbenbuddelerei doch sicherlich eine Förderung des Unterrichtserfolges erwarten können? Was sagt uns, es seien sogar durch ein an Jähnen angeheftetes Plakat öffentlich „Kinder zum Scherben sammeln auf dem Schießplatz verlangt“ worden. Da müssen wir uns allerdings wundern, daß nicht sofort Schritte getan worden sind, diese Beschäftigung der Kinder zu verhindern.

Die Eltern, die ihre Kinder zur Ausnutzung ihrer Arbeitskraft hergeben, haben sich wohl noch nie ausgerechnet, was dabei der Unternehmer profitiert. Sicher ist, daß bei der Scherbenbuddelerei die Kinder nicht langsamer als Erwachsene arbeiten; eher werden sie noch flinker als diese sein. Der Unternehmer mühte also, um mit Erwachsenen dieselbe Leistung zu erzielen, von ihnen mindestens ebenso viele beschaffigen, wie jetzt

Kinder für ihn arbeiten. Sicherlich würden auch Erwachsene, z. B. arbeitslose Männer, ältere Frauen, auch Arbeitsburchen, in ausreichender Zahl sich für die Arbeit finden lassen, aber dann mühte allerdings ein höherer Lohn gezahlt werden. Können wir an, daß pro Stunde 35 Pf. gezahlt würden, was selbst bei einer Arbeitszeit von zehn Stunden pro Tag erst einen Lohn von 3,50 Mk. ergäbe. Das wäre gewiß keine fürsichtige Entlohnung, aber dem Unternehmer würde dann sofort der Profit sehr fühlbar geschwächt. Durch die Beschäftigung von Kindern werden ihm pro Kopf und Stunde 20 Pf. erspart, das macht bei 50 Kindern 50 mal 20 Pf., sind 10 Mk. pro Stunde 10 Mk., das ergibt für die fünfständige Arbeit jedes Halbtages 50 Mk. Man überlege sich das mal genau: an einem halben Arbeitstage werden dem Unternehmer 50 Mk. dadurch erspart, daß er 50 Kinder 5 Stunden lang in einem Müllhaufen nach Scherben buddeln läßt! Wir wissen nicht, wieviel Wochen oder Monate dazu erforderlich sind, von dem ganzen Müllhügel die Scherben abzujauchen zu lassen. Aber wir dürfen vermuten, daß der Gesamtverbraucher, der durch die den Erwachsenen das Brot wegnehmende Kinderarbeit „erspart“ wird, in die Tausende geht. Man sieht, wenn der „Segen“ zugute kommt, den die kleinen Kinderhände aus dem Dreck herausfischen.

Was sagt über solche Kinderarbeit das Kinderschutzgesetz? Es gestattet fremden Arbeitgebern die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder nach Vollendung des 12. Lebensjahres für täglich 3 Stunden. Nach den Vorschriften dieses unvollkommenen Gesetzes, das die Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder leider nicht ganz unterdrückt, sondern nur einschränken wollte, dürfen wenigstens in gewissen Betrieben schulpflichtige Kinder schon jetzt überhaupt nicht beschäftigt werden. Die Durchwühlung von Müllhaufen wird im Kinderschutzgesetz nicht ausdrücklich unter den verbotenen Beschäftigungen genannt, aber es kann kein Zweifel sein, daß diese Arbeit ebenso gesundheitsgefährlich sein wird, wie z. B. die durch das Kinderschutzgesetz völlig verbotene Beschäftigung in Lumpensortierereien. Sollte sich denn keine Handhabe finden lassen, das Verbot auch auf Müllhaufen auszudehnen? Zur Landwirtschaft, für die leider noch gar kein Kinderschutzgesetz gilt, wird man ja wohl die Durchwühlung eines Müllhaufens nicht zählen wollen.

Ueber die Verwertung des Aufmarschgeländes wurden am Donnerstagabend im Haus- und Grundbesitzerverein des Südens und Südwestens von mehreren Stadtverordneten Mitteilungen gemacht. Danach sind die Pläne für die Erweiterung des Victoria-parks durch das Aufmarschgelände, das jetzt mit Zinsen, Stempel u. s. w. schon annähernd sieben Millionen Mark kostet, geändert worden. Von einer Randbebauung des Geländes soll Abstand genommen werden; nur der Teil an der Dreiecksstraße soll, soweit die Schultzeistraße reicht, in zwei Bauabschnitten, mit Willen bebaut werden. Es sollen danach 2 1/2 Hektar des etwa 7 1/2 Hektar großen Aufmarschgeländes für Bauzwecke benutzt werden. Der Rest soll im Herbst und im nächsten Jahre für Parkanlagen, Spielplätze usw. hergerichtet werden. Von der Anlage einer oder zweier Bahnhöfe im Park soll im Interesse der Besucher abgesehen werden, weder die Pöckern- noch die Großbeerenstraße sollen über das Parkgelände verlängert werden. Auch von der Anlage einer durchgehenden Straße ist Abstand genommen worden. Die Brücken und die „Schlucht“ sollen danach fort.

Unterstützung der Familien der zur Uebung einberufenen Mannschaften. Beim Beginn der diesjährigen Rekrute- und Landwehrlübungen wird erneut darauf hingewiesen, daß die Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften auf Grund des Reichsgesetzes vom 10. Mai 1892 auf Verlangen aus öffentlichen Mitteln Unterstützungen erhalten, sofern dem Einberufenen nicht als Reichs-, Staats- oder Kommunalbeamten sein persönliches Dienstverdienst für die Zeit der Uebung gewährt ist. Der Anspruch erlischt, wenn er nicht binnen 4 Wochen nach Beendigung der Uebung erhoben ist. Er ist zur schnelleren Abwicklung des Angelegenheiten möglichst schon vor der Uebung im Militärbureau, Klosterstraße 68, Eingang Waisenstraße 27, anzumelden. Hierbei sind mitzubringen: Der Stellungsbescheid oder die hierfür durch Vordruck bestimmte abgetrennte linke untere Ecke desselben, die Geburtsurkunde und die Geburtsurkunden der Kinder. Nach beendeter Uebung ist auch der Militärapost mitzubringen. Die Zahlung selbst erfolgt in demselben Bureau frühestens vom dritten Tage nach Beginn der Uebung stets für die Zeit bis Schluß oder 15. des Monats. Diejenigen, die ihre Ansprüche vor der Uebung angemeldet haben, können auf eine schnellere Abfertigung bei der Zahlung rechnen.

Die Deffnung des städtischen Schlachthofes für Rinderschlächter um 3 Uhr statt um 4 Uhr früh war vom Verein der vereinigten Großfleischhändler Berlins beauftragt und damit begründet worden, daß die Schweineschlächter durch die Deffnung um 3 Uhr mit ihren Fuhrwerken früher zur Engrosmarkthalle kämen. Vor Jahresfrist war die Deffnung des Schlachthofes für Schweineschlächter auf 2 Uhr, für Rinderschlächter auf 3 Uhr festgesetzt, wurde dann aber im allgemeinen Interesse und nicht zuletzt im Interesse der Gesellen auf eine Stunde später verlegt. Aus Versehen war nun an einem Tage der Schlachthof für Rinder- als auch Schweineschlächter zu gleicher Zeit geöffnet worden, wodurch sich an diesem Morgen geradezu lebensgefährliche Zustände an der Zentralmarkthalle entwickelt haben sollten. Selbst der Vorsitzende der Schweine-Engrosfleischhändler soll erklärt haben: „So kann es nicht weitergehen!“ Die Deffnung um 3 und 4 Uhr schaffte dann ertägliche Zustände, soweit das bei der jetzigen Zentralmarkthalle überhaupt möglich ist. Jetzt aber machten die Engrosfleischhändler abermals den Versuch, den Gesellen die endlich mehr ertragene eine Stunde Nachtruhe wieder abzulassen. In der letzten Kuratoriumssitzung wurde bekanntlich die Vorname einer Abstimmung der „Interessenten“ über die frühere Deffnung des Schlachthofes beschlossen, aber merkwürdigerweise sah das Kuratorium in seiner Wehrheit die Gesellen als nicht interessiert an und schloß sie von der Abstimmung aus. Die Gesellen ließen sich das nicht so ohne weiteres gefallen. Von der Verbandsleitung des Zentralverbandes der Fleischer wurde sofort eine Protestresolution nach dem „Allyium“ einberufen, die auch von über 1000 Personen besetzt war und in der eine energische Protestresolution einstimmige Annahme fand. Inzwischen hatte nun die Abstimmung der Meister stattgefunden und bei etwa 100 Stimmenthaltungen folgendes Resultat erzielt: Die Fragen lauteten: 1. Stimmen Sie der Deffnung des Rinderschlachthofes um 3 Uhr morgens (anstatt um 4 Uhr morgens) zu? Ja oder Nein! Auf dem Rinderschlachthof stimmten 51 Meister mit Ja, 93 mit Ja; auf dem Schweineschlachthof 114 Meister mit Ja, 2 mit Ja. Insgesamt waren also 165 Meister gegen die frühere Deffnung und nur 96 dafür. Frage 2 lautete: Haben Sie ein früheres Deffnen des Schweineschlachthofes, etwa um 2 1/2 Uhr morgens, für erforderlich, falls der Rinderschlachthof um 3 Uhr früh geöffnet wird? Ja oder Nein! Auf dem Rinderschlachthof stimmten 112 Meister mit Ja, 82 mit Ja; auf dem Schweineschlachthof 100 mit Ja, 16 mit Ja. Insgesamt beantworteten also 212 Meister die Frage 2 mit Ja und nur ganz 48 mit Ja. Trotz dieses geradezu kläglichem Resultates, das noch kläglichere Ausfalle wären, wenn die Gesellen bei der Abstimmung nicht ausgeschaltet worden wären, fanden sich dennoch im Kuratorium zwei Herren, die es dazu benutzen wollten, den Gesellen eine Stunde ihrer Nachtruhe wieder zu rauben; Arbeiter, die wahrlich nicht über zu kurze Arbeitszeit klagen können. Ueber die Arbeitszeit machte unser Genosse im Kuratorium folgende Angaben: Am Montag 17 Stunden, Dienstag 10, Mittwoch 12, Donnerstag 17, Freitag 10 und Sonnabend 13 Stunden, also pro Woche insgesamt 78 Stunden, die häufig noch durch Kundschastfahrten, Verladen, Spezialzügen und Ratschereidienste, die

man den Gesellen zumutet, erhöht werden. Dafür werden die Rutscher mit „Sie“, die Gesellen aber noch mit „Du“ angeredet. Selbst der dem Kuratorium angehörende Schlächtermeister A. D. machte nicht einmal den Versuch, die Angaben unseres Genossen zu widerlegen. Er vertrat vielmehr in der rücksichtslosesten Weise den Herrenstandpunkt, indem er, als nochmals die Berücksichtigung der Gesellen verlangt wurde, wörtlich erklärte: „Die Gesellen geht das gar nichts an!“ Ein Standpunkt, der auch die Aeußerung dieses Herrn begreiflich macht, er sei wohl zu der Gesellenversammlung eingeladen gewesen, aber absichtlich nicht hingegangen. Als unser Genosse ihn fragte, warum er sich denn durch ihn mit der Ausrede, „er habe leider keine Zeit“, habe entschuldigen lassen, erwiderte der Herr: „Ja, das habe ich mir erst später überlegt!“ Bei der endgültigen Abstimmung hatte der Herr Schlächtermeister A. D. denn auch den Ruf für sich ganz allein für die frühere Deffnung des Schlachthofes zu stimmen. So war für diesmal das Attentat auf die ohnehin so knappe Nachtruhe der Fleischergelesen abgeschlossen. Mögen sie durch eine stramme Organisation dafür sorgen, daß sie auf dem Posten sind, wenn die „Herren“ wiederkommen.

Die Tragödie in der Charité.

Durch ein unglückliches Versehen in der Charité ist ein blühendes junges Menschenleben dahingerafft worden. Am dem 14-jährigen Sohn Willi des Tierarztes Dr. Paul Nieger aus Köpenick sollte am Mittwoch in der Halsklinik der Charité eine kleine Operation im Nacken unter Lokalanästhesie vorgenommen werden. Unglücklicherweise fiel die Schale mit der Novocainlösung, aus der der behandelnde Assistenzarzt die Spritze füllen wollte, um, und die assistierende, sonst als sehr gewissenhaft bekannte Schwester eilte in die erste Etage, um eine neue Lösung zu holen. Dort stehen auf einem Regale Cocain- und Novocainlösungen, natürlich deutlich als solche bezeichnet, nebeneinander. In der Eile verwechselte die Schwester die Flaschen und nahm statt der ungiftigeren Novocainlösung die giftigere Cocainlösung, die sie auch nicht vorschriftsmäßig verdünnte. Kaum war die Einspritzung erfolgt, da starb ganz plötzlich der Patient, ohne daß von mehreren Ärzten sofort angelegte Wiederbelebungsversuche das erstirbte Leben zurückrufen konnten. Als die Schwester gesehen, was sie angerichtet, und den Zimmer der im Wartezimmer sitzenden Mutter vernahm, machte sie mit derselben starken Cocainlösung, die den Tod des Patienten verursacht hatte, in einem unbewachten Augenblick ihrem Leben ein Ende. Die Leiche wurde von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt und eine Untersuchung über die Schuldfrage eingeleitet.

Die Kraftwagen-Straße

durch den Grunewald, um die so lange gestritten ward, soll nunmehr wirklich gebaut werden. Sie soll von Westend bis nach Nikolssee auf dem Schußstreifen zwischen der Wehlerer Bahn und dem Wald angelegt werden und nur dem Verkehr von Kraftwagen, besonders auch ihrer Prüfung dienen. Schon im Januar 1909 wurde die „Automobilverkehrs- und Uebungsstraße G. m. u. S.“ mit einem Kapital von einer halben Million Mark gegründet (später auf 700 000 M. erhöht), die bekanntlich zuerst andere Straßen ins Auge faßte, besonders eine Straße von Spandau über Gatow und Madow nach Potsdam, mit Ueberbrückung der Havel bei Saffow. Hiergegen protestierten alle Naturfreunde. Auch von einer Hofsee Döberitz-Kramnitz-Nedlitz-Potsdam ward gesprochen. Schließlich hat man sich aber mit dem Fortschritt geeinigt und wird die Kraftwagenstraße auf dem 20 Meter breiten Schußstreifen neben der Bahn, wie oben gesagt, bauen.

Die gewählte Strecke ist rund 12 Kilometer lang, und die Kosten sind laut „V. Anz.“ auf 3,4 Millionen Mark veranschlagt. Die Baupläne sind von der Eisenbahndirektion Berlin ausgearbeitet. Der Gesellschaft, an deren Spitze der Geh. Kommerzienrat Fritz v. Friedländer-Rud und Graf Adalbert v. Sierstorff stehen, wird der Geländestreifen auf 30 Jahre verpachtet. Die Straße soll unter der Eisenbahn hindurchgeführt werden. Alle Kraftwagen sollen nach Fertigstellung der Rennstraße im Grunewald lediglich auf deren Benutzung angewiesen werden. Mit der Stauplage, die gegenwärtig das Wandern auf den Grunewaldstraßen zu einem zweifelhaften macht, wird es dann ein Ende haben. Die Automobilstraße wird durch Bindemittel strauchfrei gemacht. Für ihre Benutzung wird ein kleines Entgelt nach Art des Chausseegeldes erhoben werden, doch können Kraftwagenbesitzer auch eine Dauerkarte erwerben. Ihre Kraftwagen werden dann durch ein weißes Schild gekennzeichnet.

Um die Einnahmen zu erhöhen, soll am Großen Stern eine mit einer schönen Wirtshaus, Spielplätzen und Wagenkuppen verbundene „Zwischen- und Hülfstation“ errichtet werden. Das hierzu erforderliche Gelände von vier Hektar wird der Gesellschaft gleichfalls auf die Dauer von 30 Jahren pachtweise überlassen. Der Aktus hat sich ein Drittel der Einnahmen aus dem Betrieb dieses Unternehmens gesichert. Eine neue Abholzung des Waldes steht wieder bevor.

Ueberrfahren. Beim Spielen um das Leben gekommen ist gestern mittag das drei Jahre alte Töchterchen Helene des Schmieds Deutschlein aus der Antonstraße 30. Die Kleine spielte auf dem Hausflur mit anderen Kindern mit dem Ball. Im Eifer auf nichts anderes achtend, lief sie, als der Ball auf die Straße hinausflog, ihm nach und geriet unter einen mit Eisen schwer beladenen Wagen, ohne daß der Rutscher es sah. Ein Hinterrad ging ihr über den Kopf. Auf das Geschrei der Kinder eilte die Mutter, die im Erdgeschoss wohnt, herbei und fand ihre Kind regungslos daliegen. Sie hob es auf und eilte mit ihm nach der Pfistwache in der Lindower Straße. Hier konnten aber die Ärzte nur noch den Tod feststellen. — Von einem Automobildiebstahl der Feuerwehr überfahren und getötet wurde gestern nachmittag um 3 Uhr der 6 Jahre alte Sohn Max des Arbeiters Richter aus der Ruheplatzstraße 16. Der Knabe spielte vor der elterlichen Wohnung auf der Straße und tänzelte auf dem Fahrdamm umher, als ein Automobil vorüberfuhr von der Wache in der Pantstraße herkam. In seiner Kurzsichtigkeit überfuhr er die Gefahr, die ihm drohte. Der erste Wagen konnte noch ausweichen, dem zweiten aber gelang das nicht mehr. Er überfuhr den Knaben und verlegte ihn so schwer, daß er schon auf dem Wege nach dem Virchowkrankenhaus, wohin er ihn selbst brachte, verstarb. — Ein Straßenbahnunfall ereignete sich in der Schöneberger Straße. Dort fuhr der Arbeiter Ernst Hülscher aus der Wödenstraße 105 mit einem Handwagen kurz vor einem Straßenbahnwagen der Linie 59 auf das Gleis und wurde angefahren. Bei dem Zusammenstoß wurde er, umgestoßen und erlitt Quetschung der Rippen. Der Verunglückte wurde nach dem Urbankrankenhaus eingeliefert.

Mit Leuchtgas vergiftet hat sich das 20 Jahre alte Dienstmädchen Emma Pechen, das seit 1/2 Jahren bei einem Pfand-leiher in der Schönhauser Allee 148 in Stellung war. Es klagte nachbarinnen wiederholt, daß der Bräutigam ihm untreu geworden sei. Am Dienstagabend fügte die Verzweifelte hinzu, daß ihr nun auch der Dieni noch gekündigt worden sei. Sie war jetzt ganz niedergeschlagen. Gestern morgen fand die Dienstherrschaft sie in der Küche tot in ihrem Bette liegen. Die Lebensmüde hatte die Fensterhaken mit Lappen bedeckt und dann den Hahn des Gaslochers aufgedreht. Ein Arzt konnte nur noch feststellen, daß sie schon mehrere Stunden vorher an einer Leuchtgasvergiftung gestorben war. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schan-haus gebracht.

Wer ist die tote? Von einer Straßendrofche überfahren und getötet wurde vorgestern abend gegen 8 Uhr eine unbekanntes Frau von etwa 60 bis 65 Jahren vor dem Hause Genklinerstraße 17. Der Wagenführer brachte die Verunglückte gleich nach dem Elisabeth-

Krankenhaus. Dort konnte aber der Arzt nur noch ihren Tod feststellen. Die Frau trug Hüftputtel, scheint also wohl in der Nähe der Unfallstelle gewohnt zu haben. Sie war schwarz geheidet. Ihre weiße Wäsche und ihr Trauring sind A. B. gezeichnet.

In seiner Wohnung erschossen hat sich vorgestern Abend der 19 Jahre alte Handlungsgehilfe Johann Simko aus der Sophienstraße 32. Der junge Mann kam vor 14 Tagen aus Ungarn hierher, um Stellung zu suchen, fand aber keine Beschäftigung. Um leben zu können, verleiht er zunächst alle seine Sachen, die er nur irgendwie entbehren konnte, dann borgte er seine Wirtin an. Als er zuletzt gar keinen Ausweg mehr sah, schoß er sich vorgestern Abend in seinem möblierten Zimmer eine Kugel in den Kopf und war sofort tot. Die Leiche wurde beschlagnahmt.

Die Philosophen Chöre wiederholen am Sonnabend, den 20. April, das zu Hünern gegebene Konzert in der „Brauerei Friedrichshain“. Zur Aufführung gelangt u. a.: „Erntelied“ und „Columbus“.

Der Gesangsverein „Kreuzberger Harmonie“ veranstaltet am Sonntag, den 21. April cr., ein Konzert in „Mörners Festsaal“, (früher Keller), Kopenst. 29, unter Mitwirkung der Konzertfängerin Fräulein Elisabeth Böhm (Alt) und des „Berliner Sinfonie-Orchesters“, Dirigent: Herr Maximilian Fischer.

Feuer in der Artilleriekaserne. In der achten Vormittagsstunde brach gestern in einer Mannschafstube der Artilleriekaserne in der Kruppstraße 2-4 ein Brand aus, der ein größeres Mannschafstüpfend mit Inhalt erfasste. Der 16. Lösckung aus der Turmstraße war schnell zur Stelle und konnte die Gefahr in wenigen Minuten beseitigen, so daß nur geringer Schaden entstanden ist.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln (Rixdorf).

Die „bürgerlichen“ Nichtwähler.

Nach dem für die bürgerlichen Parteien geradezu niederschmetternden Ausfall der Stadtverordnetenwahl in der zweiten Abteilung hat das „Neuköllner Tageblatt“ die alte Entscheidung gemacht, daß der größte Teil der Nichtwähler naturgemäß auf die bürgerlichen Parteien entfällt, da ja die Sozialdemokratie ihre Anhänger bis auf den letzten Mann an die Wahlurne (soll wohl heißen Wahlstisch) gebracht habe. Das Organ des mit durchgefallenen Herrn Glasemann scheint in diesen bürgerlichen Nichtwählern einen Trost über die Niederlage zu suchen.

Doch so ohne weiteres kann Herr Glasemann auch die Nichtwähler nicht für die Bürgerlichen reklamieren. Mit einem Schein von Recht könnte er das, wenn die Wahl eine geheime wäre. Da sie aber eine öffentliche ist und somit die Stimmabgabe jedes Wählers der Öffentlichkeit wie überhaupt der öffentlichen Kontrolle ausgesetzt ist, so hat denn ein großer Teil Wahlberechtigter auf die Stimmabgabe verzichtet. Unter diesen Nichtwählern aber befindet sich sicher eine erhebliche Zahl, die im Grunde ihres Herzens sozialdemokratische Gesinnung tragen, die dieselbe jedoch aus wirtschaftlichen Gründen nicht zum Ausdruck bringen konnten. Die sogenannten „bürgerlichen“ Nichtwähler haben, um nicht zum Heuchler ihrer wahren Gesinnung zu werden, einfach auf die Ausübung ihres Wahlrechtes verzichtet. Es gehört schon die ganze Einsicht des Neuköllner „Tageblatts“ dazu, um alle jene Nichtwähler für die Bürgerlichen zu reklamieren. Mit Verlaub: Warum ist es den Inhabern der zahlreichen bürgerlichen Schlepptaxis nicht gelungen, jene Nichtwähler an den Wahlstisch zu bringen? Hierfür gibt es nur eine Antwort, und zwar: Weil dieselben jene Kandidaten, die sie schon einmal schamlos entrecht hatten, nicht noch unterstützen wollten. Es fehlt nur noch das von den Gegnern angewandte stereotypische Schlagwort vom sozialdemokratischen Terrorismus, der weite Kreise von der Ausübung ihres Wahlrechtes abgehalten habe. Vielleicht holt Herr Glasemann das Verflämte noch nach.

Zwischen haben sich einige durchgefallene bürgerliche Kandidaten in die erste Klasse geflüchtet, in der sie sich von ihren „Wählern“ ernennen lassen, um später wieder „im Interesse der Allgemeinheit“ tätig sein zu können.

Die Stichwahl im zweiten, dritten und sechsten Bezirk der zweiten Abteilung findet am Freitag, den 8. Mai, statt.

Charlottenburg.

In der Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch wurden zunächst eine Reihe kleinerer Vorlagen meist debattelos angenommen. Eine längere Diskussion entspann sich nur über die Vorlage des Magistrats über die Gewährung von Teuerungszulagen. Die Vorlage wollte den städtischen Angestellten bis zu einem Gehalt oder Lohn von 2000 M. für jedes im Haushalt vorhandene Kind bis zur Zahl von drei Kindern eine einmalige Beihilfe von je 20 M., vom vierten Kinde ab eine solche von je 10 M. gewähren. Der Stadtv. Meyer (lib.) kritisierte, daß die Vorlage den Kreis der Personen, welche die Teuerungszulage erhalten sollen, zu eng gezogen habe und beantragte, sie jeder Person, die einen eigenen Haushalt habe, zu gewähren, gleichgültig, ob Kinder vorhanden seien oder nicht und gleichgültig, ob der Betreffende verheiratet sei oder nicht. Auch beantragte er, als geringste Beihilfe statt 20 M. 30 M. zu gewähren; über diesen Satz solle jedoch nur hinausgegangen werden, wenn mehr als drei Kinder vorhanden sind, und auch dann sollen nur 40 M. gezahlt werden.

Der Stadtv. Dr. Stadthagen (alte Fraktion) leugnete überhaupt das Vorhandensein einer Teuerung und erklärte, mit dem größten Teil seiner Freunde gegen jede Teuerungszulage stimmen zu wollen.

Von sozialdemokratischer Seite übten die Genossen Vogel und besonders Lehmann sowohl an der Magistratsvorlage, wie an dem Antrag Meyer eingehend Kritik. Gemäß ziele der Antrag Meyer den Kreis der Empfängerberechtigten um etwa 300 Personen weiter als die Vorlage, und zu billigen sei auch, daß er das Mindestmaß der Unterstützung von 20 auf 30 M. heraufsetze. In diesem Umfange verdiene der liberale Antrag den Vorzug vor der Vorlage des Magistrats. Dagegen müsse es auf das entschiedenste bekämpft werden, wenn er bei den mit vielen Kindern begabten Familien in der Höhe der Unterstützung noch erheblich hinter dem Vorschlag des Magistrats zurückbleiben wolle. Durch nichts sei es auch gerechtfertigt, den großen Kreis derer, die unter 2000 M. an Lohn oder Gehalt beziehen und einen eigenen Haushalt nicht haben, von jeder Zulage auszuschließen. Auch wenn jemand bei Angehörigen wohne, werde er doch nicht von diesen unterhalten, er habe vielmehr häufig über den eigenen Bedarf hinaus noch zum Unterhalt der Seinen beizutragen. Ebensonenig könne man dazwischenwilligen, die Teuerungszulage auf eine einmalige Beihilfe zu beschränken. Nichts deutet darauf hin, daß die Teuerung in kurzer Zeit schwinden werde, weil eher sei anzunehmen, daß zum Beispiel die Fleischpreise in den nächsten Monaten noch eine weitere Steigerung erfahren werden. Wollte man dieser Verhältnisse nicht Rechnung tragen und in eine allgemeine Erhöhung der untersten Gehalts- und Lohnstufen nicht willigen, so sollte man doch mindestens für einige Zeit die Zulagen gewähren. Deshalb beantragte Genosse Lehmann, allen Angestellten bis zu dem Lohn- und Gehaltssatz von 2000 M. eine Teuerungszulage von 6 Proz. ihres Einkommens auf die Dauer von 6 Monaten zu gewähren. Leider predigte unser Genosse lauten Chren. Unter Ablehnung seiner weitergehenden Anträge wurde der Antrag der Liberalen mit großer Mehrheit angenommen. Da der Bürgermeister Aktting eine entgegenkommende Erklärung abgab, ist wohl anzunehmen,

daß wenigstens diese geringe Beihilfe dem Magistrat, der ja ursprünglich gar nichts hätte geben wollen, abgerungen und demnächst zur Ausführung gelangen wird.

Gegen eine Vorlage, der Charlottenburger Turngemeinde 300 M. zu gewähren, damit sie im Juli 1912 einen Vertreter zu den olympischen Spielen nach Stockholm senden könne, wandte sich sehr scharf Genosse Zietzsch, natürlich nicht aus irgend welcher Feindschaft gegen den Sport überhaupt. Die Vorlage des Magistrats, der Vereinigung zur wissenschaftlichen Erforschung des Sports und der Leibesübungen einen Platz zur Errichtung eines Sportlaboratoriums zur Verfügung zu stellen und für dieses Sportlaboratorium eine Zinsgarantie von 2000 M. für fünf Jahre zu übernehmen, wurde vom Genossen Zietzsch in wärmer Weise befürwortet, als seine Freunde den hohen Wert des Sports und der Leibesübungen in jeder Weise anerkennen. Diese Vorlage wurde auch einstimmig angenommen. Aber bei der vorerwähnten Vorlage handelt es sich um die Unterstützung von Vereinen, die sich in direkten feindlichen Gegensatz zu den Turnvereinen der Arbeiter stellen und die daher einen Anspruch auf Unterstützung aus öffentlichen Mitteln in keiner Weise haben. Auch lassen sich die finanziellen Konsequenzen solcher Unterstützungen für Reizen zu sportlichen Unternehmungen im Ausland gar nicht abschätzen. Aus letzterem Grunde bekämpfte auch ein Teil der Liberalen die Vorlage, die nur eine sehr knappe Mehrheit fand.

Zum Schluß wurde von den sozialdemokratischen Stadtverordneten an den Magistrat die Anfrage gerichtet, ob ihm bekannt sei, daß in der Herderschule bei der Entlassung der Abiturienten der Direktor an die jungen Leute eine gegen die sozialdemokratische Partei gerichtete Ansprache gehalten hat und ob der Magistrat diese Handlung billigt.

Diese Anfrage wird in der nächsten Sitzung verhandelt werden.

Lichtenberg.

Ueber die Einverleibung der Landgemeinde Voghen-Rummelsburg in den Stadtkreis Lichtenberg enthält die preussische Gesetzesammlung das Gesetz betreffend Erweiterung des Stadtkreises Lichtenberg vom 9. April 1912. Im § 2 des Gesetzes wird darauf verwiesen, daß mit dem 1. April 1912 die Landgemeinde Voghen-Rummelsburg die Eigenschaft eines selbständigen Gliedes des Verbandes Groß-Berlin verliert. Die bisherigen Vertreter dieser Gemeinde in den Verbandssitzungen gelten als solche des erweiterten Stadtkreises Lichtenberg, der auch im übrigen die Rechte ausübt, die bisher dem Stadtkreis und der Landgemeinde Voghen-Rummelsburg — im Verbande Groß-Berlin zusteht.

Die Einwohnerzahl Groß-Lichtenbergs ist nunmehr auf etwa 135 000 Seelen angewachsen.

Von dem Gemeindevorstand der aufgelösten Gemeinde Voghen-Rummelsburg sind vier Mitglieder in den Magistrat der Stadt Lichtenberg übergetreten. Sowohl die Lichtenberger Stadtverordnetenversammlung wie auch die Voghen-Rummelsburger Gemeindevertretung sind zwar aufgelöst, treten jedoch provisorisch bis zur Neuwahl zu gemeinsamen Sitzungen zusammen.

Tempelhof.

Ein Straßenbahnunfall trug sich vorgestern nachmittag gegen 4 Uhr in der Berliner Straße zu. Dort wollte vor dem Hause Nr. 10 der Arbeiter Wilhelm Ritsche, Berliner Straße 108 wohnhaft, vor einem nach Mariendorf fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 96 das Gleis überschreiten, hierbei wurde er umgestoßen und geriet unter den Vorderperson. Der Verunglückte erlitt außer einer Kopfwunde eine Gehirnerschütterung und mußte nach dem Kreiskrankenhause in Britz übergeführt werden, nachdem er im Tempelhofer Garnisonlazarett einen Rotverband erhalten hatte.

Groß-Lichterfelde.

Die Gemeindevorstandssitzung hatte sich zunächst mit der Gültigkeit der letzten Gemeindevorstandswahlen zu befassen. Der Gemeindevorstand scheint die Kenntnisse seines Kollegiums bezüglich der Bestimmungen der Landgemeindeordnung nicht allzu hoch einzuschätzen, denn er hatte fälschlich in seiner Einladung bei dem betreffenden Punkt der Tagesordnung auf den maßgebenden § 66 der Landgemeindeordnung hingewiesen. Seine pädagogischen Bemühungen scheinen jedoch völlig vergebens gewesen zu sein. Nachdem der Gemeindevorstand lang und breit über das Ergebnis der Gemeindevorstandswahlen geredet und festgestellt hatte, daß ein Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahlen nicht eingegangen sei, beantragte er, daß die Gemeindevorstandswahlen für gültig erklärt werden. Nachdem dies geschehen, erhob sich auf einmal der Gemeindevorstandsschirmmer und bat den Gemeindevorstand um Auskunft, was denn das eigentlich für eine Kommission sei, die über die Gültigkeit der Wahlen zu beschließen hätte! Auf diese kluge Frage erfolgte die höfliche Antwort, daß über die Gültigkeit der Wahlen seine Kommission zu entscheiden habe, daß es zu diesem Zweck auch keine gebe. Das sei einzig und allein Aufgabe der Gemeindevorstandssitzung. Herr Schirmmer legte sich, begleitet von mehr oder weniger mitteligen Blicken seiner näheren und weiteren Umgebung.

Es ist kaum glaublich, daß ein Mann, der eine lange Reihe von Jahren der Gemeindevorstandssitzung angehört, noch nicht einmal mit den elementarsten kommunalgewöhnlichen Bestimmungen vertraut ist. Hoffentlich sind die Fähigkeiten des Herrn Schirmmer als Sekretär der Stadt Berlin um vieles größer als die des Herrn Gemeindevorstandsschirmmer. In den „nationalen Kandidaten“ bei den Gemeindevorstandswahlen, die immer nur auf den Schultern der zugetriebenen Zwangswähler und unter dem Weisand der sog. Papierstimmen den Rathausfesten erkletterten konnten, gehörte auch Herr Schirmmer. In einer Kontroverse kam es zwischen dem Gemeindevorstand und dem Gemeindevorstandsschirmmer, der behauptet, einen Antrag bezüglich des Mittergutes Werben beim Gemeindevorstand eingereicht zu haben mit dem Ersuchen, ihn auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen. Gemeindevorstandsschirmmer bestritt entschieden, einen solchen Antrag erhalten zu haben und bemerkte, daß lediglich die Statkommission sich mit der fraglichen Angelegenheit beschäftigen sollte. Nach langem Hin und Her erklärte G.-V. Zorn, daß er seinen Antrag nochmals einbringen werde. — Für die Ausgestaltung des Hauptplatzes auf dem Vorfriedhof wurden 10 000 M. bewilligt. Es soll am Ende der Hauptallee ein Rundtempel mit Wasserbecken und Fontäne errichtet werden, der von einer Torushecke umzogen und mit Kuppelkanten versehen wird. — Die Umgestaltung des Viktoriaplatzes infolge der Legung der Straßenbahngleise erfordert eine Ausgabe von 5 000 M. In einer lebhaften Auseinandersetzung kam es noch am Schluß der Sitzung, als der Gemeindevorstandsschirmmer seinen erwähnten Antrag, ordnungsmäßig unterstützt, wieder einbrachte. Gemeindevorstandsschirmmer machte die verschiedenen Einwendungen und sträubte sich heftig, den Antrag auf Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Verhältnisse auf dem Rieselgute Werben bezw. der Frage der Verpachtung desselben auf die nächste Tagesordnung der Sitzung zu legen. Nach endlosen Zwigesprächen erklärte er endlich den Antragstellern den wahren Grund seiner Weigerung.

Nach der Landgemeindeordnung habe nur der Gemeindevorstand das Recht, die Tagesordnung festzusetzen. Schließlich ließ er sich jedoch bereit finden, den Antrag für eine nichtöffentliche Sitzung zur Beratung zu stellen. Die Herren Gemeindevorstandsschirmmer waren ganz verblüfft über die autoritätliche Auffassung ihres Vorstehers und da sie anscheinend von ihren gesetzlichen Rechten absolut keine Ahnung haben, erhoben sie auch keinen Widerspruch gegen jene durchaus rechtsirrthümliche Auffassung. Wohl hat der Gemeindevorstand die Pflicht, die Gemeindevorstandsschirmmer unter Angabe der Gegenstände der Beratung zusammenzubringen; aber das ist ausschließlich seiner Willkür überlassen ist, welche Gegenstände auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen oder nicht — davon steht kein Wort in der Landgemeindeordnung; wohl aber geht das Gegenteil aus den gesetzlichen Bestimmungen hervor. Es ist bedauerlich, daß die Gemeindevorstandsschirmmer nicht verstanden hat, solchen autoritätlichen Machtgeboten energig entgegenzutreten.

Adlershof, Alt-Glienice, Vohndorf.

Eine Jugendfeier, bestehend in Feste, Chorgesang des Arbeitergesangsvereins „Proletium“, Rezitationen, kinematographischen Reisebildern und Tanz, findet am Sonntag, den 21. d. Mts., bei Deher, Bismarckstraße 10 statt. Der Eintritt für Erwachsene kostet 25 Pf., für Jugendliche unter 18 Jahren wird Eintrittsgeld nicht erhoben. Da das vielseitige Programm einen genügenden Abend verbringt, wird die Arbeiterchaft ersucht, für regen Besuch der Feier Sorge zu tragen.

Pantow.

Eine unerhörte Vergewaltigung hat die bürgerliche Mehrheit der Gemeindevertretung in der Sitzung am Dienstag an der sozialdemokratischen Wählerchaft des ersten Bezirks vollzogen, indem sie, wie bereits kurz gemeldet, einem Einspruch von bürgerlicher Seite gegen die Gültigkeit der am 3. März d. J. erfolgten Wahlen unter Genossen Fischer und Jengler Folge gab. Die fadensteingigste Begründung, die wohl je einem Wahlprotest auf Grund gelegt worden ist, genügt dieser Mehrheit, von der ihr durch das Geldstimmrecht gegebene Übermacht gegen die bürgerliche Gebrauchs macht. In der vom Bürgermeister vorgebrachten Einpruchsbegründung der beiden eingegangenen sich inhaltlich deckenden Proteste wird zunächst darauf hingewiesen, daß die große Zahl eingeschriebener Wähler (4581) eine ordnungsmäßige Abwicklung des Wahlgeschäfts in der festgesetzten Wahlzeit von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags zur Unmöglichkeit gemacht hätte, daß ferner das Wahllokal bei dem an einem Sonntag zu erwartenden und auch tatsächlich eingetretenen großen Andrang als ungeeignet betrachtet werden mußte. Dadurch seien hunderte bürgerlicher Wähler zum Verzicht auf die Ausübung ihres Wahlrechtes veranlaßt worden. Von den erschienenen bürgerlichen Wählern sollen sehr viele, unter anderem ganze Trupps von Eisenbahnbeamten, die diensthalber nicht Stundenlang warten konnten, gezwungen gewesen sein, unverständlicher Sache wieder unzuliefern. Dann wird weiter behauptet, daß sich während des ganzen Tages im Wahllokal jugendlich und nicht wahlberechtigte Personen sowie auch sozialdemokratische Frauen aufgehalten hätten, die die bürgerlichen Wähler durch höhnische und beleidigende Redensarten belästigt und dadurch am Wählen gehindert hätten. Schließlich wird noch behauptet, daß Personen, die bereits gewählt hatten, sich nochmals in die Reihen der Wartenden gedrängt und so die bürgerlichen Wähler zu noch längerem Verweilen und in zahlreichen Fällen zum Verzicht auf ihr Wahlrecht veranlaßt hätten. Bürgermeister Rühr bemerkte zunächst, daß erst auf sein Eruchen hin nachträglich die in den eingelaufenen Protesten aufgestellten Behauptungen in insgesamt etwa 80-70 Fällen mit Beweismaterial belegt worden seien. Nach Prüfung dieses Materials habe er das selbe zur Rechtfertigung einer Ungültigkeitserklärung der Wahlen für nicht ausreichend gehalten und nochmals um weitere Unterlagen ersucht. Dies sei von den Protestlern mit dem Hinweis abgelehnt worden, daß es ihnen wegen der Kürze der Zeit nicht möglich sei, andererseits nach ihrer Meinung das bereits beigebrachte Material auch ausreichend sei. In seiner Kritik der Protestgründe gab der Bürgermeister zu, daß die Wählerzahl in dem betreffenden Bezirk allerdings eine erhebliche sei, infolge der Kürze der Zeit sei aber für diesmal noch eine Teilung des Bezirks unterblieben. Das letztere habe auch ohne Bedenken im Hinblick auf die Wahlfürsorge in diesem Bezirk bei vorausgegangenen Wahlen wie auch in Rücksicht auf die gleichmäßige Verteilung der erscheinenden Wähler am Sonntage geschehen können. Zunächst habe sich denn auch die festgesetzte Wahlauer von acht Stunden als ausreichend erwiesen. Ebenso sei das bemängelte Wahllokal wie bei früheren Wahlen auch diesmal durchaus ausreichend und passend gewesen. Daß natürlich bei einer Wahl Unbequemlichkeiten, wie längeres Verweilen usw., in Kauf genommen werden müßten, komme überall vor und sei in bestimmten Grenzen kein Ansehungsgrund. Der Bürgermeister brachte dann die von ihm in der Angelegenheit eingeforderten amtlichen Äußerungen der als Wahlvorsteher tätig gewesenen Schöffen Stadtrat a. D. Stawitz und Fabrikbesitzer Dehn zur Verfügung. Beide Herren berichteten übereinstimmend, daß sich die Wahl ordnungsgemäß abgewickelt und daß ihnen von den behaupteten Mißständen im Wahllokal nichts bekannt geworden sei. Am Schluß seiner über halbseitigen Ausführungen hob der Bürgermeister noch hervor, daß er über die übrigen in den Protesten aufgeführten Mängel und Unzutrefflichkeiten keine amtlichen Vernehmungen vorgenommen habe, da er selbst beim Nachweis des dort Behaupteten die Gründe in ihrer Gesamtheit zur Rastierung der Wahlen nicht für ausreichend erachten könne. Voraus es ankomme, sei nach der Erdruchprüfung des Oberverwaltungsgerichts der Nachweis, daß durch die Unzutrefflichkeiten das Endergebnis der Wahl wesentlich beeinträchtigt worden sei. Davon könne aber im vorliegenden Falle, selbst wenn man zu den etwa 70 unter Beweis gestellten Fällen noch weitere 70 hinzurechne, bei dem Vorprünge von über 400 Stimmen auf der angefochtenen Seite keine Rede sein. Er beantragte deshalb, den Protesten nicht stattzugeben und die Wahlen für gültig zu erklären.

In der ausgedehnten Debatte plädierten von bürgerlicher Seite die aus der Vertretung herausgewählten Herren Kaufmann und Schwien, die zur Niederrückung der Notizen eigens noch in den letzten Augenblicken ihres stadtverordneten Daseins herbeigekürrt waren, sowie die Herren Holtzötter und Pirte für die Ungültigkeitserklärung, während die Herren Bürgermeister Rühr, Stadtrat a. D. Stawitz und Genosse Rühr wiederholt für die Gültigkeit der Wahlen eintreten. Herr Kaufmann glaubte seinen Sitz so temperamentvoll gegen die Sozialdemokraten und den Bürgermeister verteidigen zu müssen, daß er persöhnlich mit letzterem zusammenstieß. Herr Holtzötter verhielt sich in seiner gemüht und ungeschicklichen Art, im Namen der „Gerechtigkeit“ gegen die Vergewaltigung der sozialdemokratischen Wählerchaft aufzutreten zu müssen, und Herr Schwien hatte, wie er versicherte, kein ausgeprägtes stadtverordnetes Pflichtgefühl noch im letzten Augenblick veranlaßt, seinen bürgerlichen Freunden zu demonstrieren, was sie an ihm verloren. In ausgezeichneter Weise zahlte Genosse Rühr die Vergewaltigung, insbesondere Herr Kaufmann, heim. Im übrigen hob er hervor, daß, wenn die Sachlage objektiv beurteilt werde und wenn die Würfel in der Angelegenheit nicht schon außerhalb des Hauses gefallen sein sollten, die Vertretung gar nicht anders handeln könne, als für die Gültigkeit der Wahlen zu stimmen. Wie sehr er sich geirrt und wie sehr er vielleicht gleichzeitig recht hatte, bewies die von ihm beantragte namentliche Abstimmung, in der mit 18 gegen 6 Stimmen die Wahlen der Genossen Fischer und Jengler für ungültig erklärt wurden. Die acht übrigen Wahlen wurden hierauf für gültig erklärt, worauf die Einführung der neugewählten Vertreter erfolgte.

Die weitere Tagesordnung bot weniger Interesse; an die öffentliche schloß sich noch eine geheime Sitzung.

Reinickendorf.

In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurden zunächst die neu resp. wiedergewählten Gemeindevorordneten eingeführt und die Wahlen der in der Stichwahl für die zweite Abteilung gewählten Herren Müller und Klotzow für gültig erklärt. Bereits in einer der letzten Sitzungen hatte sich die Gemeindevertretung mit einer Anordnung des Provinzialkollegiums auf Errichtung einer katholischen Volkshaus beschäftigt. Einstimmig hatte die Gemeindevertretung dieses Anjinnen zurückgewiesen. Auf Anordnung des Ministers mußte die Gemeindevertretung nun nochmals mit den Kommissaren des Regierungspräsidenten zu Potsdam darüber verhandeln. Der Gemeindevorstandsschirmmer war bereits eine Sitzung der Schuldeputation vorausgegangen, die beschloffen hatte, der räumlichen Umdeutung des Ortes wegen eventuell die Errichtung zweier derartiger Schulen statt der geforderten einen Schule zu empfehlen; und zwar sollte im westlichen Ortsteil die Errichtung einer Schule mit zwei und im östlichen Ortsteil mit drei aufsteigenden Klassen vorgesehen werden. Vom Vertreter der Regierung wurde nochmals ausgeführt, daß die Regierung nach dem Volksschulunterhaltungsgezet verpflichtet sei, die Errichtung

dieser Schulen zu fordern, da die Erziehungsverpflichtungen von über 120 schulpflichtigen Kindern bei der Regierung den Antrag auf Errichtung einer katholischen Volksschule gestellt haben. Der Minister stelle, falls die Gemeindevertretung der sofortigen widerstandslosen Errichtung zustimme, einen laufenden Staatsbeitrag auf 19 000 M. pro Jahr in Aussicht. Da die Kosten sich voraussichtlich auf nur circa 22 000 M. pro Jahr stellen, wären die der Gemeinde zugemuteten Kosten nicht zu hoch. Im übrigen bestimme das Volksschulunterhaltungsgezet, daß die finanziellen Konsequenzen für die Nichterrichtung solcher Kinderheils-Konfessionsschulen nicht berücksichtigt werden dürfen; der Minister habe daher auch schon den Auftrag gegeben, das Anforderungsverfahren einzuleiten, falls die Gemeindevertretung nicht freiwillig die Errichtung der geforderten Schule beschleße. Sowohl von den bürgerlichen Mitgliedern der Gemeindevertretung wie auch besonders von unseren Genossen wurde das Begehren der Regierung kritisiert und die Zustimmung abgelehnt. Die Errichtung konfessioneller Volksschulen belastet nicht nur den Gemeindefiskus in weitgehender Weise, sie ist insbesondere auch in pädagogischer Hinsicht zu verurteilen. Die Zerschindlung des jetzt siebenstufigen Schulsystems auf ein zwei- bzw. dreistufiges für Kinder katholischer Konfession ist ja der Fürsorge der preussischen Regierung für die Volksschule sehr würdig, aber im Interesse der davon Betroffenen doch zu bekämpfen. Nachdem der Regierungskommissar erklärt hatte, daß sich auch auf eine Vertagung der ganzen Angelegenheit die Regierung nicht einlassen werde, beschloß die Gemeindevertretung einstimmig die Errichtung einer katholischen Volksschule abzulehnen. Zum Vorsitzenden des Gewerbegerichts wurde der Beigeordnete Reichhelm und als dessen Stellvertreter der Bürgermeister Wille wiedergewählt.

Auf Antrag der Armen- und Waisendeputation wurde beschlossen, den Armenunterstützungsbezieher Gemeindefiskus zur Bewirtschaftung zu überweisen. Von unseren Genossen wurde der Wunsch ausgedrückt, daß die bisher gezahlte Barunterstützung trotz der Landzuweisung nicht gekürzt werde. Zunächst ist für diesen Zweck eine etwa 8-4 Morgen große Fläche an der Graf Aldern-Allee vorgesehen. Neu- und Wiedermahlen von Mitgliedern der Armendeputation und von Waisenskindern und -Pflegerinnen, sowie die Bekanntgabe des Rechnungsabchlusses des Sanalitätsverbandes für das Rechnungsjahr 1910 beschloß den Rest der Sitzung.

Potsdam.

Handwerkmeister und Fortbildungsschule. Die vom Magistrat für die gewerbliche Fortbildungsschule beabsichtigte Reorganisation wird durch die Kurzsichtigkeit der Handwerkmeister verschiedene nachteilige Änderungen erfahren. Die ganze Fortbildungsschule wird mit einem Male von den Meistern als „Belastung des Handwerks“ angesehen. Der Magistrat fordert vor allem: Abhaltung des Unterrichts tunlichst am Tage, nicht aber 7 Uhr abends hinaus, Ausschaltung des Sonntagsvormittagsunterrichts und Anstellung von zwei weiteren hauptamtlichen Fortbildungsschullehrern. Die Stadtverordnetenkommission hat sich schließlich mit dem Lehrplan, wenn auch schweren Herzens, einverstanden erklärt. Bürgerkunde, Bedielerkunde und Kalkulation wurden am meisten bemängelt. Stadts. Baur (konjunkturlicher Reichstagsabgeordneter) brachte z. B. seine Ansicht über die Kalkulation dahin zum Ausdruck, daß die Lehrlinge doch nur ausrechnen würden, was der Meister an ihnen verdiene. Die Kommission besteht aber auf dem Sonntags-

Vormittagsunterricht und will ferner die Ausdehnung des Abendunterrichts bis 8 Uhr, damit die Handwerkmeister nicht zu sehr geschädigt werden. Aus Sparamtsgründen sollen auch die erforderlichen Unterrichtsstunden von städtischen Lehrern nebenamtlich erteilt werden. Das der Fortbildungsschule zugrunde liegende Ortsstatut wurde nach der zweiten Lesung nicht genehmigt und an den Magistrat zur Umänderung zurückverwiesen.

Spandan.

Ein heftiger Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem mit Mauersteinen beladenen Führer fand gestern morgen auf der Ronnendamm-Allee, Ecke Watzstraße, statt; er wurde dadurch herbeigeführt, daß der Kutscher des Steinwagens vor der Annäherung des Betriebswagens der Straßenbahn zu wenden versuchte. Das Steinfuhrwerk wurde umgeworfen und der Kutscher von seinem Sitz herabgeschleudert; er trug eine Kopfverletzung davon. Der Straßenbahnwagen wurde aus den Schienen gehoben und mehrfach beschädigt. Durch den Unfall entstand eine längere Betriebsstörung.

Marktbericht von Berlin am 17. April 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidiums. Marktpreisliste. (Stückpreise) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00-35,00. Speisebohnen, weiße, 30,00-35,00. Linen 40,00-50,00. Kartoffeln (Kleinbl.) 8,00-12,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60-2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40-1,80. Schweinefleisch 1,40-1,90. Kalbfleisch 1,40-2,50. Hammelfleisch 1,40-2,20. Butter 2,00-3,20. 60 Stück Eier 3,00-6,00. 1 Kilogramm Karpen 1,10-2,40. Hake 1,50-3,20. Lander 1,80-3,60. Gähle 1,40-2,80. Barfische 1,00-2,00. Schlei 1,60-3,20. Hele 0,80-1,50. 60 Stück Krebse 4,00-30,00.

5 Ausnahmetage für Ulster u. Paletots

Schluß Sonntag. — Sonntag nur von 12-2 geöffnet.

Ulster

Herabgesetzte Preise

Paletots

Serie I	Braun und grauer Cheviot, neueste Muster, sehr apart	20.00
Serie II	Grün und olivfarbiger Cheviot mit feinen Streifen, ohne Falter, englisch verarbeitet	25.50
Serie III	Sehr apart gemusterter Cheviot, in modernster Ausstattung	29.00
Serie IV	Diagonal-Cheviot in vielen Farben, ganz besonders zu empfehlen	34.50
Serie V	Echt englische Cheviots, das Neueste in Mustern und Verarbeitung	43.50

Serie I	Dunkel und mittelgrau gewirnte Stoffe, sehr haltbar	17.25
Serie II	Fein gemusterte Cheviots, auf Sergefutter gearbeitet	22.50
Serie III	Grün und bräunliche Zwirnkammgarne, ganz vorzüglich im Tragen	26.00
Serie IV	Covercoats in den neuesten Farben, auf gutem Sergefutter gearbeitet	34.00
Serie V	Kammgarn-Cheviots, dunkel- und mittelgrau, gute Verarbeitung	42.50

Loden-Pelerinen für Herren u. Damen, imprägnierte Strichloden, in vielen Farben von 7.50 an

Echt engl. Gummimäntel für Damen und Herren, Raglan u. Ulsterform von 11.50 an



BaerSohn

Kleiderwerke — Deutschlands größte Fabrik dieser Art

Chausseestraße 29-30 | 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 | Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog Nr. 44 (Neueste Moden) kostenlos und portofrei



bester Schuhputz!

Überall zu haben in grossen Dosen à 20 Pfg.

Fabrik: Lubszynski & Co., Berlin-Lichtenberg.

Kautabak

Nur echt, wenn jedes Röllchen nebenstehenden Zettel enthält.

G. A. Hanewacker

Nordhausen.



Schutzmarke.

Hauptniederlage: H. & P. Uder, Berlin SO, 16, Engelufer 5.

Tabak-Großhdlg. Amt Moritzpl. 3014.

Gummiabsätze siegen.

In den ersten Berliner Berufsäufer-Rennen am 14. April 1912 auf dem Sportplatz Ost in Rummelsburg gewannen

Im 10 Kilometer-Gehen Meistergeher Herm. Müller in 55 Min. 13 Sek.

Im 2 Stunden-Paarlaufen Hempel-Zernick 35,515 Kilometer
2. Paar: Müller-Albrecht
3. Paar: Voigt-Holzhiuter

alle mit

Continental Gummi-Absätze.

... Gummi-Absätze Continental ... erhöhen also die Leistungsfähigkeit beim Gehen und vermindern das Ermüden ganz bedeutend!

Schwelmer Gummiwaren-Industrie G. m. b. H., Schwelm i. Westf.

Aufsehen erregt

Wegen-Separierung

Aufsehen erregt

Der gänzliche Schuh-Ausverkauf

der übernommenen Waren

40-41 Rosenthaler Straße 40-41 Hackescher Markt Bahnhof Börse.

Kinder-Stiefel

schwarz, mit und ohne Lackkappe kräftige Strapazierstiefel

20-24 25-26 27-30 31-35
1.55 2.95 3.25 3.75

braun, mit Lackk., Normalfassons

21-24 25-26 27-30 31-35
2.95 3.45 3.75 4.25

Damen-Stiefel

schwarz u. braun Chevreux mit und ohne Lack, mod. Fassons in jeder Größe, Paar jetzt nur
4.95
dieselb. in Prima-Ausführung eleg. Muster, Paar jetzt nur
5.75

schwarz Chevreux mit Lackkappe franz. u. am. Fassons, Prima-Ausführung G.-W., jetzt nur
7.95

braun Chevreux, Prima-Qualität, Goodyear-Welt, schicke Formen jetzt nur
8.95

Herren-Stiefel

Rindbox-Schnürstiefel, amerik. Fassons, kräftige Straßentiefel, auch Zug und Schnalle jetzt nur
5.95

Chevreux-Schnürstiefel, schwarz auch braun m. Lackkappe, amer. Fassons, jetzt nur
6.95

Pa. Chevreux-Goodyear-Welt-Herrenstiefel, schlanke u. breite Fassons, jetzt nur
8.95

Halbschuhe

Damen, im. Chevr. mit Lackk., jetzt nur
3.95

dito Derby, gr. Oesen, Lackkappe, jetzt nur
4.95

braun Chevr., Derby mit Lackk., jetzt nur
5.75

Samt-Halbschuhe schwarz u. grau jetzt nur
3.95
Lack mit Wildleder od. Chevr. Halbschuhe, moderne Ausführung, jetzt nur
5.95

Damen-Stiefel Lack mit orig. Samt-Calf-Einsatz | Herren-Stiefel Lack mit orig. Samt-Calf-Einsatz | Herren-Halbschnh Derby amerik. Form, jetzt nur **5.95**
Goody.-Welt, staunend billig. | Goody.-Welt, staunend billig. |

Verkauf an Wiederverkäufer nur vormittags!

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! **35**

Möbel Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt in der **Möbelfabrik**

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polsterer. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. **35**

Betrifft Herren!

welche sich elegant kleiden und doch beim Einkauf sparen wollen. Wir empfehlen aus unserer Abteilung nur die gelegte Herrenanzüge, Hüter und Paletots. Diese Stücke sind zum Teil aus feinsten Stoffen gefertigt (einseitig auch auf Beide) und für jeden Herrn passend am Lager. Früherer Einkaufspreis bis 120 M., jetzt zu folgenden extra billigen Preisen: auch neu

Herren-Anzüge	9, 12, 16, 20 M. zc.	Schrock-Anzüge	18, 21, 24, 28 M. zc.
Paletots u. Hüter	8, 12, 16, 18 M. zc.	Burschen-Anzüge	7, 10, 12, 15 M. zc.
Hock-Anzüge	12, 16, 19, 22 M. zc.	Herrenhosen	2, 3 bis 6 M.

Verteilung von eleganten Grad- und Gefellstoff-Anzügen.

Haupt-Geschäft: **Größe Frankfurter Straße 116.** an der Chausseestr. 89. III. Geschäft: **Jägerstr. 11.**

Gardinenhaus Bernhard Schwartz
Erfolgreiche Bezugsquelle für **Gardinen u. Teppiche**
Wallstr. 13 (dreizehn).

Michel-Salonbriketts
R. 7.75 pro 1000 frei Gefäß. 21/7.
Koch, Rixdorf, Bergstr. 110 II

Theater und Vergnügungen

Freitag, 19. April 1912
Anfang 8 1/2 Uhr.
Deutsches. Faust 2. Teil.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Der Rosenkavalier.
Kgl. Schauspielhaus. Freund Fritz.
Königliche Oper. Opernabend.
Königliche Oper. Gala-Vorstellung.
Königliche Oper. Gala-Vorstellung.
Königliche Oper. Gala-Vorstellung.
Königliche Oper. Gala-Vorstellung.

Urania. Festschüler an europäischen Küsten.
Humoristische Abend.
Neu! The Avelos! Neu!
gr. gymn. Neuheit an 6 Homburgstangen.
Jack Joyce, der ber. amerik. Cowboy.
Amateur-Konkurrenz-Reiten!
50 M. Belohnung, wer stehend auf dem Pferde dreimal um die Manege reitet. Anmeldung im Bureau.
Iwanoff (Looping the Loop am schwing. Trapez).
Uhr: „Die Hexe“.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der Ehemann am Fenster.
Sitzung: Ein angebrochener Abend.

Königstadt-Kasino.
Ede Holzmarkt u. Alexanderstraße
D. anderwärtsste Riesenprogramm
Unter anderem:
Die heiratslustige Witwe.
Große Feste mit Gefang in 1 Akt.

Schiller-Theater O. Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Kompagnon.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Gräfin Lea.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Probekandidat.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Kompagnon.

„Clou“ Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.
Heute: **Gr. Konzert.**
Musik d. I. Grdo-Drig-Rogts. Dirig. Oberm. Baarz.
Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachmittags: **Größes Promenaden-Konzert** bei freiem Eintritt.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
8 Uhr:
Weltbäder an europäischen Küsten.
(Von Hamburg bis Lissabon.)

Zirkus Busch
Heute Freitag, abends 7 1/2 Uhr:
Humoristische Abend.
Neu! The Avelos! Neu!
gr. gymn. Neuheit an 6 Homburgstangen.
Jack Joyce, der ber. amerik. Cowboy.
Amateur-Konkurrenz-Reiten!
50 M. Belohnung, wer stehend auf dem Pferde dreimal um die Manege reitet. Anmeldung im Bureau.
Iwanoff (Looping the Loop am schwing. Trapez).
Uhr: „Die Hexe“.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Jüdin von Toledo.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Lady Windermere's Fächer
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Don Carlos.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Jüdin von Toledo.

Großes Eisbeineffen
Eisbein, Sauerkohl und Erbse puree a Portion 50 Pf.
Freitag, 19. April **Hackepeter,** Gr. Frankfurter Straße 106.
Verstärktes Orchester!

Zirkus A. Schumann
Heute Freitag, den 19. April, abends 7 1/2 Uhr:
Neu! Auftreten Neu! der hier noch nie gesehenen **Don-Kosaken** mit ihren wilden Reiter Szenen auf Orig.-Steppenpferden
Um 9 1/2 Uhr:
Das größte Ausstattungsstück der Gegenwart
Das Motorpferd in 5 Akten.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der Ehemann am Fenster.
Sitzung: Ein angebrochener Abend.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
8 Uhr:
Alles für die Firma.
Schwank in 3 Akten von H. Hennequin und G. Wittell.
Vorgen u. folgende Tage: **Alles für die Firma.**
Sonntag, 21. April, nachm. 3 Uhr:
Ein Walzer von Chopin.

Wald-Idyll Schmöckwitz
Bedeutend vergrößert, 2 große Säle, sowie große Restaurationsräume bieten Unterkunft f. 600 Pers. unter allbewähr. Leitung d. Herrn **Willi Lillenthal.** Bequeme Bahnverbindung v.ämt. Stadtbahnhöfen u. Gürtler Bahn, bis Eichwalde-Schmöckwitz, von dort aus in 20 Min. herrl. Waldweg d. J. Hof. **Ins. Ernst Noack.**

Sarrasani
Schönhauser Allee.
Telephon: Nord 4100
Freitag, 19. April, 7 1/2 Uhr:
Gala-Abend.
Sonnabend und Sonntag
2 Vorstellungen 2
Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.
Schluß der Saison:
Sonntag, 21. April.

Ki-Ko bei Kroll
früher Neues Kgl. Operntheater.
Lichtspiele in wirklichen Naturfarben (Kinemakolor).
Das Eröffnungsprogramm ist von der gesamten Presse glänzend besprochen
Täglich von 4-11 Uhr.
Orchester mit Gesang.
Ab 1. Mai berechnen unsere Eintrittskarten auch zum Besuch der **Garten-Konzerte.**

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
5 x 100 000 Teufel.
Sonnabend und folgende Tage:
5 x 100 000 Teufel.
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Es gibt nur ein Berlin.**

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: **Rauschen** gestaltet.
Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Akten von Jul. Freund. Musik von H. Holländer. In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz.

Herrnfeld Theater
Schluß diejähriger Spielsaison:
Montag, 29. April bis dahin täglich:
Wie man Männer bessert
2 Akte von Anton u. Donat Herrnfeld mit den Autoren in den Hauptrollen. Hierzu die Novität:
Der Hausteufel.
Anfang 8 Uhr.
Billettnormverkauf 11-2 (Theaterkasse)

Admiralspalast am Bahnhof Friedrichstraße.
Eis-Arena.
Abendl. d. sonst. Eisballett **„Yvonne“.** Die kl. Walz-Königin **Charlotte.** Weltmeister **Brer Meyer.** Nachm.: **Kunstlauf-Produktionen.** Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends halbe Kassenspreise.
Restaurant I. Ranges. Wein- und Bier-Abteilung.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr
Ein sensationeller Erfolg des gr. tomischen Programms.
Ganz Berlin spricht von Bellini.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Zum Schluß:
Eine Hochzeit in der **Wallerstraße.**
Süddeutsche von Regie.
Anfang: **Hochzeit**
8 Uhr, **Sonntag** 7 Uhr.

Passage-Theater.
Gastspiel
Gertrude Barrison
Karl Hollitzer
Das Geisterfenster und das große April-Programm mit 10 neuen Attraktionen!

Boigt-Theater.
Gesundbrunnen Badstraße 58
Freitag, den 19. April 1912:
Kater Lampe.
Komödie in 4 Akten v. G. Reichenow.
Reifenöffnung 7. Anfang 8 1/2 Uhr.
Sonntag, 21. April, nachm. 3 Uhr:
Schluß am Meer. Abends 7 Uhr:
Kater Lampe.

Passage-Panoptikum.
Das vereinte Riesenpaar **Brünhild und Dusorc**
Deutschland u. Frankreich
Hede, das Löwenmädchen
halb Mensch — halb Animal
Ist es zu sehen
Ohne Extra-Entree.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Die Saison-Schlager
Der Polizeihund.
Das Broadway-Girl.
Casino-Theater
Lötzingstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Das glänzende Aprilprogramm mit **Grete Gallas.**
Abendlich **„Schürze“!**
Der **Wasserschlager**
Die lustige Strohwitwe.

Admiralspalast am Bahnhof Friedrichstraße.
Eis-Arena.
Abendl. d. sonst. Eisballett **„Yvonne“.** Die kl. Walz-Königin **Charlotte.** Weltmeister **Brer Meyer.** Nachm.: **Kunstlauf-Produktionen.** Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends halbe Kassenspreise.
Restaurant I. Ranges. Wein- und Bier-Abteilung.